

Zur Sicherung der politischen Grundlagen der DDR (HA XX im MfS/Abt. XX der BV)

Von Wolfgang Schmidt

Stellung, Aufgaben und Struktur der HA/Abt. XX

Im Bericht der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« an den Deutschen Bundestag wird die HA XX als »das eigentliche Zentrum der Staatssicherheit« charakterisiert.¹

Dieser Behauptung steht entgegen, daß die HA XX nicht dem Minister für Staatssicherheit direkt unterstellt war, sondern einem seiner Stellvertreter.

Der Leiter der HA XX gehörte überdies nicht dem Kollegium des MfS an. Auch nach der Zahl ihrer Mitarbeiter lag die HA XX deutlich unter dem Durchschnitt der Hauptabteilungen des MfS.

Die Vermutung liegt nahe, daß die HA XX deshalb zum Zentrum des MfS erkoren wurde, weil sie sich vorrangig mit jenen Personen beschäftigte, die nach der Wende als »Stasi-Jäger« hervortraten. Indem man den damaligen Gegner aufwertete, hob man die eigene Bedeutung.

Aufgaben und Struktur der HA XX bedingten allerdings, daß sie stärker und direkter als andere Diensteinheiten mit dem Schutz der verfassungsmäßigen politischen Grundlagen der DDR befaßt war. Nach der heutigen Terminologie nahm sie Verfassungs- und Staatsschutzaufgaben wahr.

Die DDR als »politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei«² war vom ersten Tag ihres Bestehens an ständig in ihrer Existenz bedroht.

Ihre Feinde haben sich niemals mit dem in der Verfassung der DDR proklamierten »Weg des Sozialismus und Kommunismus«³ abgefunden und

ihn sowie die ihm zugrundeliegende Ideologie erbittert bekämpft. Sie haben stets versucht, die Tätigkeit der Staatsorgane, der Organe der Rechtspflege, der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen sowie Bil-

580

dung und Kultur in der DDR mit subversiven Mitteln und Methoden auszuspähen, zu unterwandern, zu sabotieren und zu diskreditieren.

Zur Abwehr dieser Angriffe gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen der DDR wurde 1954 die Hauptabteilung V aus zwei Abteilungen des damaligen Staatssekretariates für Staatssicherheit gebildet. 1964 wurde sie in Hauptabteilung XX umbenannt. Ihr oblagen die Aufgaben zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit im Staatsapparat (ohne wirtschaftsleitende Bereiche), in den politischen Parteien (außer SED) und Massenorganisationen (außer FDGB und Kammer der Technik), in der Justiz und Staatsanwaltschaft, im Gesundheitswesen, im Hochschulwesen und der Volksbildung, in den Bereichen Kultur und Massenmedien, bei Körperkultur und Sport, im Post- und Fernmeldewesen (bis zur Eingliederung in die HA XIX 1985). Der HA XX oblag die Abwehrarbeit in Kirchen und Religionsgemeinschaften und die Aufklärung und Bekämpfung feindlicher Zentren überwiegend in Westberlin.

Analoge Aufgaben wurden mit territorial begründeten Ausnahmen und Besonderheiten durch die Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen des MfS und auf Kreisebene durch Referate, Arbeitsgruppen oder einzelne Mitarbeiter in den nach Schwerpunktbereichen organisierten Kreisdienststellen wahrgenommen. So wie die HA XX für die Sicherung des Ministerrates der DDR zuständig war, ergab sich die analoge Verantwortung der Abt. XX für die Räte der Bezirke und der Kreisdienststellen für die Räte der Kreise.

Durch Befehle bzw. Dienstanweisungen des Ministers für Staatssicherheit

wurde der Hauptabteilung XX die Federführung für die Abwehrarbeit unter jugendlichen und studentischen Personengruppen,⁴ bei der Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze⁵ und der politischen Untergrundtätigkeit⁶ übertragen. Zu keinem Zeitpunkt war innerhalb des MfS eine Federführung der HA XX für die Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion festgelegt worden. Wichtige Aufgaben der HA XX wurden aber als Beitrag zur Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion – genauer ausgedrückt: als Aufgaben zur Unterbindung und Einschränkung ihrer Wirkungen in der DDR – verstanden. Das betraf speziell die Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze, die Abwehrarbeit unter jugendlichen Personengruppen, die Sicherung der ideologieträchtigen Bereiche Bildung, Kultur und Massenmedien, wie auch die Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit. In den 60er Jahren erhielt die HA XX operative Aufgaben zur Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen. Sie arbeitete dabei eng mit der Hauptabteilung IX des MfS (Abt. IX/10 und IX/11) zusammen.

581

Die HA XX zählte im Herbst 1989 rund 460 Angehörige, darunter etwa 200 IM-führende Mitarbeiter, 35 Offiziere im besonderen Einsatz und 13 hauptamtliche IM.

In den Abteilungen XX der BV des MfS waren insgesamt etwa 1.000 Mitarbeiter, davon jeder zweite IM-führend tätig.

Wie andere Abwehrdienstseinheiten auch, hatten die Dienstseinheiten der HA XX und Abt. XX eine klar umrissene, objektbezogene Verantwortung. Sie waren für die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in konkreten Institutionen und Einrichtungen zuständig. Der Schutz der verfassungsmäßigen politischen Grundlagen der DDR realisierte sich also über Sicherungsaufgaben in einer Vielzahl von staatlichen Organen, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen sowie unter festgelegten Personengruppen. Die Verantwortung der HA/Abt. XX umfaßte die Abwehr aller feindlichen Angriffe gegen die betreffenden Objekte und deren Mitarbeiter, so durch Spionage, das Eindringen und Wirksamwerden feindlicher Elemente, das Verleiten zum Verlassen der DDR, Sabotage etc. sowie die Aufklärung und Verhinderung relevanter strafbarer Handlungen in diesen Objekten und durch deren Mitarbeiter. Hieraus ergab sich eine umfassende vorbeugende und schadensabwendende Arbeit, die in engem Zusammenwirken mit den jeweiligen Leitern, Parteisekretären der SED bzw. anderen der SED und der DDR verbundenen oder loyalen Kräften in entsprechenden Schlüsselpositionen sowie mittels schwerpunktorientiertem Einsatz von IM und GMS realisiert wurde.

Die zu lösenden Aufgaben unterlagen in Relation zur Entwicklung der DDR und den von der Partei- und Staatsführung der DDR dem MfS gestellten Aufgaben sowie unter Beachtung der jeweiligen inneren und äußeren Lagebedingungen und der Modifikationen des Kalten Krieges einer Reihe von Veränderungen. Mittel und Methoden der Arbeit des MfS wurden demgemäß qualifiziert. Bestimmte Bereiche traten zeitweilig in den Vordergrund, andere verloren an Bedeutung.

So wurden in Auswertung des ägyptischen Desasters im israelischen 6-Tage-Krieg 1967, bei dem es dem israelischen Geheimdienst gelungen war, das Fernmeldenetz Ägyptens auszuschalten, eine gesonderte Abteilung der HA XX und entsprechende Referate in den Abteilungen XX der BV zur Sicherung des Post- und Fernmeldewesens gebildet.⁷ Diese Aufgabe hatten zuvor nur einige wenige Mitarbeiter wahrgenommen.

Im Hinblick auf die Rolle der Kulturschaffenden und der Medien bei der als konterrevolutionär betrachteten politischen Entwicklung in der CSSR

582

im Jahre 1968 wurden 1969 in der HA XX eine spezielle Abteilung und in den Abteilungen XX der BV entsprechende Referate zur Sicherung der Bereiche Kultur und Massenmediens gebildet.

Die wachsende Bedeutung des Leistungssports für das internationale Ansehen der DDR führte zu Beginn der 70er Jahre zur Bildung einer gesonderten Abteilung für die Sicherung des Leistungssportes und der GST in der HA XX und gleichartigen Referaten in den Abteilungen XX der BV.⁹

Dagegen verlor die Abwehrarbeit in den sogenannten Blockparteien angesichts ihrer immer engeren und konstruktiveren Zusammenarbeit mit der SED an Bedeutung. War hierfür bis in die 60er Jahre eine eigene Abteilung

zuständig, so waren damit zuletzt nur noch vier Mitarbeiter eines Referates einer Abteilung der HA XX befaßt.

Die zeitweilige Zuspitzung des Verhältnisses der DDR zur VR China in den 60er bis Anfang der 70er Jahre, die mit Versuchen der chinesischen und albanischen Botschaft in der DDR einherging, maoistische Gruppierungen und Stützpunkte in der DDR zu etablieren, führte zur Bildung eines damit befaßten Referates in einer Abteilung der HA XX. Dieses Referat wurde mit der Normalisierung der Beziehungen zur VR China wieder aufgelöst.

1989 hatte die seit 1964 von Generalleutnant Paul Kienberg¹⁰ mit zuletzt drei Stellvertretern geleitete HA XX folgende Struktur:

Abteilung 1 (XX/1) – 36 Mitarbeiter, davon 23 IM-führend, zuständig für die Sicherung von Einrichtungen des Ministerrates der DDR, des Staatsrates und der Volkskammer der DDR, des Ministeriums für Justiz, der Generalstaatsanwaltschaft und des Obersten Gerichtes, des Ministeriums für Gesundheitswesen, der Führungsgremien, zentralen Apparate und Verlage von CDU, LDPD, NDPD und DBD, des Nationalrates der Nationalen Front, des DFD und des Friedensrates der DDR.

Abteilung 2 (XX/2) – 25 Mitarbeiter, davon 12 IM-führend, zuständig für den Zentralrat und zentrale Objekte der FDJ, die Abwehrarbeit unter jugendlichen Personenkreisen, die Fahndung nach anonymen und pseudonymen Tätern der staatsfeindlichen Hetze und die Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen.

Abteilung 3 (XX/3) – 28 Mitarbeiter, davon 21 IM-führend, zuständig für zentrale Sporteinrichtungen und Verbände, darunter das Staatssekretariat für Körperkultur und Sport, die Leitungsgremien des Deutschen Turn- und Sportbundes und das Nationale Olympische Komitee der DDR, die Sportvereinigung »Dynamo« als Sportorganisation des MdI und der DVP, des MfS und der Zollverwaltung der DDR und die zentralen Objekte und Einrichtungen der GST.

Abteilung 4 (XX/4) – 43 Mitarbeiter, davon 30 IM-führend, zuständig für die zentralen Einrichtungen, Objekte und Gremien der evangelischen und

583

katholischen Kirchen und Religionsgemeinschaften der DDR, der evangelischen und katholischen Studentengemeinden und weiterer kirchlicher Organisationen, die theologischen Ausbildungsstätten, die Aufklärung bzw. Bearbeitung kirchlicher Zentren im Ausland, speziell in der BRD, darunter die sogenannten Ostmissionen, die »Aktion Sühnezeichen«, die »Christliche Friedenskonferenz«, für die Bearbeitung von im Verdacht politischer Untergrundtätigkeit stehender kirchlicher Gruppen, Wehrdienstverweigerer und Bausoldaten sowie für die Unterbindung und Einschränkung von Aktivitäten der illegalen Sekte »Zeugen Jehovas«.

Abteilung 5 (XX/5) – 28 Mitarbeiter, davon 17 IM-führend, zuständig für die vorgangs- und personenbezogene Arbeit nach dem Operationsgebiet, speziell Westberlin, schwerpunktmäßig gegen Inspiratoren und Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit und anderer feindlicher Handlungen in der DDR sowie die Aufklärung von einzelnen Zentren und Einrichtungen der DDR-Forschung.

Die Abteilung XX/6 wurde 1985 in die HA XIX eingegliedert.¹¹ Sie war für die zentralen Objekte und Einrichtungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der DDR zuständig.

Abteilung 7 (XX/7) – 40 Mitarbeiter, davon 32 IM-führend, zuständig für die zentralen Objekte und Einrichtungen des Ministeriums für Kultur, des Staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen, den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN), die zentralen Leitungen und Einrichtungen der Verbände der Journalisten, Schriftsteller, Film- und Theaterschaffenden, Bildenden Künstler und Musikschaaffenden sowie des Kulturbundes, die Akademie der Künste, die Künstleragentur, das Komitee für Unterhaltungskunst, ausgewählte belletristische Verlage wie »Aufbau-Verlag« und Verlag »Volk und Welt«, ab 1989 auch für die Leitung des neu gegründeten Freidenkerverbandes der DDR.

Abteilung 8 (XX/8) – 29 Mitarbeiter, davon 20 IM-führend, zuständig für die zentralen Objekte und Einrichtungen der Ministerien für Volksbildung und Hoch- und Fachschulwesen, die Akademie der pädagogischen Wissenschaften sowie die Aufklärung, Bearbeitung, Sicherung und Kontrolle ausländischer Studierender in der DDR.

Abteilung 9 (XX/9) – 35 Mitarbeiter, davon 28 IM-führend, zuständig für die Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit, schwerpunktmäßig in der

alternativen Kunst- und Kulturszene, die operative Bearbeitung bzw. Kontrolle von nach politischen Differenzen aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossenen Personen, die Aufklärung von Rückverbindungen ehemaliger DDR-Bürger, die im Verdacht der Organisierung und Inspirierung

584

politischer Untergrundtätigkeit standen sowie für die überbezirkliche Koordinierung von Operativ-Vorgängen auf dem Gebiet der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit.

Abteilung 10 (XX/10) – 15 Mitarbeiter, davon 7 IM-führend, zuständig für Redaktion, Verlag und Druckerei des »Neuen Deutschland« und den SEDeigenen Druckereibetrieb ZENTRAG sowie die Sicherung weiterer zentraler Parteiobjekte und Einrichtungen wie Parteihochschule des ZK, Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Institut für Marxismus-Leninismus, Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung, Dietz-Verlag und Genex-Geschenkdienst sowie für durch das ZK veranlaßte Sicherheitsüberprüfungen zu Nomenklaturkadern und hauptamtlichen Mitarbeitern des ZK der SED. Auswertungs- und Kontrollgruppe (XX/AGK) – 54 Mitarbeiter, davon 3 IM-führend, zuständig für die Erarbeitung von Analysen und Informationen, die Erfassung, Speicherung und Auswertung von Informationen sowie die Wahrnehmung von Kontroll- und Koordinierungsaufgaben im Auftrag des Leiters der HA XX in enger Zusammenarbeit mit der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS.

Arbeitsgruppe Koordinierung (XX/AGK), 18 Mitarbeiter, davon 3 IM-führend, zuständig für die Vorbereitung, Durchführung und Koordinierung von Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit zentralen Veranstaltungen und Einsätzen in Abstimmung mit dem Zentralen Operativstab (ZOS) des MfS.

Arbeitsgruppe des Leiters (XX/AGL) – 12 Mitarbeiter, zuständig für alle Maßnahmen der HA XX in Vorbereitung des Verteidigungszustandes der DDR in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe des Ministers (AGM) und die Gruppe Operativer Diensthabender der HA XX.

Sekretariat (XX/Sekretariat) – 52 Mitarbeiter, zuständig für die rückwärtigen Dienste der HA XX, wie Kraftfahrer, Verwalter, Wirtschaftserinnen und Handwerker konspirativer Objekte, Poststelle, GVS-Stelle, Haushalt und Finanzen.

Weitere Mitarbeiter wie der hauptamtliche Sekretär der SED-Grundorganisation, zwei persönliche Referenten des Leiters der Hauptabteilung, der Kaderoffizier und Sekretärinnen waren dem Leiter der HA XX direkt unterstellt.

Aufgaben der Objektsicherung

Spionageabwehr

Der allseitige Schutz der Institutionen, Einrichtungen und Organisationen im Zuständigkeitsbereich der HA/Abt. XX vor allen feindlichen Angriffen bedingte eine Vielzahl von Maßnahmen, die unter Beachtung der Spezifik der Objekte und des Schwerpunktprinzips umgesetzt wurden.

585

Im Vordergrund stand hierbei die Abwehr der Spionage und der sie begünstigenden Bedingungen. Die Zeit der offenen Grenze nach Westberlin war durch die Massenwerbung von Spionen in Westberlin geprägt, die vorrangig auch in den Staatsapparat, die Justizorgane, politischen Parteien und Organisationen, Verlage und Medien, Hochschulen und Universitäten der DDR eingeschleust oder aus deren Personal rekrutiert wurden. Anwerbungen erfolgten nicht nur durch die Geheimdienste der westlichen Alliierten und der BRD, sondern auch durch von diesen etablierte Agentenzentralen und gewissenlose Nachrichtenhändler.

Darüber hinaus ermöglichte die systematische Befragung einer großen Zahl republikflüchtiger DDR-Bürger durch die westlichen Geheimdienste in den Aufnahmelagern der BRD und Westberlins die Abschöpfung umfangreicher Informationen. Sie bildete eine wichtige Basis der subversiven Angriffe gegen die DDR, darunter auch für die Auswahl (»Tippen«), die Aufklärung und Vorbereitung der Anwerbung oder Abwerbung von DDR-Bürgern durch westliche Geheimdienste, Agentenzentralen und andere feindliche Zentren, Einrichtungen und Organisationen.

Unter den im Sicherheitsbereich der HA XX entlarvten Spionen befand sich Elli Barczatis, die von April 1950 bis Januar 1953 als Chefsekretärin des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl tätig war. Sie wurde am 23. September 1955 gemeinsam mit ihrem Agentenführer von der Organisation Gehlen, Karl Laurenz, zu dem sie ein intimes Verhältnis unterhalten hatte,

wegen Verbrechen nach Art. 6 der Verfassung der DDR zum Tode verurteilt. In der Urteilsbegründung des Obersten Gerichtes der DDR hieß es: »Aus ihrer Dienststellung als Chefsekretärin beim Ministerpräsidenten berichtete sie über Besuche westdeutscher Persönlichkeiten beim Ministerpräsidenten, insbesondere über kirchliche Würdenträger. Sie informierte Laurenz weiter über alle sich in Vorbereitung befindlichen Regierungsbeschlüsse, von denen sie Kenntnis hatte, machte Mitteilungen über Berichte, die von der Treuhandstelle für innerdeutschen Handel und dem Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel herausgegeben wurden und die den Interzonenhandel betrafen, gab Auskünfte über interne Korrespondenz mit anderen Regierungsstellen und den Inhalt der wöchentlichen Arbeitsbesprechungen. Laurenz erteilte ihr auch direkte Spionageaufträge.

«12

Sie setzte ihre Spionagetätigkeit auch während des Besuches eines Lehrganges der Verwaltungsakademie »Walter Ulbricht« und ihrer anschließenden Tätigkeit als Hauptsachbearbeiterin und Referentin der Abteilung Wirtschaft beim Ministerpräsidenten der DDR fort, lieferte vertrauliche

586

Unterlagen, berichtete über Arbeitsbesprechungen und Dienstreisen in Großbetriebe der DDR, nannte Mitarbeiter der Regierungskanzlei und gab auch interne Vorgänge aus der Arbeit der Betriebsparteiorganisation und der Gewerkschaftsorganisation ihrer Dienststelle preis.¹³

1951 war es dem amerikanischen Geheimdienst CIC gelungen, in der Stellenplaninspektion der DDR eine Spionagegruppe unter Führung von Werner H. aufzubauen, der weitere Mitarbeiter dieser Einrichtung angehörten. Durch sie wurden in erheblichem Umfang Spionageinformationen, darunter zur Struktur und den Stellenplänen der zentralen Regierungsorgane der DDR an den amerikanischen Geheimdienst ausgeliefert.

Bis 1961 als Spione entlarvt wurden auch mehrere Mitarbeiter des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der DDR bzw. aus seinen nachgeordneten Einrichtungen, Mitarbeiter der Protokollabteilung des Außenministeriums der DDR,¹⁴ ein Abteilungsleiter des Amtes für Jugendfragen, der seinen Auftraggebern über westdeutsche Teilnehmer an Kinderferienlagern in der DDR berichtet hatte,¹⁵ ein Journalist des Verlages »Junge Welt« und andere.

1962 wurde ein Kraftfahrer des Zentralrates der FDJ, der Sekretäre des Zentralrates der FDJ ausgespäht hatte, festgenommen. 1967 konnte Prof. Frucht, Institutsleiter im Zentralinstitut für Arbeitsmedizin, als langjähriger Spion des amerikanischen Geheimdienstes enttarnt werden. Als anerkannter wissenschaftlicher Experte und Mitglied von Spitzengremien der NVA, der Luftfahrt und des Strahlenschutzes hatte er zum Schaden der DDR umfangreiche und bedeutende Informationen ausgeliefert, u.a. zu Möglichkeiten und Vorkehrungen der DDR zur Abwehr einer biologischen Kriegsführung. Oftmals wurde erst nach der Flucht von Personen aus wichtigen staatlichen und gesellschaftlichen Positionen der DDR in die BRD deren Verrat offenbar – wie im Fall des Sekretärs des Zentralrates der FDJ, Heinz Lippmann.

Unter den Bedingungen der real gegebenen Möglichkeiten des Eindringens gegnerischer Kräfte in die Staats- und Justizorgane der DDR nahm die DDR ihr souveränes Recht wahr, im Staatsdienst nur staats-treue und loyale Bürger anzustellen und zu beschäftigen. In Übereinstimmung mit den Kaderrichtlinien der SED und der Staatsorgane der DDR wurden auch die Überprüfungsmöglichkeiten des MfS mit eingesetzt und genutzt, um abzusichern, daß vor allem auf einflußreiche Positionen nur als politisch zuverlässig angesehene Kader gelangen konnten. Anhaltspunkte oder der Verdacht für das Eindringen oder Wirken feindlicher Elemente wurden durch Maßnahmen der operativen Personenkontrolle bzw. die Bearbeitung Operativer Vorgänge gründlich überprüft und aufgeklärt.

587

Die »Säuberung« des ostdeutschen Staats- und Justizapparates nach dem Anschluss an die BRD – vielfach heuchlerisch mit den Überprüfungen durch die Gauck-Behörde verknüpft – liefert Anschauungsunterricht dafür, wie in der BRD politische Zuverlässigkeit im Apparat der politischen Machtausübung inkl. ihrer juristischen Absicherung durchgesetzt wird. In gleicher Richtung wirkte die bundesdeutsche Berufsverbots- und Verfolgungspraxis gemäß dem sogenannten Radikalenerlass, die mit millionenfacher

Überprüfung von Bundesbürgern und Berufsverboten für mehr als 10.000 Personen verbunden war. Aber auch außerhalb dieser Praxis waren und sind funktionsbezogene große und kleine Sicherheitsüberprüfungen des Verfassungsschutzes bzw. Anfragen an den Verfassungsschutz vor Personalentscheidungen nach wie vor gängige Praxis.

Mit der Sicherung der Staatsgrenze der DDR am 13. August 1961 wurden die gegnerischen Spionageaktivitäten erheblich erschwert. Sie konzentrierten sich nun vor allem auf Anwerbungsversuche gegenüber Reise- und Auslandskadern der DDR. Die Abschöpfung von Personen, die die DDR verlassen hatten, wurde durch die westlichen Geheimdienste, vor allem die der USA und der BRD, fortgesetzt und weiter perfektioniert. Im Gefolge der internationalen Anerkennung der DDR gewannen die legalen Spionage- und Abschöpfungsmöglichkeiten durch diplomatische Vertretungen und in der DDR akkreditierte Journalisten an Bedeutung.

Die vorbeugende Bekämpfung der gegnerischen Spionageangriffe erforderte vor allem systematische Sicherheitsüberprüfungen solcher Personen, die Zugang zu Staatsgeheimnissen hatten oder in leitenden Positionen tätig waren. Unter den spezifischen Bedingungen der DDR standen hierbei die Aufklärung und Kontrolle von Verbindungen nach der BRD und Westberlin im Vordergrund. Besondere Relevanz erlangten die Rückverbindungen republikflüchtiger Personen. Für Personen in sicherheitspolitisch bedeutsamen Bereichen wurden Verbote von Westkontakten bzw. entsprechende Meldepflichten wirksam. (Sicherheitsüberprüfungen, Verbot, Einschränkung und Kontrolle von Kontakten gehören übrigens auch zum selbstverständlichen Repertoire westlicher Abwehrdienste.)

Eine weitere wichtige Säule der vorbeugenden Abwehr der gegnerischen Spionage bildete der Geheimnisschutz. Die Hauptabteilung XX arbeitete hierbei eng mit der Zentralen Arbeitsgruppe Geheimnisschutz (ZAGG) zusammen.

Aufgabe der Dienstseinheiten von HA/Abt. XX war es, das staatliche Regime des Geheimnisschutzes in konstruktivem Zusammenwirken mit den staatlichen Leitern und den Leitern der VS-Stellen durchzusetzen, Ver-

588

stöße gegen die festgelegte Ordnung, Ursachen, begünstigende Bedingungen und Umstände hierfür aufzuklären und zu beseitigen und entsprechende Vorkommnisse bzw. Verdachtshinweise, wie Diebstahl oder Verlust von Verschlusssachen (VS)¹⁶, die unbefugte Offenbarung bzw. Preisgabe von Staats- und Dienstgeheimnissen zu untersuchen und auszuwerten. Das bezog sich auf die Überprüfung und Begrenzung des Personenkreises, der Zugang zu Staats- bzw. Dienstgeheimnissen hatte, auf die sichere Aufbewahrung und den lückenlosen Nachweis von VS-Sachen und natürlich auch auf alle Versuche, sich unberechtigt Kenntnisse über den Inhalt von VS-Sachen zu verschaffen bis hin zu deren Verbringung in das westliche Ausland. Aufgaben des Geheimnisschutzes bildeten eine Haupteinsatzrichtung der IM.

Etwa ab 1970 hatten sich in der Tätigkeit der HA/Abt. XX folgende Schwerpunkte der Spionageabwehr und des Geheimnisschutzes herausgebildet:

- Bereiche der staatlichen Führung auf der Ebene des Ministerrates und der Räte der Bezirke;
- Forschungsvorhaben der Universitäten und Hochschulen der DDR, die auf Weltspitzenleistungen orientiert waren oder militärisch genutzt werden konnten;
- Forschungen und Forschungsergebnisse auf den Gebieten der Sportwissenschaft, Sportmedizin, Trainingsmethodik und des Sportgerätebaus, mit denen die internationale Spitzenstellung des DDR-Sportes gesichert wurde;
- Verhandlungskonzeptionen für politische und kommerzielle Verhandlungen mit Partnern im westlichen Ausland sowie Aufgaben aus Abkommen und Verträgen mit der BRD und anderen westlichen Ländern, z. B. im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des Wissenschaftler-Austausches;
- Maßnahmen und Kapazitäten in Vorbereitung auf den Verteidigungszustand (von besonderer Bedeutung erwiesen sich hierbei z. B. die Kapazitäten des Gesundheitswesens der DDR angesichts der realen Bedrohung durch eine bakteriologische oder chemische Kriegsführung, d. h. die Leistungsfähigkeit

der epidemiologischen, Blutspende- und Hygiene-Institute);
– Strategisch bedeutsame Knoten, Planungen und Investitionen im Fernmeldenetz der DDR (bis zur Übernahme dieser Aufgaben durch die HA XIX 1985).

Personell rückten die Auslands-, Reise- und Verhandlungskader der DDR für Einsätze im westlichen Ausland bzw. für Verhandlungen mit westli-

589

chen Partnern in den Mittelpunkt der Abwehrarbeit des MfS. Dieser Personenkreis wurde vor einer Bestätigung durch die zuständigen staatlichen Leiter seitens des MfS sicherheitspolitisch überprüft, was bei zwei bis drei Prozent der überprüften Personen dazu führte, die Ablehnung des entsprechenden Einsatzes zu empfehlen.

Die Entscheidungen dazu lagen ausschließlich bei den jeweiligen staatlichen Leitern, die allerdings in den meisten Fällen die sicherheitspolitischen Bedenken des MfS akzeptierten und seinen Empfehlungen folgten.

Das gesamte Verfahren war durch eine Ordnung des Ministerrates verbindlich geregelt und wurde durch eine Inspektion des Ministerrates der DDR zentral geleitet und koordiniert.

Der hauptamtliche Apparat der SED war für die operative Arbeit des MfS tabu. Hier durften weder Inoffizielle Mitarbeiter geworben noch ohne ausdrückliche Genehmigung der SED-Führung operative Maßnahmen durchgeführt werden. Eine Ausnahme bildete die im Auftrag der Kaderorgane der SED erfolgende sicherheitspolitische Überprüfung von hauptamtlichen Mitarbeitern und Nomenklaturkadern des ZK der SED, die vor ihrem Einsatz bzw. ihrer Bestätigung durch eine Arbeitsgruppe der HA XX, zuletzt durch die HA XX/10, realisiert wurde. Die Ermittlungsergebnisse der HA XX hatten auch in diesen Fällen nur Empfehlungscharakter: die Entscheidungen wurden durch die jeweiligen Gremien der SED getroffen.

Bekämpfung des illegalen Verlassens der DDR und der Übersiedlungsversuchen

Ein permanentes Problem der Objektsicherung ergab sich aus dem Verlassen der DDR durch Mitarbeiter (inklusive deren nächsten Familienangehörigen) der zu sichernden Objekte und Einrichtungen.

Der für die DDR hierdurch entstandene ideelle und materielle Schaden war enorm. Deshalb waren die Mitarbeiter der HA/Abt. XX angehalten – selbst als Anfang 1961 Monat für Monat 25 bis 30.000 Bürger über die offene Grenze die DDR verließen –, auch den kleinsten Hinweisen auf die Vorbereitung sogenannter Republikfluchten nachzugehen. Immer wieder wurde versucht, durch Informationen an staatliche Leiter und Parteisekretäre Quellen für Unzufriedenheit und persönliche Verärgerungen als Motive des Verlassens der DDR auszuräumen und Konfliktsituationen zu beseitigen. All das blieb aber ein ungleicher Kampf gegen die Verlockungen des Wirtschaftswunderlandes BRD und den Ärger im eigenen Land. Dieser Kampf konnte mit den Mitteln der Sicherheits- und Rechtspflegeorgane und damit auch des MfS nicht gewonnen werden.

590

Die Maßnahmen des 13. August 1961 brachten zwar zunächst eine spürbare Entlastung, beseitigten aber nicht die gesellschaftlichen Ursachen dieses Problems, das die Entwicklung der DDR bis zu ihrem Ende mit wachsender destabilisierender Wirkung begleitete.

Abgesehen von der Bekämpfung der Schleuser- und Menschenhändlerbanden und des gezielten Abwerbens von DDR-Bürgern war es ein verhängnisvoller Fehler der Partei- und Staatsführung, in erster Linie das MfS

sowie Dienstzweige der Volkspolizei und der Bereiche Inneres der Räte der Bezirke und Kreise mit den Aufgaben der vorbeugenden Verhinderung des Verlassens der DDR zu beauftragen. Die maßgebenden Ursachen konnten damit nicht beseitigt werden. Die mit diesem Problem verbundenen grundlegenden politischen und sozialen Fragen wurden ignoriert oder verdrängt.

Für die Objektsicherung im Bereich der HA/Abt. XX ergaben sich hieraus zwei grundlegende Aufgabenstellungen. Es galt, Versuche des illegalen Verlassens der DDR – sei es durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen, über andere sozialistische Länder oder durch Verbleib bei dienstlichen und privaten Reisen im westlichen Ausland – rechtzeitig aufzudecken und zu verhindern. Dazu mußte in den einzelnen Objekten vorbeugend gearbeitet werden.

Im Zentrum dieser vorbeugenden Tätigkeit standen umfangreiche Sicherheitsüberprüfungen

vor der Genehmigung von dienstlichen und privaten Reisen, darunter auch Reisen in dringenden Familienangelegenheiten. Diese Sicherheitsüberprüfungen erfolgten in Abhängigkeit von der Bedeutung der betreffenden Personen und der Anlässe ihrer Reisen äußerst differenziert. Sie reichten von gründlichen Ermittlungen, die auch nahe Verwandte einschlossen, bis zu einfachen Karteiüberprüfungen. Parallel erfolgten ebenfalls in differenzierter Form Ermittlungen und Karteiüberprüfungen seitens der territorial zuständigen Organe der Volkspolizei. Einen Schwerpunkt bildeten auch hierbei die Kontrolle der Rückverbindungen republikflüchtiger Personen, die nicht selten Ausgangspunkt von Abwerbungsaktionen unter Freunden, Bekannten und Verwandten waren, sowie eine umfassende analytische Arbeit zur Aufdeckung von Ursachen und begünstigenden Bedingungen und die Ableitung entsprechender Empfehlungen an die staatlichen Leiter und die Parteiorganisationen. Die entsprechenden Aufgabenstellungen waren eng mit der Spionageabwehr verbunden und zum Teil identisch. Wer sich entschlossen hatte, die DDR zu verlassen, war in besonderem Maße für westliche Geheimdienste ansprechbar. Er kannte in der Regel weitere Personen, an denen westliche Geheimdienste Interesse besaßen und konnte bei der Verbindungsaufnahme

591

zu ihnen behilflich sein. Fast immer war er auch bereit, nach einem Übertritt in die BRD sein gesamtes Wissen zum Schaden der DDR zu offenbaren. In einzelnen Sicherungsbereichen der HA/Abt. XX wurde die Verhinderung des Verlassens der DDR zur dominierenden Aufgabe. Das betraf beispielsweise das Gesundheitswesen. Bei den Personen, die durch Menschenhändlerbanden aus der DDR ausgeschleust wurden bzw. die DDR auf anderen Wegen verließen, nahmen Ärzte und mittleres medizinisches Personal Spitzenplätze ein.

Diese Tatsache gab wiederholt Anlaß zu tiefgründigen Analysen. Diese ergaben eindeutig, daß kaum politische Feindschaft zur DDR, sondern fast ausschließlich materielle Gründe den Entschluß zum Wechsel in die BRD maßgeblich bestimmten. Der deutlich höhere Verdienst bei vergleichbaren Tätigkeiten, der Zugang zu modernster Medizintechnik, Reisemöglichkeiten inklusive der jederzeit möglichen Teilnahme an internationalen Kongressen, die bessere Ausstattung der Krankenhäuser, der allgemeine Status der Mediziner in der Gesellschaft und ähnliche Faktoren motivierten zum Verlassen der Republik.

Notwendige Veränderungen scheiterten vor allem an den nicht ausreichenden wirtschaftlichen Möglichkeiten der DDR. So führten Empfehlungen des MfS an das ZK der SED, wie auch die umfangreichen gemeinsamen Anstrengungen mit dem Ministerium für Gesundheitswesen und vielen Partei- und Staatsfunktionären zur Beseitigung begünstigender Bedingungen für das Verlassen der DDR durch Mediziner, nur zu bescheidenen Verbesserungen der Lage des medizinischen Personals und in den entsprechenden medizinischen Einrichtungen.

Bei Gastspielreisen von Theatern und Orchestern der DDR in das westliche Ausland verließen relativ häufig einzelne Mitglieder ihr Ensemble. Da diese eingespielte Teams mit perfekter Arbeitsteilung waren, konnten nur in Ausnahmefällen einzelne Mitglieder vor Reiseantritt aus ihnen herausgelöst werden. Auch Bühnenarbeitern oder Beleuchtern mußte deshalb, selbst wenn Hinweise auf ein beabsichtigtes Verlassen der DDR vorlagen, die Teilnahme an Auslandstourneen gestattet werden. Angesichts der bis zum Ende der DDR und vor allem in den letzten Jahren ständig steigenden Zahl von Gastspielreisen resultierten hieraus komplizierte sicherheitspolitische Probleme. Hinzu kam, daß die Liste prominenter Künstler und Kulturschaffender der DDR, denen durch das ZK der SED de facto ständige Genehmigungen für Reisen in das nichtsozialistische Ausland erteilt wurden, immer länger wurde. Die entsprechenden Entscheidungen traf zumeist der zuständige Sekretär des ZK der SED, Prof. Kurt Hager.

592

Ab Mitte der 70er Jahre mehrten sich – vor allem unter Berufung auf den KSZE-Prozess – auch in den Objekten der HA/Abt. XX Anträge auf Übersiedlung in die BRD. Hierbei bildete der medizinische Bereich den absoluten Schwerpunkt. Wie in anderen Verantwortungsbereichen des MfS auch, versuchten die Mitarbeiter der HA/Abt. XX – allerdings nur mit bescheidenem Erfolg – Antragsteller zur Rücknahme ihres Antrages zu bewegen, die

Motive für deren Ausreiseabsicht herauszufinden und ihnen zugrunde liegende Ursachen und begünstigende Bedingungen zu beseitigen bzw. zurückzudrängen. Die Entwicklung einer »gesellschaftlichen Front« gegen die Antragstellung blieb aber auch im Verantwortungsbereich der HA/Abt. XX in den Anfängen stecken, obwohl vor allem auf Initiative des MfS – oftmals in engem Zusammenwirken mit den Abt. Inneres der örtlichen Räte – durch staatliche Leiter und Funktionäre der SED zahlreiche individuelle Gespräche mit Antragstellern geführt und Anlässe persönlicher Unzufriedenheit (bis hin zur Beschaffung angemessenen Wohnraumes) beseitigt wurden. Nur etwa jeder 20. Antragsteller konnte zur Korrektur seines Entschlusses bewegt werden.

Überzogene staatliche Reaktionen auf die Antragstellung (Kündigungen, Ablösung von Funktionen u. ä., was allerdings niemals in die Arbeitslosigkeit führte), die zunächst vorherrschten, wurden auf Drängen des MfS aufgegeben. Nur im Bereich des Ministeriums für Volksbildung wurde bis zuletzt selbst Hausmeistern von Schulen bei Antragstellung fristlos gekündigt. Nicht wenige Antragsteller nahmen von sich aus, ohne durch staatliche Maßnahmen dazu veranlaßt zu sein, Tätigkeiten in Einrichtungen und Organisationen der Kirchen auf – in der nicht unbegründeten Annahme, ihre Übersiedlungersuchen auf diese Weise zu beschleunigen. Übersiedlungersuchen kirchlicher Amtsträger wurden großzügig genehmigt, so daß sich die Kirchen veranlaßt sahen, eine Weiterbeschäftigung solcher Personen in der BRD und Westberlin zu untersagen.

Bekämpfung von Sabotage, Diversion, Bränden, Havarien und Störungen
Wenn auch in der Dimension nicht vergleichbar mit analogen Aufgabenstellungen des MfS bei der Sicherung der Volkswirtschaft der DDR, waren auch im Verantwortungsbereich der HA/Abt. XX der Kampf gegen Sabotage und Diversion sowie die vorbeugende Verhinderung und Aufklärung von Bränden, Havarien und anderen Störungen wesentlicher Bestandteil der Objektsicherung. Diese Seite der Abwehrarbeit war vor allem bei der Sicherung des Post- und Fernmeldewesens, des Rundfunks und Fernsehens der DDR sowie der störungsfreien Produktion von Druckereien bedeutsam.

593

1955 waren die neu erbauten Sendesäle des DDR-Rundfunks in Berlin-Oberschöneweide vorsätzlich in Brand gesetzt worden. Der Sachschaden betrug zwei Millionen Mark.

Neben der Untersuchung von Vorkommnissen etwa bei der Zerstörung von wichtigen Fernmeldekabeln oder dem Ausfall von Druckmaschinen wurden auch auf diesem Gebiet umfangreiche vorbeugende Maßnahmen in den Bereichen der Objektbewachung und des Brandschutzes veranlaßt. IMS und GMS wurden in diese Aufgabe mit einbezogen.

Zum Schutz des Fernsehturmes am Berliner Alex mit seinen vor allem für die Rundfunk- und Fernsehübertragungen wichtigen technischen Einrichtungen wurde in der HA XX eine gesonderte Operativgruppe¹⁷ gebildet und eingesetzt, die 1985 durch die HA XIX übernommen wurde.

Einen ständigen Schwerpunkt der Sicherung der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) bildeten der zuverlässige Schutz und die Verhinderung jeglichen Mißbrauchs der hier für die vormilitärische Ausbildung von Jugendlichen vorhandenen Waffen, Munition und militärischen Technik (Tauchausrüstungen, Flugtechnik) für terroristische und andere kriminelle Gewaltakte, darunter auch ungesetzliche Grenzdurchbrüche.

Diese Aufgabenstellung war eng verbunden mit der sicherheitspolitischen Überprüfung und Aufklärung von Nachwuchskadern der NVA auf solchen speziellen Gebieten, wie Flug-, Fallschirm- und Tauchsport, die in der GST ausgebildet wurden.

Bekämpfung feindlicher Zentren und Organisationen

Der HA V waren bei ihrer Bildung Aufgaben der offensiven Abwehr übertragen worden, d. h. der Arbeit im und in das Operationsgebiet, hauptsächlich Westberlin.

Diese offensive Abwehr richtete sich auf die Aufklärung und Bekämpfung der gegen die DDR tätigen feindlichen Organisationen und Einrichtungen, insbesondere solcher Agentenzentralen, wie die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen (UfJ), die Ostbüros der westdeutschen Parteien, unter denen vor allem das Ostbüro der SPD hervortrat, Ostreferate westdeutscher Jugend- und

Studentenorganisationen, Revanchistenverbände, die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) und die Vereinigung politischer Ostflüchtlinge (VPO), das Informationsbüro West (IWE) und die Arbeitsgemeinschaft 13. August. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) ging 1948 aus einem Suchdienst des amerikanischen Agenten Rainer Hildebrandt hervor. Inspirator,

594

Organisator und Finanzier dieser klassischen Terrororganisation, die sich zur skrupellosesten und gefährlichsten Agentenzentrale in Westberlin entwickelte, war der Leiter der Region VIII des amerikanischen militärischen Geheimdienstes *Counter Intelligence Corps* (CIC), Severin F. Wallach, der die Losung ausgegeben hatte: »In der Zone muß es bumsen, bumsen!«¹⁸ Die Entlarvung und Festnahme von Terroristen der KgU, die Sprengstoffanschläge gegen Eisenbahn- und Straßenbrücken sowie Talsperren, Brandanschläge und selbst die Vergiftung von Trinkwasser geplant, vorbereitet und z. T. auch durchgeführt hatten (Burianek, Benkowitz und Kaiser), gehörte bekanntlich zu den ersten großen Erfolgen des MfS. Darüber hinaus wurde die KgU als eines der Hauptprojekte des *Office of Policy Coordination* (OPC), der politischen Koordinierungsabteilung der CIA in Westberlin, von der sie ab 1950 auch finanziert wurde, zu vielfältigen verdeckten Operationen gegen die DDR eingesetzt.¹⁹ Sie betrieb umfangreiche Spionage, vor allem auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet, Wirtschaftssabotage durch Fälschung von Anweisungen der DDR-Außenhandelsorgane, Lebensmittelkarten, Bezugsscheinen etc. sowie in besonders aggressiver Form auch die Herstellung und Verbreitung von Hetzschriften gegen die DDR. Diese wurden auch mittels explosiver Ballons unter Verletzung des Luftraumes der DDR eingeschleust. Durch die KgU wurden Rundfunksendungen im Sinne der psychologischen Kriegsführung gegen die DDR gestaltet und vornehmlich über den Sender RIAS ausgestrahlt. Die KgU mußte 1959 im Ergebnis der konzentrierten Bekämpfung durch das MfS aufgelöst werden. Eine ausführliche Darstellung der subversiven Tätigkeit der KgU enthält der Dokumentarbericht »Unmenschlichkeit als System«, der 1957 im Kongreß-Verlag Berlin erschienen ist. Zwei ehemalige Agenten der KgU erhielten in einer Fernsehsendung des WDR (»Bomben, Gift und Reifentöter – die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit«) am 12. März 1996 Gelegenheit, sich zu erinnern. Joachim Müller (Deckname »Bürger«) bestätigte, im Auftrag der KgU Militärspionage gegen die sowjetischen Streitkräfte betrieben zu haben. Er schilderte detailliert, wie er zweimal die Autobahnbehelfsbrücke bei Finowfurt in Brand setzte, Reifentöter legte und festgenommen wurde, bevor er den Sprengstoff erhielt, mit dem die Paretzer Schleuse zerstört werden sollte. Walter Schöbe, Veterinärmediziner aus Leipzig, Mitglied der KgU-Agentengruppe »Tagore« erklärte wörtlich: »Wir haben jede Gelegenheit ergriffen, Unruhe und Verwirrung oder Sabotage zu treiben, egal wo. Ob wir falsche Schlachtscheine für Bauern ausstellten ... Wir haben Reifentöter an die Autos der Funktionäre, wo wir wußten, es sind welche, hingelegt ...

595

Malik (*gemeint war der hauptamtliche Mitarbeiter der KgU – d. A.*) sagte zu mir, ihr bekommt Kantharidin für den Notfall, wenn militärische Auseinandersetzungen kommen sollten, daß ihr irgendein Gift in der Hand habt, um den Gegner – also es handelt sich nur um russische Soldaten, russische Offiziere – kampfunfähig zu machen ... Ich muß heute sagen, daß diese Methoden doch harte Methoden waren und ich aber in keiner Weise, auch heute nicht, diese Methoden verurteile.«

Im Schlußkommentar dieser WDR-Sendung hieß es: »Die Akten, erzählt man, hätten sich CIA und BND brüderlich geteilt ... Nach dem Fall der Mauer wurden Joachim Müller, Walter Schöbe und viele andere durch deutsche Gerichte rehabilitiert.«

Der erste Chef der KgU, Rainer Hildebrandt²⁰, setzte als Leiter der »Arbeitsgemeinschaft 13. August« den Kalten Krieg gegen die DDR fort und war in diesem Sinne als Leiter des »Mauermuseums« am ehemaligen Grenzübergang in der Berliner Friedrichstraße über die Jahrtausendwende aktiv.

Der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen (UfJ) wurde 1949 gegründet und vom amerikanischen Geheimdienst CIA finanziert. Sein Leiter Horst Erdmann war zuvor vom Offizier der Berliner Operationsbasis der CIA, Henry Hecksher, angeworben worden und arbeitete in dessen

Auftrag.²¹ Auch an der Spitze des 1952 gegründeten »Freundeskreises des UfJ« stand mit Dr. Günther Birkenfeld vom »Kongreß für kulturelle Freiheit« ein Vertreter einer von der CIA gegründeten und finanzierten Organisation.

²²

Der UfJ firmierte offiziell als Rechtsauskunftsstelle. Seine Hauptangriffe richtete er gegen die Justizorgane der DDR. Die Dokumentation angeblichen DDR-Unrechts und die Führung einer sogenannten Belastetenkartei waren Ausgangspunkte fortgesetzter Hetze gegen die DDR, von Drohungen und Erpressungen gegenüber fortschrittlichen DDR-Bürgern bis zu Informationen an den Verfassungsschutz bei Reisen solcher Bürger in die BRD. Bürger der DDR wurden aufgefordert, vor dem UfJ, der sich die Rolle eines Schattenjustizministeriums der DDR anmaßte, zu erscheinen und sich zu bestimmten Anschuldigungen zu äußern.

Mit welch erpresserischen Mitteln und Methoden der UfJ gegenüber DDR-Bürgern operierte, verrät eine Tagebuchnotiz Victor Klemperers vom 29.

November 1952 über einen »erschütternden Gangsterbrief«, den ihm der UfJ anlässlich der Verleihung des Nationalpreises zuschickte. »Es wird Ihnen bekannt sein, daß wir derartige »Ehrungen« als Bestechungsaktion auf Kosten der ausgebeuteten Bevölkerung der Sowjetzone ansehen. Dementsprechend sind Sie in unseren Karteien registriert worden. Wir nehmen jedoch zu

596

Ihren Gunsten an, daß Sie lediglich keine Möglichkeit sahen, die Ihnen zuteil gewordene »Ehrung« auszuschlagen. Indessen sind wir der Meinung, daß Sie Gelegenheit haben, Ihrer tatsächlichen Einstellung zu dem Terrorregime der SED Ausdruck zu geben. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß es in der Sowjetzone unzählige Menschen gibt, die als Angehörige von Kriegsgefangenen und politischen Häftlingen oder als Hinterbliebene zu Tode gequälter aufrechter Widerstandskämpfer von der Pankower Regierung dem Elend überlassen werden. Hier bietet sich die beste Gelegenheit, mit den Ihnen zugeflossenen Mitteln zu helfen ... Wir empfehlen Ihnen, die Postquittungen für derartige Sendungen gut aufzubewahren, damit Sie am Tag der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit beweisen können, daß Sie ... den Versuch unternommen haben, die Auswirkungen des sowjetzonalen Unrechtsregimes zu lindern.«²³

Vornehmlich unter den beim UfJ in Westberlin Rechtsberatung suchenden DDR-Bürgern wurden Agenten angeworben, die für politische, Militär- und Wirtschaftsspionage eingesetzt wurden. Die Spionageinformationen wurden für den amerikanischen Geheimdienst ausgewertet. Darüber hinaus wurde der UfJ vom amerikanischen Geheimdienst auch beauftragt, paramilitärische Gruppen in der DDR zu bilden, die im Kriegsfall aktiv werden sollten.²⁴ Zahlreiche dieser und anderer Agenten des UfJ konnten vom MfS – auch in Zusammenarbeit mit den sowjetischen Sicherheitsorganen in der DDR – dingfest gemacht werden.

Der UfJ und der ihm angeschlossene »Verlag für internationalen Kulturaustausch« (IKULTA) stellten massenhaft als Rechtszeitschriften oder als Bezirkszeitungen aufgemachte Hetzschriften her, die durch Postversand, später auch mittels Ballons, in die DDR eingeschleust wurden. Nach einer UfJ-internen Aufstellung stieg der Versand von Hetzschriften von 580.000 im Jahre 1950 auf 2.410.000 im Jahre 1954. Dem UfJ standen für Hetzsendungen gegen die DDR wöchentlich Sendezeiten des RIAS und des SFB zur Verfügung. Über die Tätigkeit des UfJ liegt eine ausführliche Dokumentation mit dem Titel »Im Dienste der Unterwelt«, herausgegeben vom Kongreß-Verlag Berlin im Jahre 1959, vor.

Zu den bedeutendsten Erfolgen der damaligen HA V im Kampf gegen den UfJ gehört die Entlarvung ihres Leiters Horst Erdmann als kriminellen Hochstapler. Durch Ermittlungen in der VR Polen an der Universität Wrocław (Breslau) konnte nachgewiesen werden, daß Erdmann, der sich als Chef des UfJ angemaßt hatte, faktisch als oberster Rechtsberater für DDR-Bürger zu gelten, weder ein juristisches Staatsexamen abgelegt noch jemals promoviert hatte. Er war entgegen eigenen Aussagen auch kein Verfolgter

597

des Nazi-Regimes gewesen, sondern NSDAP-Mitglied und HJ-Führer. Auf einer Pressekonferenz der »Vereinigung demokratischer Juristen« am 25. Juni 1958 wurden diese Tatsachen mit weiteren Informationen über die wahre Rolle des UfJ und die faschistische und kriminelle Vergangenheit

einiger seiner Hauptagenten der Weltöffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Damit wurde die seriöse Fassade des UfJ nachhaltig zerstört. Erdmann mußte zurücktreten, und der UfJ wurde in seiner subversiven Tätigkeit erheblich eingeschränkt, bis er schließlich gänzlich aufgelöst werden mußte. Das Ostbüro der SPD wurde am 10. April 1946 beim Landesvorstand in Westberlin und danach auch beim Parteivorstand der SPD in Hannover gebildet. Beide Einrichtungen tarnten sich zunächst als »Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost«. Das Berliner Ostbüro wurde dem Ostbüro beim Parteivorstand unterstellt. Beim Ostbüro der SPD handelte es sich um eine Gründung des englischen Geheimdienstes in Kooperation mit dem amerikanischen Geheimdienst. Die Leiter des Ostbüros Siegmund Neumann (bis 1948) und Stephan Grzeskowiak alias Stephan Thomas waren englische Agenten. Die Finanzierung des Ostbüros erfolgte zunächst aus geheimdienstlichen Quellen, später zunehmend auch durch staatliche Förderung. Kurt Schumacher führte am 10. April 1946, wenige Tage vor der Bildung der SED, auf einer Beratung der leitenden Funktionäre der Berliner SPD-Organisation zu den Aufgaben des zu gründenden Ostbüros der SPD aus: »Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, daß wir in der SBZ eine weitverzweigte illegale Organisation schaffen müssen, die streng zentralisiert sein muß. Diese Organisation muß ihre Vertreter in allen Ortsgruppen von unten bis zu den Landesvorständen der SED haben. In allen Verwaltungen, Betrieben, Gewerkschaften und anderen Organisationen müssen von uns Leute vertreten sein. Wir müssen über alle politischen, ökonomischen und kulturellen Ereignisse in der sowjetischen Besatzungszone Nachrichten haben. Dieses Material wird den westlichen Besatzungsmächten übergeben.«²⁵ Der amerikanische Geheimdienstoffizier Oberstleutnant Sylver hatte bei einem Bankett aus Anlaß dieser Beratung im April 1946, also noch nicht einmal ein Jahr nach Kriegsende, ausgeführt: »Die SPD-Funktionäre müssen die Ereignisse und Begebenheiten mit offenen Augen betrachten ... Sehr wichtig ist es für uns, die Standorte der sowjetischen Militäreinheiten und Behörden der SMA, Truppengattungen und Stärke der Truppenteile zu erfahren sowie Feldpostnummern u. a. Dieses ganze Material muß von sehr zuverlässigen Funktionären gesammelt werden. Wir müssen über die Tätigkeit der Werke Nachrichten haben und wissen, was her-

598

gestellt und wohin die Produktion geliefert wird ... Die finanzielle Frage dieser Organisation wird von uns geregelt werden.«²⁶ Neben subversiven Aufgabenstellungen zur Zersetzung der SED und der sich in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR herausbildenden staatlichen Ordnung durch Rundfunkpropaganda, Hetzschriften, Gerüchteverbreitung und Falschmeldungen gehörte Spionage auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet von Beginn an zu den Tätigkeitsfeldern des Ostbüros der SPD. Auch der letzte Leiter des Ostbüros der SPD, Helmut Bärwald, der sich in einer 1991 veröffentlichten Schrift darum bemühte, das Ostbüro der SPD – Herbert Wehner hatte es einst als »Agentenschuppen« bezeichnet – vom Makel einer Agenten- und Spionagezentrale zu befreien, kam nicht umhin zu erklären: »Das Ostbüro der SPD hat wie mit anderen staatlichen Stellen, mit Forschungsinstituten und dergleichen auch mit Geheimdiensten des eigenen Landes, vor allem im Bereich der Informationsbeschaffung und Informationsaustausch sowie Auswertung zusammengearbeitet und auch an der Anfertigung von Analysen mitgewirkt ... Auch Geheimdienste aus anderen NATO-Staaten unterhielten gute Beziehungen zum Ostbüro, dessen Archiv und dessen sachkundige und informative Expertisen über die SBZ/DDR, über die Entwicklung des internationalen Kommunismus und über kommunistische »Westarbeit« seit 1946 auch im Ausland sehr geschätzt waren.«²⁷ Agenten des Ostbüros der SPD berichteten über Flugplätze, Kasernen und Militärtransporte, speziell der sowjetischen Streitkräfte in der DDR, und registrierten Kennzeichen von Militärfahrzeugen. Sie lieferten Charakteristiken von Staats- und SED-Funktionären und sabotierten die Wirtschaft der DDR. Wie der »Spiegel« 1966 bestätigte, hatte das Ostbüro der SPD mittels gefälschter Begleitpapiere 1950 für die Leipziger Bevölkerung bestimmte Lieferungen von Butter aus der VR Polen nach Rostock umgeleitet, wo diese infolge zu langer Lagerung verdarb. Im Winter des gleichen Jahres erfroren Kartoffeln auf Abstellgleisen der Reichsbahn, die vom

Ostbüro der SPD in die Irre dirigiert worden waren.²⁸

Prozesse, die 1951/52 gegen Agenten des SPD-Ostbüros geführt wurden, bestätigten, daß das Ostbüro zunehmend unter Handwerkern und Gewerbetreibenden der DDR aktiv wurde. Diese sollten durch Verbreitung der Lüge von einer angeblich bevorstehenden Enteignung des Handwerks gegen die DDR aufgewiegelt werden. Einen wesentlichen Bestandteil der ideologischen Zersetzungstätigkeit des Ostbüros der SPD stellte auch die Verbreitung von Auffassungen über einen sogenannten dritten Weg zum Sozialismus dar. Allein in der Zeit vom 8. März bis 6. Mai 1957 ver-

599 teilte das Ostbüro der SPD über fünfeinhalb Millionen Flugblätter mittels Ballons und über seine Agentennetze in der DDR.²⁹

Im Zuge einer Amnestie wurden im Mai/Juni 1956, wie bereits erwähnt, zahlreiche vor allem von sowjetischen Militärtribunalen, aber auch bereits von DDR-Gerichten verurteilte Personen, darunter 691, die der westdeutschen Sozialdemokratie angehört haben oder angaben, ihr anzugehören, aus der Haft entlassen. Nach einer Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR vom 21. Juni 1956 waren die genannten 691 Personen »wegen krimineller Vergehen, die sie im Auftrag des mit den imperialistischen Spionagezentralen verbundenen Ostbüros ... begangen haben«, verurteilt worden.³⁰

Durch die Aufklärung, Entlarvung und Inhaftierung seiner Agenten in der DDR wurde die Basis der subversiven Tätigkeit des Ostbüros der SPD seitens der HA V systematisch dezimiert. So war es der HA V zeitweilig gelungen, die Telefongespräche des Ostbüros der SPD in Westberlin abzuhören. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurden in einer Aktion etwa 30 Spione des Ostbüros der SPD ermittelt und festgenommen. Diese Festnahmen beruhten maßgeblich auf Informationen eines Kundschafters der sowjetischen Sicherheitsorgane im englischen Geheimdienst, der bei Bedarf über das Agentennetz des Ostbüros der SPD verfügte. Zur subversiven Tätigkeit des SPD-Ostbüros gegen die DDR sind in den überlieferten Unterlagen des MfS eine Fülle weiterer aufschlußreicher Informationen enthalten. Es ist allerdings zu befürchten, daß hierüber für immer der Mantel des Schweigens gebreitet wird.

Selbst westliche Publikationen kamen nicht umhin, den dubiosen Charakter des Ostbüros der SPD zu bestätigen und einiges aus seiner Tätigkeit zu offenbaren. So betrieb es nach eigenem Zeugnis »die Beschaffung von Informationen aus dem osteuropäischen und mitteleuropäischen Raum«.³¹ Das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« definierte es etwas präziser als »eine Nachrichtenbeschaffungsstelle, die vor allem im Westberliner Agentenschwermel des Kalten Krieges eine dominierende Rolle spielte«.³² Es buchte dies unter »SPD-Spionageaktivitäten im Kalten Krieg« ab und berichtete über »Tausende von Agenten eines ›Ostbüros‹ der westdeutschen SPD, finanziert mit Steuergeldern und ausgerüstet mit Geheimschrift und Minikameras«.³³ Ostbüroagenten beschafften Sitzungsberichte des Zentralkomitees der SED, Details über den Aufbau der Polizei, Baupläne von Gefängnissen oder Angaben zu Standorten der Roten Armee und erhielten von den britischen Streitkräften Aufklärungsaufträge zu Wirtschafts- und Militärfragen.

³⁴

600

Das SPD-Ostbüro sammelte durch seine Agenten Informationen über drei Millionen DDR-Bürger (*kein Schreibfehler – d. Verf.*), um nach einer Wiedervereinigung ein »besseres Nürnberg« zu ermöglichen, infiltrierte, von staatlichen Stellen geduldet oder gefördert, im Rahmen seiner Inlandsaufklärung »politische Extremistengruppen« (*gemeint war damit u. a. die KPD*), schickte Kuriere und V-Leute in den illegalen Propagandakampf gegen das Ulbricht-Regime etc. Es arbeitete »im konspirativen Bereich stark mit den deutschen und westlichen Geheimdiensten zusammen«. Das Ostbüro fälschte Dokumente, darunter Ausweise des Schweizer Roten Kreuzes. Seine hauptamtlichen Mitarbeiter waren bewaffnet. »Der frühere V-Mann Heinz Richter schätzt, daß insgesamt 800 Menschen aufgrund der vom Westen organisierten Nachrichtenbeschaffung wegen Spionage verurteilt worden sind«.³⁵

Die Ostbüros der CDU und FDP erreichten mit ihren subversiven Aktivitäten bei weitem nicht Umfang und Intensität des Ostbüros der SPD und waren zudem stärker auf die CDU bzw. LDPD in der DDR fixiert, mit dem Ziel der

Untergrabung ihrer Rolle als Blockparteien und Verbündete der SED. Sie waren jedoch auch als Spionageorganisationen aktiv. Ende 1952 wurden 40 Bürgermeister, Stadträte, Behördenangestellte und Lehrer in Thüringen verhaftet, die eine gegen die Berliner Parteizentrale gerichtete illegale CDU-Führung gebildet und CDU-Mitglieder zur Sammlung politischer und wirtschaftlicher Informationen aufgefordert hatten.

1952/53 haben die Mitarbeiter des Ostbüros der CDU und des amerikanischen Geheimdienstes CIC Gerulf R. und Johanna H. mehrere Mitarbeiter aus zentralen Regierungsorganen der DDR dem amerikanischen Geheimdienst zur Anwerbung zugeführt.

Über die subversive Tätigkeit des Ostbüros der FDP berichtete ein in die DDR übergetretener FDP-Funktionär 1955 in einem Rundfunk-Interview: »Ich erwähnte die FDP-Agenten in Meißen: sie trieben vorzüglich Militärspionage. Ich war dabei, als ihnen Porzig, der Spionagechef des Berliner Ostbüros, Aufträge zur Feststellung von Unterkünften der sowjetischen Besatzungstruppen erteilte, weiter zur Ermittlung von Kraftfahrzeugnummern und -typen, Bewaffnung und dergleichen mehr. Darüber hinaus treibt das Ostbüro der FDP eine rege politische Spionage gegen die LDPD und die SED, und weiter organisiert es auch Sabotageaktionen.«

Die Ostsekreterate westdeutscher Jugend- und Studentenorganisationen versuchten vor allem in den frühen 50er Jahren an den Hochschulen und Universitäten der DDR Stützpunkte zu schaffen; organisierten auch politische Provokationen in der Hauptstadt der DDR. Die Vereinigung der Opfer des

601

Stalinismus (VOS) und die Vereinigung politischer Ostflüchtlinge (VPO) wurden seinerzeit vor allem in den Aufnahmelagern für republikflüchtige DDR-Bürger aktiv. Revanchistenverbände versuchten immer wieder DDR-Bürger in ihre Aktivitäten einzubeziehen. Bedeutsam wurde das besonders im Zusammenhang mit der Teilnahme von DDR-Bürgern an revanchistischen Veranstaltungen in Westberlin und der BRD.

Beim Informationsbüro West (IWE) handelte es sich um eine auf den Nachrichtenhandel spezialisierte und mit geheimdienstlichen Methoden agierende Einrichtung, die Agenten unter DDR-Bürgern anwarb. Es wurde 1950 mit Unterstützung des »Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen«, der KgU und des UfJ gegründet. Seine Spezialität waren Nachrichtenfälschung und Zweckpropaganda gegen die DDR. Die vom IWE fabrizierten Nachrichten wurden von allen Rundfunkanstalten der BRD und Westberlins sowie durch das Bundespresseamt im In- und Ausland verbreitet. Besonders eng war die Kooperation mit dem Pressekonzern von Axel Springer. Daneben sammelte das IWE Spionageinformationen, die an die westlichen Geheimdienste und die Bundesregierung, aber auch an das Ostbüro der SPD und andere Stellen übermittelt wurden.

Allen diesen feindlichen Zentren und Organisationen wurde mit den Maßnahmen des 13. August 1961 der Boden ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der DDR entzogen. Sie stellten deshalb früher oder später ihre Aktivitäten gegen die DDR ein, nachdem sie bereits vor 1961 durch die Maßnahmen des MfS spürbar zurückgedrängt oder zur Einstellung ihrer subversiven Aktivitäten gezwungen worden waren.

Die Arbeitsgemeinschaft 13. August etablierte sich nach 1961 als ein Zentrum für die Inszenierung von Provokationen gegen die Staatsgrenze der DDR und als eine militante Propagandaeinrichtung des Kalten Krieges. Sie ist in diesem Sinne bis heute engagiert.

Nach 1961 übernahm die HA XX die Aufgabe, die organisierte Ausschleusung von DDR-Bürgern durch Menschenhändlerbanden zu bekämpfen.

Rekrutierten sich diese Banden zunächst aus fanatischen Antikommunisten, vornehmlich aus studentischen Kreisen in Westberlin, so wurden sie später zunehmend eine Domäne von Kriminellen. Sie wurden zu einem profitablen Geschäft, bei dem selbst der Tod von Menschen billigend in Kauf genommen wurde. Solche Gruppen konnten meist auf die Unterstützung westdeutscher und Westberliner Staatsorgane zählen, oft waren auch Geheimdienste involviert.

602

In den ersten Jahren erfolgten Ausschleusungen über Tunnel, mittels gefälschter Paßdokumente und in Pkw-Verstecken. Später erweiterte sich der Radius der Menschenhändlerbanden auf andere sozialistische Länder,

was für die HA XX Mitte der 60er Jahre bedeutete, Operativgruppen in der CSSR, Ungarn und Bulgarien aufzubauen, die mit den befreundeten Sicherheitsorganen in diesen Ländern eng kooperierten.

Durch die HA V bzw. XX wurde eine Vielzahl sogenannter Fluchthilfe-Unternehmen aufgedeckt und mit der Festnahme der Schleuser und ihrer Klienten beendet. Die immer raffinierter werdenden Mittel und Methoden der Schleusungen wurden erfolgreich aufgeklärt. Damit wurde gleichzeitig dazu beigetragen, das Grenzregime der DDR zu qualifizieren. Eine Reihe von Menschenhändlerbanden war gezwungen, im Ergebnis der Maßnahmen der HA V bzw. XX ihre subversiven Aktivitäten gegen die DDR einzustellen und sich aufzulösen.

Mit der Bildung der ZKG im Jahre 1975, deren Tätigkeit in einem gesonderten Beitrag behandelt wird, wurden die Aufgaben zur Bekämpfung des Menschenhandels schrittweise von dieser Dienst Einheit übernommen.

Die Aufgaben der HA XX auf dem Gebiet der Arbeit in das Operationsgebiet beschränkten sich von diesem Zeitpunkt an auf die Mitwirkung bei der Aufklärung ausgewählter Einrichtungen der sogenannten DDR-Forschung in Westberlin (»Gesamtdeutsches Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Fragen«) sowie auf einzelne Personen und Gruppierungen, die als Inspiratoren und Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit in der DDR in Erscheinung traten. Einrichtungen der DDR-Forschung in der BRD waren ansonsten Zielobjekte der HVA. Hierbei spielte vor allem ihre Bedeutung bei der Erarbeitung von Grundlagen für politische Strategien gegenüber der DDR eine Rolle. Selbstverständlich war auch von Interesse, ob diesen Einrichtungen geheime Quellen aus der DDR zur Verfügung standen.

Abwehrarbeit in den Kirchen und Religionsgemeinschaften

In der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR nahmen die Kirchen eine Sonderrolle ein. Sie standen als einzige legale Einrichtungen außerhalb des von der SED dominierten Gefüges der politischen Macht und wahrten ihre relative Selbständigkeit. Dabei blieben die evangelischen Kirchen bis zur Bildung des Bundes evangelischer Kirchen in der DDR (BEK) 1969 Teil der (gesamtdeutschen) Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) und betonten auch danach ihre ideelle Einheit mit den westdeutschen Kirchen, von denen sie finanziell abhängig blieben.

603

Die katholische Kirche in der DDR blieb stets Teil der römischen Papstkirche. Für das MfS waren die Kirchen bei der Erfüllung seiner diesbezüglichen von der Partei- und Staatsführung übertragenen Aufgaben nicht als Religionsgemeinschaften von Interesse. Die Religionsfreiheit war in der DDR verfassungsmäßig garantiert³⁶ und weiter entwickelt als in den meisten anderen sozialistischen Ländern. Die Abwehrarbeit des MfS konzentrierte sich ausschließlich auf den politischen Mißbrauch der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR.³⁷

Unter politischem Mißbrauch wurden im Widerspruch zur Politik der Partei- und Staatsführung und zu den Gesetzen der DDR stehende kirchliche Erklärungen, Stellungnahmen, Kanzelabkündigungen, Synodalbeschlüsse und ähnliche Äußerungen zu politischen Themen verstanden sowie entsprechende politische Aktivitäten, die über den Rahmen der Religionsausübung hinausgingen.

Hierbei rückten die evangelischen Kirchen in der DDR in den Mittelpunkt der Abwehrarbeit des MfS. Sie vereinten nicht nur die Mehrheit der Christen in der DDR, sondern waren als protestantische Kirchen auch dem Leben ihrer Mitglieder in der Gesellschaft stärker zugewandt und damit politisch ambitionierter als andere Kirchen und Religionsgemeinschaften. Die HA/Abt. XX wurden in den Kirchen und Religionsgemeinschaften auf der Grundlage der Verfassung und der Gesetze der DDR sowie der politischen Vorgaben der SED zu den Zielen, Haupttrichtungen und -inhalten ihrer Politik in Kirchenfragen tätig. Die Zusammenarbeit, Abstimmung und gegenseitige Information mit der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK der SED, der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen und deren nachgeordneten Mitarbeitern in den Bezirken und Kreisen der DDR gestalteten sich zu allen Zeiten eng, kameradschaftlich und konstruktiv. Hauptmittel des Wirkens des MfS in den Kirchen und Religionsgemeinschaften waren die Werbung und der zielgerichtete Einsatz von IM zur Beschaffung von Informationen sowie zur zielgerichteten Beeinflussung kirchlicher

Amtsträger und Gremien im Sinne der Zurückdrängung sozialismusfeindlicher und der Unterstützung staatsloyaler Kräfte und Bestrebungen. Die Basis für die inoffizielle Zusammenarbeit des MfS mit hauptamtlichen Mitarbeitern der Kirchen ergab sich vor allem aus dem gemeinsamen humanistischen Anliegen des Sozialismus und des Christentums, den weitgehend übereinstimmenden Auffassungen in der Friedensfrage und zunehmend auch aus der Einsicht kirchlicher Amtsträger, daß die politischen Verhältnisse der DDR ihr Wirken auf längere Sicht bestimmen werden

604

und dem davon abgeleiteten Bemühen, die Bedingungen für das Agieren der Kirchen zu verbessern und ihre Rolle bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme aufzuwerten.

Nach der »Wende« ist die inoffizielle Zusammenarbeit kirchlicher Amtsträger – darunter auch kirchenleitender Personen – mit dem MfS hochgespielt und verketzert worden. Das geschah vor dem Hintergrund der bedingungslosen Unterwerfung der DDR-Kirchen unter die westdeutsche Führung und der Auslöschung jeglicher positiver Erinnerungen an einstmalige Positionen einer *Kirche im Sozialismus* und das Wirken der damit verbundenen kirchlichen Amtsträger. Es wurde der Eindruck erweckt, daß die kirchenleitenden Gremien vom MfS vollständig unterwandert gewesen und alle wichtigen kirchlichen Entscheidungen vom MfS diktiert worden seien. Der bei der Gauck-Behörde beschäftigte Ehrhart Neubert mußte nach Sichtung der Unterlagen jedoch einräumen, daß nur 1,3 Prozent der rund 4.100 kirchlichen Amtsinhaber IM gewesen seien, bei etwa 5 Prozent habe es Anwerbungsversuche gegeben.³⁸

Das auch vom MfS mitgetragene und beeinflusste Verhältnis zwischen Staat und Kirchen in der DDR war – von zeitweiligen Zuspitzungen abgesehen – im allgemeinen von Vernunft und Realitätssinn geprägt und basierte auf politischen Kompromissen. Sieht man von dem vorübergehenden Verbot der »Jungen Gemeinde« im Jahre 1952 und einzelnen Aktionen gegen die Studentengemeinden in den 50er Jahren ab, so waren Nebeneinander, Berechenbarkeit und zunehmend auch Miteinander in diesem Verhältnis vorherrschend. Die Konzeption einer *Kirche im Sozialismus* (»Nicht Kirche für, nicht Kirche gegen, sondern Kirche im Sozialismus«) hatte eine größere Basis in den Kirchen der DDR, als heute zugegeben wird. Sie ermöglichte eine kontinuierliche Aufwertung der Rolle der Kirchen in der Gesellschaft, die bei den Lutherehrungen 1983 und kirchlichen Großveranstaltungen (evangelische Kirchentage, Katholikentreffen in Dresden), aber auch im staatlichen Entgegenkommen gegenüber kirchlichen Anliegen (bei Reiseregulungen, kirchlichen Bauvorhaben, Einfuhrgenehmigungen) sichtbaren Ausdruck fand.

Das MfS hatte alle Phasen der Annäherung zwischen Staat und Kirche in der DDR, den »Thüringer Weg« der vorsichtigen Lösung von der gesamtdeutschen Kirche und die Bildung des Bundes evangelischer Kirchen in der DDR aktiv unterstützt und befördert. Es war auch maßgeblich an der Vorbereitung des Grundsatzgesprächs zwischen Erich Honecker und den führenden Kirchenvertretern am 6. März 1978 beteiligt. Die Inoffiziellen Mitarbeiter der HA/Abt. XX sondierten, oftmals als stille Diplomaten, Mög-

605

lichkeiten und Grenzen der Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft der Kirchen oder bereiteten innerhalb der Kirchen den Boden für konstruktive Vereinbarungen und die Lösung anstehender Probleme vor.

Entscheidend aber war die Tatsache, daß sich die Kirchen im eigenen Interesse veranlaßt sahen, auf politische Veränderungen (Schließung der Staatsgrenze 1961, die internationale Anerkennung der DDR, der KSZE-Prozeß) eigene Antworten zu finden.

Seitens des MfS wurden die politischen Haltungen kirchlicher Amtsträger und kirchlich gebundener Personen stets differenziert bewertet. Dabei prägten vor allem solche Personen die politische Haltung der Kirchen, die der DDR zwar kritisch gegenüberstanden, aber gleichzeitig auch deren Grundlagen und Staatsziele akzeptierten. Schwerpunkte des staatlichen Einwirkens auf die Kirchen und permanenter Auseinandersetzungen mit ihnen, zugleich Hauptfelder der operativen Arbeit des MfS, bildeten folgende Bereiche: – Erklärungen zu politischen und staatlichen Maßnahmen der DDR und zu internationalen Themen durch die Kirchen. (1988 und 1989 beispielsweise

waren die »Ökumenischen Versammlungen von Christen und Kirchen in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung « von besonderem operativen Interesse, da sie gesellschaftspolitische Forderungen postulierten.)

- Formen und Methoden der kirchlichen Jugendarbeit, etwa der sogenannten Offenen Arbeit, bei der durch nichtreligiöse Themen und attraktive Gestaltung der schwindende kirchliche Einfluß unter Jugendlichen aufgehalten werden sollte und zugleich die Verantwortung des Staates für Bildung und Erziehung in Frage gestellt wurde;
- Organisation politischer und kultureller Veranstaltungen in den Kirchen (Konzerte, Lesungen aus in der DDR nicht veröffentlichten Werken, Veranstaltungen der sogenannten unabhängigen Friedensbewegung und mit Antragstellern auf Übersiedelung in die BRD);
- Unterstützung der Wehrdienstverweigerung durch die Kirchen und die konkrete Ausgestaltung des sogenannten Bausoldatendienstes (ein übrigens besonders interessanter politischer Bereich, wenn man die Rückkehr der etablierten Militärseelsorge in den Osten Deutschlands bedenkt);
- Patenschaftsarbeit (später Partnerschaftsbeziehungen) der westdeutschen Kirchen und kirchlichen Organisationen und andere Formen von Einflußnahme auf die Kirchen in der DDR;
- Aktivitäten westlicher diplomatischer Vertretungen und der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR sowie westlicher Korrespondenten gegenüber den Kirchen in der DDR;

606

Durch entsprechende Einflußnahme seitens des MfS wurden kirchliche Kontakte in die BRD und im internationalen Maßstab erfolgreich genutzt, um die auf Frieden und Abrüstung gerichtete Außenpolitik der DDR – oftmals deckungsgleich mit kirchlichen Interessen – zu unterstützen.

Kirchliche Kanäle dienten den Regierungen beider deutscher Staaten auch zur Abwicklung diffiziler und vertraulicher politischer Sondierungen und Maßnahmen, darunter dem sogenannten Häftlingsfreikauf.

Aus der westlichen Unterstützung von Kirchenneubauten und analogen Hilfen bei der Ausstattung karitativer Einrichtungen ergaben sich für die DDR auch wirtschaftliche Vorteile.

Die katholische Kirche in der DDR bestimmte ihre Position als Minderheitskirche. Ihre weitgehend apolitische, allein dem kirchlichen Auftrag verpflichtete Haltung ermöglichte es ihr, größtmögliche Distanz zum sozialistischen Staat zu halten, aber gleichzeitig ihre Strukturen und ihre innere Geschlossenheit zu behaupten. Die Souveränität der Vertreter der katholischen Kirche wird auch in ihrem heutigen Verhalten zu offiziellen und inoffiziellen Kontakten ihrer Mitarbeiter zum MfS deutlich. Fernab der allgemeinen »Stasi«-Hysterie bewertete Kardinal Sterzinsky 1993 die Kontakte zum MfS als der Sache der Kirche und der Gesellschaft dienlich und auch aus heutiger Sicht in der damaligen Situation notwendig.³⁹

Zugelassene andere Religionsgemeinschaften in der DDR (die Methodistische Kirche, Sieben-Tage-Adventisten, gegen Ende der DDR auch die Mormonen) bildeten keinen besonderen Schwerpunkt in der Arbeit des MfS.

Sie vermieden im allgemeinen politische Konfrontationen und waren um spannungsfreie Beziehungen zum sozialistischen Staat bemüht.

Mit Achtung und Respekt wurde die etwa 1.000 Mitglieder zählende Jüdische Gemeinde in der DDR behandelt. Ihre berechtigten Sicherheitsinteressen wurden gebührend beachtet. Antisemitische Vorfälle (antisemitische Losungen und Symbole und vereinzelte Schändungen jüdischer Friedhöfe) wurden intensiv aufgeklärt und bekämpft. Es war sicher keine Floskel, wenn der Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Helmut Aris, in einem Grußschreiben an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker 1979 hervorhob, »daß 30 Jahre DDR für die Bürger jüdischen Glaubens ein Leben in Geborgenheit und Sicherheit, in uneingeschränkter Gleichberechtigung und vollständiger Religionsfreiheit bedeuten«.⁴⁰

Die Kontrolle einer Reihe nicht zugelassener bzw. in der DDR verbotener Religionsgemeinschaften und religiöser Sekten oblag dem Ministerium des Innern, das hierbei eng mit dem MfS zusammenarbeitete.

607

Eine Ausnahme bildete die 1950 durch Urteil des Obersten Gerichts der DDR wegen Kriegshetze (Rechtfertigung eines Atomkrieges), Hetze gegen

die DDR (bei einer Veranstaltung in der Berliner »Waldbühne« im Juli 1949 und deren anschließender Publizierung im »Wachturm«) sowie wegen Spionage und des Boykotts staatlicher Maßnahmen (insbesondere Aufrufe zur Nichtteilnahme an Wahlen) verbotene Sekte »Zeugen Jehovas«. Von ihrem Hauptsitz in den USA und ihrer westdeutschen Zentrale in Wiesbaden (später: Selters) wurde sie im Osten Deutschlands wirksam. Sie war antikommunistisch ausgerichtet und gesellschaftlich destruktiv. Die Maßnahmen des MfS, die vor allem in den 50er Jahren durch wiederkehrende Verhaftungen von Funktionären und Kurieren geprägt waren, die dann oft zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, haben sich jedoch als nicht geeignet erwiesen, die von religiösem Wahn und Fanatismus getriebenen Aktivitäten dieser Sekte zu unterbinden.

Diese Maßnahmen sind nur aus der Zeit und dem herrschenden Zeitgeist zu erklären. Der Kalte Krieg strebte seinen Höhepunkt entgegen, die Gegenseite unternahm alles für ein *roll back* der politischen Entwicklung in Osteuropa.

Anfang der 60er Jahre wurde in der DDR begonnen, im Umgang mit den »Zeugen Jehovas« neue Gegenstrategien zu entwickeln. Die Aufklärung über diese Sekte und oppositionelle Gruppen einstiger Sektenanhänger wurden gefördert. Die letzten Verhaftungen von »Zeugen Jehovas« wegen ihrer Tätigkeit für die Sekte erfolgten Mitte der 60er Jahre. Anschließend wurden ausschließlich ordnungsrechtliche Maßnahmen angewandt (Auflösung von Versammlungen, Einschränkung der Einschleusung und Verbreitung der Sekten-Literatur, Behinderung besonders aufdringlicher Werbe-Aktivitäten). Eine Ausnahme bildeten Inhaftierungen solcher »Zeugen Jehovas«, die jeglichen Wehrdienst, auch den Dienst als Bausoldat, verweigerten. Sie wurden nach § 256 des StGB der DDR (Wehrdienstentziehung und Wehrdienstverweigerung) verurteilt. Aus vergleichbarem Grund wurden auch

in der BRD zahlreiche »Zeugen Jehovas« als Totalverweigerer inhaftiert.

Aber: Während alle einst in der DDR inhaftierten Wehrdienstverweigerer inzwischen rehabilitiert wurden, ist von analogen Maßnahmen in den alten Bundesländern nichts bekannt.

Wer heute von »Leid und Trauer«, die das MfS über Zeugen Jehovas gebracht habe, spricht, sollte nicht vergessen, daß diese Sekte auch heute noch das Leben vieler Menschen zerstört. Oft schon als Kinder und Jugendliche werden Menschen durch massive Indoktrination mit dem Schreckens-

608

Szenario eines angeblich bevorstehenden Weltuntergangs zur Aufgabe beruflicher Qualifizierungen, zum Verzicht auf gesellschaftlichen Aufstieg sowie zur absoluten Unterordnung jeglicher persönlicher Interessen unter die Gebote der Sekte verleitet.

Abwehrarbeit unter Jugendlichen und Studenten

Der HA XX war durch den Befehl 11/66⁴¹ und die Dienstanweisung 4/66 »zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR« des Ministers für Staatssicherheit vom 15. Mai 1966⁴² die Federführung für die Abwehrarbeit unter jugendlichen und studentischen Personenkreisen im MfS übertragen worden.

Diese Verantwortung bezog sich hauptsächlich auf die zentrale Zusammenführung und Analyse der dazu relevanten Informationen. Das betraf Erkenntnisse zur Entwicklung der Lage, zu neuen Erscheinungsformen, Mitteln und Methoden gegnerischer Angriffe, Tendenzen und Schwerpunkten der Feindtätigkeit, zur Wirksamkeit der eigenen sowie der Maßnahmen staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte. Davon abgeleitet wurden Empfehlungen vor allem zur Verbesserung der vorbeugenden Tätigkeit des MfS.

Gleichzeitig wurden in allen Bezirksverwaltungen des MfS unter Leitung jeweils eines Stellvertreters Operativ des Leiters der Bezirksverwaltung »nichtstrukturelle Arbeitsgruppen Jugend« aus Vertretern der wichtigsten operativen Dienststeinheiten, die entsprechende Abwehraufgaben zu lösen hatten, gebildet. Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieser nichtstrukturellen Arbeitsgruppen standen neben analytischen Aufgaben der Erfahrungsaustausch und die Koordinierung der operativen Arbeit der beteiligten Dienststeinheiten bei der Zurückdrängung feindlicher und negativer Einflüsse unter jugendlichen und studentischen Personenkreisen.

Damit wurde die Verantwortung der unterschiedlichen operativen Dienststeinheiten

im MfS für die politisch-operative Sicherung jugendlicher Personenkreise in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich jedoch nicht aufgehoben. Die HA XX (analog die nichtstrukturellen Arbeitsgruppen und die Abteilungen XX im Bezirksmaßstab) hatte die Lage einzuschätzen und Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten. Hinzu kam, daß die HA/Abt. XX von ihrer Struktur und Aufgabenstellung her im eigenen Verantwortungsbereich vielfältige Aufgaben auf diesem speziellen Gebiet der Abwehrarbeit zu lösen hatten. Zu verweisen ist hierbei auf die operative Zuständigkeit für die Bereiche Volksbildung, Universitäten und Hochschulen, Freie Deutsche Jugend, die Gesellschaft für

609

Sport und Technik, Jugendgruppen und Studentengemeinden der Kirchen, für die Bereiche Kultur und Massenmedien, Körperkultur und Sport. Die Übertragung der Federführung an die HA XX korrespondierte mit umfassenden staatlichen und gesellschaftlichen Anstrengungen in der DDR zur Gewinnung der Jugend für den Sozialismus. »Der Jugend Vertrauen und Verantwortung« formulierte das Jugendkommunique des ZK der SED vom 25. September 1963. Im Rahmen dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe kam dem MfS die Rolle zu, feindliche Einflüsse zu bekämpfen und zurückzudrängen und im engen Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei und der ganzen Breite staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen und Organisationen umfassend vorbeugend zu wirken.

Die Behauptung, daß dem MfS die Jugend insgesamt als Unsicherheitsfaktor galt,⁴³ entbehrt jeder Grundlage. Orientierungen in der Dienstanweisung 4/66 auf die »schwerpunktmäßige Arbeit« unter Oberschülern und Lehrlingen, der studentischen Jugend und unter kirchlich gebundenen Jugendlichen gehen einerseits von der durchgängigen Anwendung des Schwerpunkprinzips im MfS auch bei diesen Aufgabenstellungen aus und sind andererseits auch unter dem Aspekt der größeren Breite der vorbeugenden Arbeit gegenüber der direkten Bearbeitung konkreter Gruppen und Personen zu verstehen.

In der Praxis war die operative Arbeit des MfS stets auf ganz bestimmte Erscheinungen unter der Jugend, die Untersuchung von Vorkommnissen und exakt bestimmte Personen und Personengruppen ausgerichtet.

Im Unterschied zu den 50er Jahren bildeten studentische Personenkreise später keinen Schwerpunkt der Abwehrarbeit des MfS. 1956 waren im Zusammenhang mit den als konterrevolutionär eingeschätzten Ereignissen in der Ungarischen Volksrepublik Kampfgruppen vor der Humboldt-Universität aufmarschiert, um eine aus einer Studentenversammlung heraus geplante provokatorische Demonstration zur Volkskammer der DDR zu verhindern. Antisozialistische Demonstrationen von Studenten fanden damals in mehreren Universitätsstädten statt bzw. wurden vorbeugend verhindert.

In den frühen 50er Jahren wurden wiederholt Angehörige staatsfeindlicher studentischer Gruppen verhaftet. Im Frühjahr 1959 wurden Mitglieder einer Gruppe an der Technischen Hochschule Dresden inhaftiert, die sich »Nationalkommunistischer Studentenbund« nannte und versucht hatte, den Boykott der GST-Arbeit und der militärischen Ausbildung zu provozieren sowie sich in den Besitz von Waffen zu setzen. Diese Gruppe hatte Verbindungen zur KgU, dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und der BBC aufgenommen.

610

Nach 1961 wurden noch einige wenige Studentengruppen bekannt, die mit Konzeptionen zur Bildung eines gegen die FDJ gerichteten »unabhängigen« Studentenbundes und mit Forderungen zur Abschaffung des marxistisch-leninistischen Grundlagen-Studiums, des Russisch-Unterrichtes und der vormilitärischen Ausbildung hervortraten. Sie wurden fast ausnahmslos ohne Anwendung strafrechtlicher Maßnahmen aufgelöst. Seit den 70er Jahren wurden so gut wie keine damit vergleichbaren Erscheinungen unter studentischen Personenkreisen bekannt. Relegierungen aus politischen Gründen hatten Seltenheitswert und waren in der Regel nicht vom MfS veranlaßt. An den Universitäten und Hochschulen hatte ein Generationswechsel stattgefunden. Die Zulassungsverfahren waren, beginnend mit der Abiturstufe, qualifiziert worden, und zunehmend dominierten Kinder von Arbeitern und Bauern und andere nicht dem bürgerlichen Milieu entstammende Studenten, die für sich den Erwerb einer höheren Bildung als Errungenschaft der DDR verstanden, die DDR als ihren Staat betrachteten und in diesem

Sinne politisch auftraten und handelten.

Hinzu kamen die Auswirkungen der Hochschulreformen und die Etablierung einer neuen, sozialistischen Intelligenz an den Hochschulen und Universitäten.

Auch die überwiegende Mehrheit jener Studierenden, die politisch nicht mit der DDR verbunden war, paßte sich dem herrschenden politischem System an und nutzte die ihnen gleichermaßen wie allen anderen gebotenen Bildungs- und Entwicklungschancen.

Millionen junger Menschen haben sich besonders in den Aufbaujahren, aber auch danach mit der DDR als ihrem Staat identifiziert und sozialistische Werte und Ideale mehr oder weniger verinnerlicht. Das erklärte Ziel, möglichst die Gesamtheit der jungen Generation dauerhaft auf dem Wege der sozialistischen Erziehung in die DDR und ihr Gesellschaftssystem zu integrieren und dieses damit unangreifbar und unbesiegbar zu gestalten, erwies sich jedoch als realitätsfern und nicht realisierbar.

Angesichts der Anziehungskraft der kapitalistischen BRD und der in den letzten Jahren der DDR immer offenkundiger werdenden Defizite der eigenen Gesellschaft blieben die Wirkungen der sozialistischen Erziehung beschränkt und wären es auch weiter geblieben, selbst wenn es gelungen wäre, sie absolut perfekt und ideal zu organisieren.

Viele Erscheinungen, die die Entwicklung der jugendlichen Subkultur des Westens hervorbrachte, schwappten mit ein bis zwei Jahren Verzögerung auch auf die DDR über und wurden hier oftmals kaum modifiziert nachgeahmt. Vor allem in den außerhalb der gesellschaftlichen Einflußmöglichkeiten existierenden, zumeist losen Freizeitgruppierungen von

611

Jugendlichen kultivierten sich Hippies, Punker, Grufties, ab Mitte der 80er Jahre auch Skinheads und zuletzt noch Hooligans in einschlägigen Szenen. Diese Jugendlichen entzogen sich mehr oder weniger nachhaltig der sozialistischen Erziehung bzw. der Integration in gesellschaftsgemäße Verhaltensweisen und wurden im MfS unter den Sammelbegriff *negativ-dekadent* eingestuft. Dieser Begriff orientierte sich am äußeren Erscheinungsbild und dem Verhalten der jugendlichen Aussteiger und gab Raum für breite, darunter auch subjektive Auslegungen. Er sollte aber auch die Unterschiede in der Einschätzung gegenüber anderen Personenkreisen (»feindlich-negativ«) deutlich machen.

Fernseh- und Rundfunksender der BRD und Westberlins bestimmten besonders mit ihren Musiksendungen den Geschmack weiter Kreise des jugendlichen DDR-Publikums. Die Entwicklung einer eigenen DDR-Rockmusik oder einer FDJ-Singebewegung erreichten zwar bemerkenswerte Aufmerksamkeit, waren aber der drückenden Übermacht der kommerziellen Unterhaltungsindustrie des Westens nicht gewachsen.

Relevant für das MfS und die anderen Sicherheitsorgane waren Erscheinungen von Gewalttätigkeit und Aggressionen Jugendlicher der DDR bei größeren Ansammlungen, etwa auf Weihnachtsmärkten, Volksfesten, im Umfeld bestimmter Fußballspiele, vereinzelt auch am Rande politischer Großveranstaltungen. Ausschreitungen entstanden zumeist spontan, waren vielfach von Alkoholmißbrauch begleitet und richteten sich hauptsächlich gegen die Ordnungs- und Sicherheitskräfte. Sie mündeten mitunter in sinnloser Zerstörungswut auf Straßen und in Verkehrsmitteln. »Chaostage« oder stundenlange Straßenschlachten, Barrikaden, Prügelorgien einer martialisch ausgerüsteten Polizei, Steinewerfen, reihenweise Zerstörung von Schaufensterscheiben oder Kraftfahrzeugen, wie sie heute zu beobachten sind, hat es in der DDR allerdings niemals gegeben.

Ein Gerücht, wonach die *Rolling Stones* ein Konzert auf dem Hochhaus des »Springer«-Verlages in Berlin veranstalten sollten, reichte 1969 aus, um mehrere Tausend Jugendliche in gefährliche Nähe zur Staatsgrenze zu locken. Eine analoge Situation entstand 1988 bei einem Konzert von *Pink Floyd* auf der Westseite des Brandenburger Tores.

Am 7. Oktober 1977 wurden bei einem Rockkonzert am Berliner Fernsehturm im Rahmen der Feiern zum 28. Jahrestag der DDR Volkspolizisten von alkoholisierten Jugendlichen angegriffen und einige schwer verletzt. Die Ausschreitungen entwickelten sich, als Volkspolizisten Jugendlichen zu Hilfe kommen wollten, die in einen Lüftungsschacht der Fußbebauung des Fernsehturmes eingebrochen waren. Teilnehmer griffen diese Volkspolizisten an,

612

weil sie in Unkenntnis des Zwecks ihres Handelns annahmen, daß das Rockkonzert aufgelöst werden sollte. Bedingt durch die Unübersichtlichkeit der Situation und geschürt durch aufputschende Anfeuerungsrufe eskalierten die Auseinandersetzungen. Mehrere Hundert Jugendliche wurden »zugeführt«, von denen eine größere Zahl gerichtlich zur Verantwortung gezogen wurde. In diesem Zusammenhang entstanden zahlreiche Gerüchte, und westliche Medien versuchten (auch postum) das Ganze als »politischen Protest der DDR-Jugend« zu interpretieren.⁴⁴

Bemerkenswert war, daß – nicht nur bei diesem Ereignis – von der Altersgruppe der 13- bis 15-Jährigen in der Anonymität von Gruppen die größte Aggressivität und Brutalität ausging, wobei sich menschliche Unreife mit dem Bestreben, sich vor Gleichaltrigen hervorzutun, in unseliger Weise paarten. Durch das MfS und die Deutsche Volkspolizei wurden aus dem Vorkommnis am Fernsehturm Schlußfolgerungen für Sicherungsmaßnahmen bei gleichartigen Anlässen abgeleitet, in deren Ergebnis vergleichbare Ausschreitungen in der Folgezeit sicher verhindert werden konnten. Das betraf insbesondere vorbeugende Maßnahmen bereits in der Phase der Anreise von Jugendlichen zu bestimmten Veranstaltungen, die Einschränkung des Alkoholausschanks, die Organisation einer engen Kooperation und Abstimmung mit den jeweiligen Veranstaltern, die Kontrolle jugendlicher Freizeitgruppierungen, den Einsatz von FDJ-Ordnungsgruppen bzw. Ordnern anderer Veranstalter im Zusammenwirken mit den Sicherheitsorganen. Fußballspiele waren mitunter schon bei der Anreise der Fans von rowdyhaften Ausschreitungen geprägt. In den Stadien und beim Abmarsch wurden in dichten Menschenansammlungen Feuerwerkskörper gezündet, Fans der jeweils anderen Mannschaft angepöbelt, tätlich angegriffen und Sicherheitskräfte gezielt provoziert.

In der Fußballsaison 1986/87 wurden 960 Personen bei derartigen Handlungen festgestellt, 1987/88 waren es 1.099.⁴⁵ MfS und Volkspolizei reagierten auf diese Erscheinungen mit massiver Präsenz, Festnahmen, Zuführungen, Ordnungsstrafen und Verwarnungen, aber auch mit Empfehlungen zur Entwicklung einer erzieherischen Einflußnahme der Fußballclubs auf ihre Anhänger. Dank des massiven Einsatzes von Angehörigen des MfS und der DVP konnte vieles eingedämmt und die Lage beherrscht werden.

Den ersten bei Ausschreitungen getöteten Fußballfan gab es 1990 in Leipzig. Im Mittelpunkt der Arbeit des MfS unter jugendlichen und studentischen Personenkreisen stand die vorbeugende Verhinderung von Straftaten und aus der damaligen Sicht als negativ angesehenen Entwicklungen. Dabei wurde vor allem auf örtlicher Ebene eng mit den anderen Sicherheits- und Rechts-

613

pfllegeorganen zusammengewirkt, darunter in speziellen Arbeitsgruppen oder auf der Basis von Kriminalitäts-Vorbeugungsprogrammen der örtlichen Volksvertretungen.

Die entsprechenden Maßnahmen wurden durch den gezielten Einsatz von IM unter Jugendlichen sowie an der Erziehung beteiligten Personen wirkungsvoll unterstützt. Jugendliche – das bedeutete für das MfS immer die Altersgruppe von 14 bis 25 Jahren. Inoffizielle Kontakte zu Heranwachsenden der Altersgruppe von 14 bis 18 Jahren bildeten eine Ausnahme.

Unter den zahllosen Verleumdungen des MfS ist die Behauptung, das MfS habe Rechtsextremismus geduldet und diesen sogar gegen »Oppositionelle« eingesetzt, besonders infam.⁴⁶ In der gleichen Richtung sollen Versuche wirken, die DDR-Verhältnisse für die heutigen Erscheinungen des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern als Hauptursache zu benennen.

Solange das MfS existierte, haben seine Mitarbeiter, zu deren Grundüberzeugungen der Antifaschismus gehörte, mit aller Konsequenz neonazistische Erscheinungen und Tendenzen aufgeklärt und bekämpft. Dazu gehörten faschistische oder antisemitische Vorkommnisse der anonymen und pseudonymen Feindseligkeit (Hetzlosungen, Hetzflugblätter, Hetz- und Drohbriele dieses Inhaltes, das Anschmieren faschistischer und antisemitischer Symbole, Schändung von Friedhöfen)⁴⁷, das Auftreten entsprechender Täter in der Öffentlichkeit (Zeigen des Hitlergrußes, Absingen des Deutschland-Liedes, mündliche faschistische Äußerungen), die Unterbindung von Einschleusung und Verbreitung faschistischer Literatur und schließlich, ab Mitte der 80er Jahre, auch die Bekämpfung der sich entwickelnden Skinhead-Szene. Das MfS handelte hierbei gemeinsam mit der Deutschen Volkspolizei und den anderen staatlichen und gesellschaftlichen Kräften der DDR.

Unbestreitbar ist, daß die Skinheads der DDR westdeutsche Vorbilder nachahmten, daß die prägenden ideologischen Auffassungen wie das *Outfit* (Springerstiefel, Baseballschläger und Bomberjacken) aus dem Westen kamen. Die Nähe zu Westberlin hatte sicher etwas damit zu tun, daß 1988/89 etwa 400 der insgesamt rund 1.000 Skinheads in der DDR in ihrer Hauptstadt konzentriert waren. Hier gab es direkte Kontakte zu Skinheads in Westberlin. Die geistige Heimat der Skinheads war immer die Alt-BRD, niemals die DDR. Unbestreitbar ist ebenso, daß bestimmte Ursachen und Bedingungen für das Abgleiten von Jugendlichen in die Skinheadszene in der DDR lagen: Versäumnisse und Fehler im Prozeß der Bildung und Erziehung, als Folge zerrütteter Elternhäuser, als ein Ausdruck jugendlichen Protestverhaltens, das sich provozierend auf die für die DDR schmerzhafteste Stelle – ihren antifaschistischen Grundkonsens – richtete, negative Einflüsse im Freizeitbereich, Opportunismus der Eltern etc.

614

Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Skinhead-Szene fand vorwiegend auf örtlicher Ebene und in Betrieben statt. Die Kreisleitungen der FDJ waren vom MfS über Skinheads regelmäßig informiert worden und bemühten sich um eine politische Einflußnahme. Wie andere unliebsame Erscheinungen wurde auch das Problem der Skinheads von der SED-Führung weitgehend verdrängt und an die Sicherheitsorgane delegiert. Der Überfall einer alkoholisierten Gruppe von West- und Ostberliner Skinheads auf ein Punk-Konzert in der Zionskirche am 17. Oktober 1987 wurde als angeblicher Beleg für die abenteuerliche Behauptung herangezogen, das MfS habe im »Kampf gegen die Opposition« mit den Skinheads gemeinsame Sache gemacht. Der Grund: Eine in der Nähe befindliche Besatzung eines VP-Funkstreifenwagens hatte nicht eingegriffen, sondern lediglich Verstärkung angefordert. Die Polizisten waren sich unsicher, wie sie sich bei Tätlichkeiten in einer Kirche verhalten sollten. Als die Verstärkung eintraf, waren die Täter bereits geflüchtet. Die beteiligten Ostberliner Skinheads wurden später durch das MfS und die DVP ermittelt und gerichtlich abgeurteilt.

Mittlerweile hat auch die Gauck-Behörde eingeräumt, daß keinerlei Hinweise auf eine Beteiligung des MfS an diesem Vorkommnis vorliegen.⁴⁸

Allein ihr Aussehen reichte nicht aus, um strafprozessuale Maßnahmen gegen Skinheads einzuleiten. Auch solange sie friedlich zusammenkamen, war das kein Grund, gegen sie vorzugehen. Bei den geringsten Verstößen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit schritten jedoch MfS und DVP sofort konsequent ein. Diese Maßnahmen wurden nach dem Vorkommnis in der Zionskirche verstärkt.

Zwischen dem 1. Oktober 1987 und dem 20. Januar 1988 wurden durch das MfS und die DVP 40 Ermittlungsverfahren gegen 108 Skinheads, darunter 94 verbunden mit Untersuchungshaft eingeleitet.⁴⁹

Über lose Gruppierungen und anlaßbezogene Ansammlungen von Skinheads (etwa bei Fußballspielen) hinausgehende Organisationsstrukturen oder gar neofaschistische Parteien und Organisationen waren in der DDR nicht existent. Auch für das Vorhandensein einer »rechtsextrem orientierten Bewegung«⁵⁰ lagen reale und nachprüfbare Anhaltspunkte niemals vor. Derartiges wäre bereits im Ansatz seiner Entstehung rigoros unterbunden worden.

Das ist auch überlieferten Weisungen des MfS zu entnehmen. Der Stellvertreter des Ministers, Rudi Mittig, wies in einem Schreiben am 7. Juli 1986 an: »Gruppen mit faschistischen Tendenzen, faschistische Verhaltensweisen sind durch den Einsatz aller operativen, rechtlichen und gesellschaftlichen Mittel aufzulösen und in ihrer Wirkung zu verhindern.«⁵¹

615

In einem Schreiben aus dem Jahre 1988 übermittelte er den *Stellvertretern Operativ* aller Bezirksverwaltungen eine Einschätzung der Hauptabteilung XX »über in der DDR existierende Jugendliche, die sich mit neofaschistischer Gesinnung öffentlich kriminell und rowdyhaft verhalten, sowie Schlußfolgerungen zu ihrer weiteren rigorosen Zurückdrängung und zur Verhinderung von derartigen Jugendlichen ausgehender Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung«.⁵² Angefügt waren detaillierte und umfangreiche Aufgabenstellungen.

Nach der »Wende« bot sich ein völlig anderes Bild. Wurden im Oktober 1988 in der DDR 1.087 »Skinheads« einschließlich »Faschos« und »Hooligans

« registriert, so wurde die Zahl der militanten Rechtsextremen in den neuen Bundesländern Anfang 1993 bereits auf 3.800 geschätzt.⁵³ Der Koordinator der BRD-Geheimdienste, Uhrlau, bestätigte anlässlich einer öffentlichen Veranstaltung der Gauck-Behörde am 15. Januar 2000, daß sich der Verfassungsschutz der BRD 1990/91 darauf einstellen mußte, daß rechtsextreme Organisationen der BRD und deren Vertreter – er nannte hierzu den zwischenzeitlich verstorbenen Neonazi Kühnen – nach Osten ausschwärmten, um dort Anhänger zu rekrutieren. Noch präzisere Angaben zu diesem Thema wurden vom »Deutschlandradio« 1998 publiziert.⁵⁴ Der Sender berichtete, daß ab Mitte Dezember 1989 die »Republikaner«, ab Januar 1990 die »FAP«, »Wiking-Jugend« und die NPD in Leipzig ihr Propagandamaterial verbreiteten, daß 1990 der »zweite Parteitag« der »Deutschen Alternative« (DA) des Neonazis Kühnen in der Nähe von Cottbus stattfand, die aus DDR-Haft 1988 in die BRD entlassenen Frank und Peter Hübner den Brandenburger Landesverband der DA aufbauten, Vertreter der »Nationalen Offensive« aus der BRD Organisationsstrukturen in Dresden schufen und Neonazis aus der BRD – unter ihnen der bekannte Hamburger Neonazi Christian Worch – den in der Weitling-Straße in Berlin-Lichtenberg entstandenen Konzentrationspunkt von Neonazis frequentierten. Inzwischen wäre ein umfangreicher Dokumentenband notwendig, um die von den alten Bundesländern und Westberlin ausgehende Organisation, Finanzierung und Steuerung der rechten Szene in den neuen Bundesländern zu beschreiben. Die Gauck-Behörde kam 1996 nicht umhin festzustellen: »Zum Handlungsrepertoire der Rechtsextremisten in der DDR gehörte die Gewalt, noch nicht aber – nach der derzeit bekannten Aktenlage – menschengefährdende Brandstiftung, Totschlag oder Mord ... Außer bei den Fußballspielen gab es kaum formalisierte Strukturen ... Eine wichtige Rolle ... scheinen auch Verbindungen in die Bundesrepublik gespielt zu haben ... als persönliche Kontakte zu ehemaligen »Kameraden«, die übersiedelt waren.

616

... Auf dieser Schiene wurde ... auch die »höhere Organisationskultur« des Neonazismus in der alten Bundesrepublik in den Osten transportiert.«⁵⁵ Nicht unerwähnt bleiben soll, daß auch der Verfassungsschutz nach dem Grad der Organisation und ideologischen Einbindung in den Rechtsextremismus deutliche Unterschiede zwischen Skinheads, die zwar durch besondere Aggressivität und Gewaltbereitschaft charakterisiert sind, ansonsten aber eher ein diffuses und spontan reagierendes Potential darstellen, und den Mitgliedern rechtsextremer Organisationen⁵⁶ sieht und diese gesondert ausweist.

Sicherungsbereich Sport

Der Sport – sowohl der Leistungs- als auch der Breiten- und Massensport – hatte in der DDR einen sehr hohen Stellenwert. Seine Bedeutung für die physische und psychische Körperertüchtigung und Gesunderhaltung sowie die Erziehung nach den Wertmaßstäben einer sozialistischen Gesellschaft wurde hoch eingeschätzt. Die politischen Anstrengungen der SED, die Maßnahmen der staatlichen Organe und der Einsatz aller gesellschaftlichen Kräfte waren darauf gerichtet, besonders durch die Entwicklung des Leistungssports das internationale Ansehen der DDR zu erhöhen und die DDR-Identität ihrer Bürger zu entwickeln und zu festigen. Die beachtlichen Erfolge der DDR-Sportler bei Olympiaden und anderen hochrangigen internationalen Wettkämpfen hinterließen in diesem Sinne keine geringe Wirkung. Bei Olympiaden, Welt- und Europameisterschaften und anderen internationalen Sportvergleichen, in der Arbeit von Leitungsgremien internationaler Sportverbände und nicht zuletzt auch in den Arbeitsbedingungen der Sportfunktionäre und -journalisten spielte sich die Systemauseinandersetzung im Stile des Kalten Krieges offen oder verdeckt besonders anschaulich ab. Erinnert sei an Start- und Einreiseverbote, inszenierte »Pannen« bei Siegerehrungen, die Bestechung von Kampfrichtern oder die Verfälschung von Siegerleistungen. Die Liste solcher Boykottmaßnahmen und Willkürakte gegen den DDR-Sport ist lang.

Um das begehrte »Know how« des DDR-Sportes zuverlässig zu sichern und Schaden für das Ansehen der DDR abzuwenden, standen die Abwehr von Spionageangriffen und der damit eng verbundenen, mit hoher Intensität betriebenen Abwerbung von Spitzensportlern, Sportfunktionären, Trainern und Sportmedizinem im Mittelpunkt der Abwehrarbeit der HA/Abt. XX in diesem Bereich.

Die vollständige Rückkehr der Olympiateilnehmer bzw. Teilnehmer internationaler Wettkämpfe im westlichen Ausland in die DDR galt als oberstes

617

Ziel vielfältiger und umfangreicher vorbeugender Maßnahmen des MfS. Mit entsprechend großem Aufwand wurde deshalb, beginnend mit der Zulassung zu den Kinder- und Jugendsportschulen, versucht, solche Leistungssportler zu fördern, die durch politische und moralische Integrität die Gewähr dafür boten, daß sie die DDR im Ausland würdig vertreten und Abwerbungsversuchen widerstehen. Das war nur in engem Zusammenwirken mit den zuständigen Sportfunktionären und Trainern möglich und stand selbstverständlich auch im Mittelpunkt des Einsatzes der IM.

Nach den Übersichten der HA XX verließen nach 1960 bis 1989 – also in fast drei Jahrzehnten – 431 DDR-Sportler und Offizielle illegal die DDR. 63 dieser Personen (Leistungssportler, Sportfunktionäre, Sportmediziner, Trainer und Masseure) wurden, zumeist begrenzt auf den Zeitabschnitt unmittelbar nach dem Verlassen der DDR, im *Zentralen Operativ-Vorgang* (ZOV) »Sportverräter« mit dem Ziel bearbeitet bzw. unter Kontrolle zu halten versucht, um Abwerbungsmechanismen, Ursachen und Bedingungen des illegalen Verlassens der DDR und vor allem nachfolgende Aktivitäten gegen den DDR-Sport, speziell unter Nutzung von Rückverbindungen in die DDR, aufzuklären, einzuschränken und künftig zu verhindern.

Seit 1990 wird versucht, Ergebnisse, Wirkungen und Ansehen des DDRSports durch Reduzierung seiner Leistungen auf Doping-Vorwürfe, verbunden mit fragwürdigen juristischen Verfahren, zu denunzieren. Dabei werden Begriffe wie »Zwangsdoping« und Phantasiezahlen verwandt. Angeblich gab es etwa 10.000 »Doping-Opfer« und rund 500 durch Doping gesundheitlich schwer geschädigte DDR-Sportler.⁵⁷

Tatsächlich haben aber kaum mehr als zwei Dutzend vorgeblich »Dopinggeschädigte« Regreßansprüche gestellt,⁵⁸ in der Mehrzahl erst nach ausdrücklicher Aufforderung zur Anzeige. Leistungsfördernde, »unterstützende Mittel«, die auch Nahrungsergänzungen, Vitamingaben und ähnliches umfaßten, werden pauschal mit Dopingmitteln gleichgesetzt. Obwohl auch bei den Prozessen gegen Sportmediziner und Sportfunktionäre der DDR durch die vorgelegten Gutachten und die Vernehmung von Sachverständigen ein kausaler Zusammenhang zwischen der Einnahme »unterstützender Mittel« und körperlichen Schäden nicht zweifelsfrei bewiesen werden konnte, also unbewiesene Behauptungen blieben, wurde bereits die Verabreichung solcher Mittel als Körperverletzung deklariert.

Weil Doping kein Straftatbestand war und ist, stellen sich die öffentlich als Doping-Prozesse propagierten Verfahren als ein wesentlicher Teil der politischen Siegerjustiz dar. Für diese Prozesse wurden mehr Mittel ausgegeben als seinerzeit für die Sportförderung der DDR in mehreren Jahren.

618

Es wird negiert, daß Doping eine internationale Erscheinung im modernen Hochleistungssport ist und ohne Ausnahme alle leistungsstarken Sportnationen betrifft. Weiter wird negiert, daß der in der DDR praktizierte Einsatz »unterstützender Mittel« immer mit einer qualifizierten sportmedizinischen und sportpsychologischen Betreuung verbunden war.

Die Praktiken des Einsatzes »unterstützender Mittel« im DDR-Sport waren der BRD-Seite hinreichend bekannt. Mindestens seit 1974 durch den Verrat des Abteilungsleiters für Leistungssport bei der Sportärztlichen Hauptbetreuungsstelle Halle, Alois Mader. Mader besaß aus seiner zehnjährigen Tätigkeit im Bereich Sportmedizin umfangreiche Kenntnisse über interne Mittel und Methoden der Leistungssteigerung bei den Aktiven, inklusive der Anwendung von Anabolika, moderne Erkenntnisse der Trainingsmethodik, über Forschungsvorhaben in einzelnen Disziplinen. Er verließ mit seiner Familie im Mai 1974 illegal die DDR.

Wenn dieses Wissen damals nicht gegen die DDR eingesetzt wurde, so liegt der Schluß nahe, daß die BRD-Seite hieraus bei der Förderung des eigenen Leistungssportes Nutzen ziehen wollte.

Außerdem war natürlich auch in der DDR bekannt, was auf diesem Gebiet in der BRD üblich war. Nicht zufällig wurden viele der »unterstützenden Mittel« aus der BRD beschafft, und es waren USA-Sportler, die als erste mit Anabolika experimentiert haben.

Dennoch: Doping war, ist und bleibt eine schwerwiegender Verstoß gegen

das Gebot sportlicher Fairness. Es ist auch unter ärztlicher Kontrolle immer mit gesundheitlichen Risiken verbunden. Die Verabreichung von Anabolika an Minderjährige ist besonders bedenklich und nicht zu rechtfertigen. Deshalb ist zu bedauern, daß die HA/Abt. XX in ihren umfangreichen Informationen zur Gesamtsituation des Einsatzes »unterstützender Mittel« nicht energischer auf die möglichen gesundheitlichen Gefahren hingewiesen haben. In den ersten zehn Jahren nach dem Ende der DDR haben ostdeutsche Sportler die Mehrheit der deutschen Medaillen bei Welt- und Europameisterschaften errungen, man spricht von 60 bis 80 Prozent. Das war vermutlich weniger dem Doping, sondern der effizienten Sportförderung der DDR zu danken. Der bundesdeutsche Sport kann noch heute – aber wie bei den Olympischen Spielen in Sydney 2000 sichtbar wurde: natürlich erkennbar immer weniger – auf in der DDR entdeckte und in Kinder- und Jugendsportschulen und Leistungszentren geförderte sportliche Talente zurückgreifen. Er profitiert von den Erfahrungen und dem Einsatz hervorragender Trainer. Er nutzt den Fundus der Sportwissenschaft der DDR, die in der Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport in Leipzig eine ausgezeichnete Basis hatte.

619

Ausgegrenzte und »abgewinkelte« Trainer der DDR feiern in anderen Ländern sportliche Triumphe.

Das MfS hatte neben dem Mdi und der Zollverwaltung der DDR als wichtiger Träger der Sportvereinigung Dynamo einen bedeutenden Anteil an der Gestaltung hervorragender Trainings- und Wettkampfbedingungen. Auch die anderen Sportvereinigungen hatten in ihren Trägern aus Staat und Wirtschaft der DDR eine zuverlässige materielle Absicherung bei ihren Vorhaben und Aktivitäten.

Sicherung von Großveranstaltungen

Ausgehend von ihrer Verantwortung, insbesondere für die Bereiche Jugend und Sport, hatten die HA/Abt. XX in enger Zusammenarbeit mit den Veranstaltern, den Stäben und Einsatzkräften des Ministeriums des Inneren bzw. der Deutschen Volkspolizei umfangreiche Aufgaben zur Gewährleistung eines störungsfreien Verlaufs von Großveranstaltungen zu lösen – Turn- und Sportfeste der DDR, Sportveranstaltungen und -wettkämpfe mit internationaler Beteiligung, Jugend- und Pioniertreffen sowie Festivals. Darüber hinaus hatten sie zur Sicherung praktisch aller politischen Großveranstaltungen – von den Maidemonstrationen bis zu Staatsbesuchen, den SED-Parteitag, Feierlichkeiten zu Jahrestagen der DDR bis zur 750-Jahr-Feier Berlins – gewichtige Beiträge zu leisten. Der vorkommisfreie Verlauf dieser Großveranstaltungen wurde als politische Aufgabenstellung vorgegeben und als politischer Erfolg gewertet, wenn nichts passierte.

Diese Aufgaben banden umfangreiche Kräfte und Mittel. In der HA XX gab es dafür in den letzten Jahren eine eigene Arbeitsgruppe (*Arbeitsgruppe Koordination* – AGK). Ihr oblag das Zusammenwirken mit den jeweiligen Organisations-Stäben und -Büros der Veranstalter, die sicherheitspolitische Überprüfung z. B. der aus der Sicht der Terrorabwehr wichtigen Teilnehmer und die Koordination mit anderen Dienststellen des MfS (HA XIX bei Fragen des Transportes, der HA II im Zusammenhang mit Aktivitäten westlicher Korrespondenten, der HA PS bei Fragen des Personenschutzes).

Gemessen an der Massenteilnahme und den vielfach großstädtischen Bedingungen des Ablaufes kann es tatsächlich als Erfolg angesehen werden, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit bei diesen Großveranstaltungen gewährleistet wurde und es zu relativ wenigen Störungen und negativen Vorkommnissen kam. Als ein besonderer Erfolg, an dem die HA XX einen beachtlichen Anteil hat, stellt sich die Sicherung der Weltfestspiele der Jugend

620

und Studenten in Berlin 1973 dar. Nach dem Anschlag bei der Münchner Olympiade 1972 mußte ebenfalls mit Geiselnahmen und ähnlichen terroristischen Gewalthandlungen gerechnet werden. Zum Schutz der etwa 25.000 ausländischen Festivalteilnehmer und ihrer mehr als 120 Unterkunftsobjekte sowie der rund 20 Nationalen Festivalclubs wurde im April 1973 eine »Zeitweilige Arbeitsgruppe ausländische Festivalteilnehmer« gebildet, die bis zur Durchführungsphase der Weltfestspiele im Juli und August 1973 auf etwa 3.000 Mitarbeiter, je zur Hälfte MfS- und VP-Angehörige, verstärkt worden war. Der weitgehend verdeckte Einsatz dieser Sicherungskräfte setzte Maßstäbe

für künftige vergleichbare Sicherungsaufgaben, bei denen auch weiterhin eine zuverlässige Abwehr terroristischer Anschläge und anderer Gewalthandlungen eine große Rolle spielte. Die entsprechenden Erfahrungen der HA XX wurden von befreundeten Sicherheitsorganen mit großem Interesse studiert und bei ihren Sicherungseinsätzen anlässlich der Weltfestspiele in Kuba 1978, Moskau 1983 und in der KVDR 1988 ausgewertet.

Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze

Staatsfeindliche Hetze war zunächst durch Art. 6 der ersten Verfassung der DDR in Verbindung mit der Kontrollratsdirektive 38 III A III und danach sowohl durch das Strafrechtsergänzungsgesetz von 1957 als auch durch das Strafgesetzbuch der DDR von 1968 als Verbrechen gegen die DDR unter Strafe gestellt. Staatsfeindliche Hetze umfaßte insbesondere die Diskriminierung der gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR, ihrer Repräsentanten und von Bürgern wegen deren staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit und die Aufwiegelung gegen sie, die Androhung von Verbrechen gegen den Staat, die Aufforderung zum Widerstand, die Verherrlichung von Faschismus, Militarismus und Rassenhetze.⁵⁹

Zweifellos beinhaltet ein solcher Tatbestand – der übrigens keine Besonderheit des Strafrechts der DDR darstellt – eine bestimmte Einschränkung des Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung. Begründete Einschränkungen dieses Grundrechtes waren jedoch selbst in der 1950 von den Regierungen der Mitgliedsstaaten des Europarates unterzeichneten Menschenrechtskonvention vorgesehen. Absatz 2 des Art. 10 über die Meinungsfreiheit lautet: »Da die Ausübung dieser Freiheiten Pflichten und Verantwortung mit sich bringt, kann sie bestimmten, vom Gesetz vorgesehenen Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafandrohungen unterworfen werden, wie sie vom Gesetz vorgeschrieben und in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen Sicherheit, der territorialen Unversehrtheit

621

oder der öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verbrechensverhütung ... unentbehrlich sind.«⁶⁰

Sogar im Londoner Hyde Park, der als Inkarnation freier Meinungsäußerung gilt, ist es verboten, die Königin zu beleidigen, zum Umsturz aufzuwiegeln oder zum Rassenhaß aufzurufen.

Auch wer den Einschätzungen und Wertungen des MfS und der Sicherheitsorgane der befreundeten sozialistischen Staaten nicht zustimmt, daß die Politisch-Ideologische Diversion (PID) eine wesentliche Seite der subversiven Angriffe des Gegners war, muß einräumen: Die psychologische Kriegsführung, die gezielte politisch-ideologische Einwirkung und Einflußnahme auf das Bewußtsein, das Denken und Handeln der Menschen war Bestandteil des Kalten Krieges gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder. Der Kalte Krieg gegen die DDR wurde stets auch als Propaganda-Krieg geführt. Regierungsstellen und Geheimdienste westlicher Staaten, vor allem der USA, setzten erhebliche materielle und finanzielle Mittel dafür ein. Rundfunksender wie »Radio Freies Europa« oder »Radio Liberty« waren ausschließlich zu diesem Zweck entstanden. Sie wurden geheimdienstlich gesteuert und bildeten ein Podium für ehemalige Kollaborateure mit Nazi-Deutschland und andere Personen und Organisationen, die sich die Beseitigung des Sozialismus in ihren Heimatländern zum Ziel gesetzt hatten.

Auch der RIAS in Westberlin war ein Instrument des amerikanischen Geheimdienstes und wurde zur psychologischen Kriegsführung gegen die DDR mit subversiver Zielstellung eingesetzt. Seine Rolle im Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni 1953 in der DDR ist ausreichend dokumentiert.

⁶¹ Weniger bekannt ist, daß zur Zeit der offenen Grenze durch Mitarbeiter des RIAS im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes zahlreiche Spione zum Einsatz gegen die DDR angeworben bzw. der Anwerbung zugeführt wurden.

Soweit sie sich mit der DDR beschäftigten, waren auch die Sendungen anderer Rundfunk- und Fernsehsender der BRD nicht gerade von Freundschaft und Sympathie für die DDR geprägt. Einzelne Sendungen erfüllten unter dem Deckmantel einer vorgeblich objektiven Berichterstattung direkte subversive Aufträge, etwa das ZDF-Politmagazin »Kennzeichen D« bei der Instruierung von Ausreise-Antragstellern.

Bereits in den 50er Jahren wurden in den damaligen HA/Abt. V *Schriftenfahnder* eingesetzt, die mit vorwiegend kriminalistischen Methoden anonyme

und pseudonyme Täter aufklärten. Diese spezifischen Kräfte und Erfahrungen waren dann auch 1971 maßgebend für die Übertragung der Federführung auf dem Gebiet der Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze

622

an die HA XX (Dienstanweisung 2/71 des Ministers für Staatssicherheit vom 26. Juni 1971 »Zur Leitung und Organisation der politisch-operativen Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze«). Diese umfaßte die Analyse der Hauptrichtungen, Mittel und Methoden, die Feststellung der Schwerpunkte und Zielgruppen sowie der Wirksamkeit der Aufklärung entsprechender Vorkommnisse. Die HA XX erhielt in diesem Zusammenhang im Rahmen des MfS-internen Informationssystems Informationen aus allen operativen Dienstseinheiten des MfS.

Prioritäten bei der Aufklärung von Vorkommnissen der staatsfeindlichen Hetze ergaben sich aus inhaltlichen Übereinstimmungen mit gegnerischen ideologischen Zersetzungsaktivitäten, der jeweils erreichten Öffentlichkeitswirkung sowie aus möglichen Zusammenhängen mit anderen schweren Straftaten, z. B. der Androhung von Gewalttaten. Sie waren maßgebend dafür, in welchem Umfang und in welcher Intensität Kräfte und Mittel des MfS eingesetzt wurden. In vielen Fällen erfolgte dabei ein enges kameradschaftliches Zusammenwirken mit Kräften der Deutschen Volkspolizei.

Bei einer Vielzahl von Delikten (vor allem Staatsverleumdung und Öffentliche Herabwürdigung) erfolgte die Aufklärung ausschließlich durch Kräfte der Deutschen Volkspolizei.

Bei Straftaten der staatsfeindlichen Hetze und artverwandten Delikten (Staatsverleumdung und Öffentliche Herabwürdigung) waren Bürger massiv bedroht oder Maßnahmen und Repräsentanten des sozialistischen Staates verunglimpft worden. Darunter fielen Aufrufe zu aktivem und passivem Widerstand sowie faschistische und antisemitische Propaganda. Entsprechende Zahlenvergleiche mit heutigen Vorkommnissen führen in die Irre. Während zu DDR-Zeiten etwa ein seitenverkehrt eingeritztes Hakenkreuz in der Tür einer Schülertoilette der Unterstufe kriminaltechnisch gesichert und versucht wurde, den oder die Täter zu ermitteln, hat der BRD-Innenminister Schily (SPD) erkennbare Probleme selbst mit der statistisch exakten Erfassung von durch Neonazis zu Tode gehetzten oder ermordeten Personen. Man spricht inzwischen von mehr als 100 Opfern seit 1990 in der Bundesrepublik. Die DDR kann für sich reklamieren, daß es nicht ein einziges vergleichbares Vorkommnis auf ihrem Territorium gegeben hat. Nun mag man dagegen halten, daß es auch in der Bundesrepublik früher friedlicher zugeht und bestimmte internationale Entwicklungen auch um die DDR – so sie denn fortbestanden hätte – keinen Bogen gemacht hätten. Die Mitarbeiter des MfS beanspruchten jedoch zu recht, mit Nachdruck und in allen gesellschaftlichen Bereichen den Anfängen gewehrt zu haben. Diese Art von Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit, wie wir sie heute erleben müssen, war ihnen stets fremd.

623

Für das MfS waren Erscheinungen der anonymen und pseudonymen Feindtätigkeit, bei denen die Täter zunächst unerkannt blieben, von besonderer Bedeutung. Das Schmieren von Losungen und Symbolen, die Verbreitung von Flugblättern, das Versenden anonymen und pseudonymer Briefe, anonyme und pseudonyme Gewaltandrohungen, die Weiterverbreitung eingeschleuster Hetzschriften und anonyme Anrufe wurden intensiv verfolgt.

Als Täter für derartige Handlungen in der Öffentlichkeit wurden in über 70 Prozent der Fälle jugendliche Personen im Alter bis zu 25 Jahren ermittelt.

Oftmals versuchten solche Täter, die einzeln oder in kleinen Gruppen handelten, eine breite Widerstandsbewegung in der DDR vorzutäuschen. Gruppen von wenigen Jugendlichen verbreiteten 1962 in Jena etwa 3.500 und in Leipzig rund 900 Hetzflugblätter. Die Leipziger Gruppe bezeichnete sich als »Organisation Freies Deutschland«. Analoge jugendliche Gruppen in Schwerin und Halle hatten sich als »Deutsche Befreiungsfront« bzw. »Großdeutscher Geheimbund« titulierte. Ende 1962/Anfang 1963 konnte die Bearbeitung von insgesamt sieben derartigen Gruppierungen durch die Einleitung von Ermittlungsverfahren abgeschlossen werden. Sie hatten keine Verbindungen zu feindlichen Organisationen in der BRD oder Westberlin, waren jedoch nachweisbar durch Hetzsendungen westlicher Rundfunksender und eingeschleuste Hetzflugblätter inspiriert worden.

Im Blickfeld des MfS standen auch die sogenannten Hörerbriefsendungen

westlicher Rundfunkstationen, mit denen versucht wurde, mit Zuschriften von DDR-Bürgern antisozialistische Propaganda als authentische Äußerung der DDR-Bevölkerung darzustellen. Die Sendungen »Aus der Zone für die Zone« und »Mittwochrunde« des RIAS sowie »Briefe ohne Unterschrift« der deutschsprachigen Sendungen der BBC London forderten ihre Hörer zu anonymen oder pseudonymen Zuschriften an Deckadressen auf. Viele dieser die Verhältnisse in der DDR oft in übelster Weise diffamierenden Zuschriften konnten durch die Postkontrolle des MfS abgefangen werden. Wenn ihre Urheber ermittelt und strafprozessual verwertbare Beweismittel erarbeitet werden konnten, wurden sie in differenzierter Form zur Verantwortung gezogen, oder es erfolgte eine gesellschaftliche Auswertung in den Arbeitskollektiven. Analysen der HA XX wiesen nach, daß ein erheblicher Teil (zwischen 30 und 50 Prozent) dieser in den Sendungen wiedergegebenen »Hörerbriefe« von den jeweiligen Redaktionen selbst verfaßt worden waren. Selbst der Leiter der Sendung »Briefe ohne Unterschrift«, Mr. Harrison, nutzte eine Einreise zur Leipziger Messe, um einen durch die BBC selbst fabrizierten »Hörerbrief« abzuschicken. Die Beobachtungskräfte des MfS stellten diesen von ihm in Leipzig in einen Briefkasten eingeworfenen Brief sicher. Eine öffent-

624

liche Auswertung erfolgte nicht mehr, weil die BBC wenig später – Ende der 70er Jahre – diese Sendung einstellte, nachdem der RIAS bereits Mitte der 70er Jahre darauf verzichtet hatte.

Schwerpunkt der Aufklärungsmethodik bei Vorkommnissen der anonymen und pseudonymen Feindtätigkeit bildete die Identifizierung von Tätern anhand der individuellen Merkmale der Handschrift. Mitunter wurden Zehntausende Schriften durchforstet, bis durch Schriftgutachten der Abteilung 32 des Operativ-Technischen Sektors (OTS) des MfS feststand und bewiesen war, daß die Fahndung Erfolg hatte. Aber auch alle anderen Möglichkeiten der Identifizierung der Täter wurden für die Fahndung nach ihnen genutzt, beispielsweise wiederkehrende orthografische Fehler, individuelle Gestaltung von Adressen und Absendern, Typenbestimmungen von benutzten Schreibmaschinen, Papieruntersuchungen, Blutgruppenbestimmungen aus Speichelresten unter Briefmarken, daktyloskopische Untersuchungen, die Arbeit mit Weg-Zeit-Diagrammen, die Untersuchung von Schuh-, Reifen- und Faserspuren etc.

Fortschritte der kriminalistischen Wissenschaft, etwa die Möglichkeit der Stimmidentifizierung, wurden zielgerichtet genutzt und eingesetzt. Oft wurde dabei eng mit den Kriminalisten der Volkspolizei zusammengearbeitet, etwa auch dann, wenn Fährtenhunde zum Einsatz kamen.

Gemeinsam mit der VP wurde eine Methode entwickelt, Geruchskonserven von Tatorten anzulegen und Täter anhand ihres individuellen Körpergeruches zu identifizieren. Solche Geruchskonserven und analog zu Fahndungszwecken angefertigte Vergleichsmaterialien von potentiellen Tätern werden heute von der Gauck-Behörde als besondere Attraktion ausgestellt. Dabei gehört es zum ABC kriminalistischer Arbeit, daß jede Fahndung auf dem Vergleich beruht. Niemand bestreitet beispielsweise ernsthaft, daß moderne gentechnische Verfahren zur Identifizierung von Sexualtätern erst durch vergleichende Untersuchungen bei mitunter erheblichen potentiellen Tätergruppen, die oftmals nur durch ihr Alter oder Geschlecht eingeeengt sind, zum Erfolg führen. Was soll angesichts dessen das Besondere an Geruchskonserven sein, die bei unterschiedlichen schweren Straftaten zur Aufklärung von Tätern führen können?

Vorkommnisse der staatsfeindlichen Hetze gingen vom Umfang her mit der innenpolitischen Stabilisierung der DDR kontinuierlich zurück. Sie erfuhren einen – mitunter erheblichen – Anstieg bei bestimmten Anlässen wie Wahlen, der Volksabstimmung zur Verfassung der DDR von 1968 oder im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen den »Prager Frühling« 1968.

625

Mit der Anerkennung der DDR, dem KSZE-Prozeß und der damit verbundenen weitgehenden Einschränkung bzw. Einstellung der Einschleusung von Hetzschriften in die DDR sowie eines insgesamt zivilisierteren Umganges auch der beiden deutschen Staaten untereinander verlor die Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze immer mehr an Bedeutung.

In den letzten Jahren der DDR wurden so gut wie keine Ermittlungsverfahren nach § 106 StGB eingeleitet.

Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen

Bis zum letzten Tag ihrer Existenz war die HA XX in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen der HA IX und anderen Dienstseinheiten des MfS auf dem Gebiet der Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen tätig. Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, in der BRD Nazi- und Kriegsverbrechen verjähren zu lassen, hatte der Minister für Staatssicherheit mit einem Schreiben an alle Leiter der Bezirksverwaltungen und Hauptabteilungen/Abteilungen des MfS am 2. März 1965 (Tgb.-Nr. 316/65) die Aktion »Konzentration« angewiesen. Alle operativen Dienstseinheiten des MfS waren verpflichtet worden, bis zum 30. Mai 1965 Sachstandsberichte und Maßnahmepläne zu sämtlichen operativen Vorgängen und Hinweisen im Zusammenhang mit Nazi- und Kriegsverbrechen zu fertigen – jeweils getrennt nach DDR-Bürgern und Bürgern der BRD.

Zur politisch-operativen Bearbeitung von Nazi- und Kriegsverbrechen wurde in der HA XX ein spezielles Referat gebildet.⁶² In diesem Referat wurden die Ergebnisse der Aktion »Konzentration« ausgewertet und durch die Anlage eines Zentralen Operativ-Vorganges »Bestien« die Koordinierung der operativen Bearbeitungsprozesse übernommen. Obwohl auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone vor Gründung der DDR alle verfügbaren Unterlagen und Hinweise mit der notwendigen Konsequenz bearbeitet und im Vergleich zu den Westzonen deutlich mehr Nazi- und Kriegsverbrecher ihrer gerechten Strafe zugeführt worden waren, gingen die Ergebnisse der Aktion »Konzentration« darüber hinaus. Das lag u. a. daran, daß Unterlagen aus der VR Polen und der UdSSR erschlossen werden konnten. Es fanden weitere Recherchen statt, in deren Mittelpunkt die Identifizierung bisher unbekannter Täter, die Ermittlung ihres Aufenthaltes sowie die Feststellung von Zeugen standen.

Mit Unterstützung der polnischen und sowjetischen Sicherheitsorgane wurden in diesem Zusammenhang auch umfangreiche Ermittlungen in der VR Polen und den Westgebieten der UdSSR durchgeführt. Mitarbeiter der

626

HA XX waren im Sommer 1965 mit eingesetzt, als in Wroclaw, Katowice und Opole eingelagerte Archivmaterialien der KZ Auschwitz-Birkenau mit dem Ziel durchgearbeitet und dokumentiert wurden, Kriegsverbrecher zu ermitteln und ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Die Aufklärungsarbeit war aufwendig und mühsam, letztlich aber auch erfolgreich.

So wurde durch Maßnahmen der HA XX der Massenmörder Josef Blösche identifiziert und festgenommen, der als SS-Unterscharführer im Warschauer Ghetto gewütet und willkürlich jüdische Zivilisten erschossen hatte. Sein Foto ging um die Welt. Es zeigt ihn mit einem auf einen kleinen jüdischen Jungen gerichteten Gewehr, der vor ihm mit erhobenen Händen steht. Die Geschichte dieses Jungen aus Warschau, der überlebt hat, ist in einem Dokumentarfilm in den 90er Jahren dargestellt worden.

Durch die HA XX in Zusammenarbeit mit weiteren Dienstseinheiten des MfS ermittelt wurden auch der berühmte KZ-Arzt Dr. Horst Paul Fischer und der für Judendeportationen zuständige Referatsleiter der Dresdener Gestapo Henry Schmidt, der unter seinem Namen unerkannt bis Mitte der 80er Jahre in der DDR gelebt hatte.

Mit der Auflösung des MfS/AfNS gingen auch mehrere Vorgänge und zahlreiche Ausgangsmaterialien auf dem Gebiet der Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen in den Besitz der späteren Gauck-Behörde über. Sie gehörten insbesondere zu den Komplexen der SS-Einsatzgruppen und der faschistischen Polizeibataillone, die für Massenerschießungen in den Westgebieten der UdSSR und in der VR Polen verantwortlich sind.

Es ist bis heute nicht erkennbar, was mit diesen Materialien geschehen ist, und ob die dazu im MfS/AfNS begonnene Aufklärungsarbeit überhaupt fortgeführt wurde.

Sicherungsbereich Kultur und Massenmedien

Presse, Rundfunk und Fernsehen standen als »bewußtseinsbildende« Bereiche stets im Zentrum der Aufmerksamkeit, Anleitung und Kontrolle seitens der Partei- und Staatsführung der DDR. Durch die straffe, institutionalisierte Anleitung der jeweiligen Chefredakteure, insbesondere die entsprechende Einflußnahme der Agitationskommission des ZK der SED, war weitgehend eine einheitliche Ausrichtung und damit auch Gleichschaltung der Medien gewährleistet. Sie wurde ergänzt durch eine Art »Selbstzensur«, der

sich die Journalisten als Ausdruck ihrer Partei- und Staatsdisziplin überwiegend unterwarfen. Eine klassische Zensur der Medien fand – mit Ausnahme der Kirchenzeitungen – in der DDR nicht statt.

627

Die Agitationskommission des ZK der SED hatte in zunehmendem Maße zahlreiche, aus aktuellem Anlaß oftmals wechselnde Tabu-Themen festgelegt, zu denen u. a. die unsäglich langen Wartezeiten für den Kauf von Pkw gehörten. Die beliebte Fernsehsendung »Prisma«, die zu Problemen, die die Bevölkerung in der DDR bewegten, Stellung bezog, war dadurch Ende der 80er Jahre kaum noch in der Lage, Beiträge von allgemeinem Interesse zu gestalten. Kritische Hinweise und Beschwerden der Bevölkerung, die diese Sendung relativ häufig erreichten, wurden auf offiziellem Wege auch der HA XX zugeleitet, die – wie zurecht von ihr erwartet wurde – regelmäßig versuchte, durch eigene Maßnahmen und mit der Hilfe anderer Dienstseinheiten die konkreten Mißstände aufzudecken und zu beseitigen.

Vor allem in den letzten Jahren der DDR wurde vom MfS wiederholt und nachdrücklich in Informationen an die Partei- und Staatsführung der DDR auf die Defizite in der Medienpolitik der DDR aufmerksam gemacht. Solche Hinweise fanden sich beispielsweise in mehreren seit 1990 veröffentlichten Parteiinformationen des MfS.⁶³ HA/Abt. XX hatten, gestützt auf ihre IM in den Medien und Presseorganen, daran entsprechenden Anteil.

Die journalistischen Kader der DDR waren, beginnend mit ihrer Zulassung zur Ausbildung an der Fakultät/Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig bis zu ihrem Tätigwerden und ihrer weiteren beruflichen Entwicklung sorgfältig ausgewählte, politisch zuverlässige Personen, was durch schwerpunktbezogene Sicherheitsüberprüfungen des MfS begleitet, aber nicht bestimmt wurde. Für die Ablösung von Journalisten im Ergebnis von Maßnahmen des MfS gibt es so gut wie keine Beispiele. Die Präsenz des MfS mit Inoffiziellen Mitarbeitern unter den Journalisten der DDR ergab sich weniger aus deren »Überwachung«, sondern vielmehr aus der gezielten Nutzung der beruflichen Möglichkeiten von Journalisten für die Informationsbeschaffung.

Demzufolge waren operative Dienstseinheiten sowohl der Abwehr als auch der Aufklärung des MfS an der Führung von IM in diesem Bereich beteiligt. (Das besondere Interesse westlicher Geheimdienste an der Rekrutierung von Journalisten für ihre Zwecke und der relativ große Umfang, in dem dies erfolgt ist, dürfen als bekannt vorausgesetzt werden.⁶⁴)

Im Mittelpunkt der Abwehrarbeit der HA/Abt. XX in den Medien und Presseorganen der DDR standen Fragen der Objektsicherung. Bei Rundfunk- und Fernsehübertragungen von politisch besonders bedeutsamen Veranstaltungen wurden selbst die ausgelegten Kabel von Mitarbeitern des MfS bewacht, um Sabotage- und Diversionsakte vorbeugend zu verhindern. Nachdem international Vorkommnisse bekannt geworden waren, bei denen Geiselnnehmer ihre Forderungen über Rundfunk oder Fernsehen verbreitet hatten, waren

628

technische Voraussetzungen getroffen worden, Fernsehsendungen geringfügig zeitversetzt auszustrahlen, um damit Eingriffe in Live-Sendungen zu verhindern. Es wäre möglich gewesen, einen Störungs-Hinweis einzublenden, ohne daß der Fernsehzuschauer den Grund dafür hätte erkennen können. Unterstützt durch die Maßnahmen des MfS wurde – in engem Zusammenwirken mit den zuständigen staatlichen Leitern – gesichert, daß keine unbefugten Personen die jeweiligen Objekte oder Studios betreten konnten.

Daneben blieben alle bereits dargestellten Objektsicherungsmaßnahmen, die in engem Zusammenwirken mit den jeweiligen staatlichen Leitern, anderen offiziellen Verbindungen und durch den Einsatz der IM und GMS umgesetzt wurden, weiter aktuell. So beispielsweise Fälle des Verbleibens von Mitarbeitern der zu sichernden Objekte bei dienstlichen und privaten Reisen im westlichen Ausland, der Antragstellung auf Übersiedlung in die BRD, aber auch wiederholt festgestellte Versuche der Kontaktaufnahme westlicher Geheimdienste bei dienstlichen Aufenthalten im nichtsozialistischen Ausland.

Der Bereich Kultur umfaßte die kulturellen Einrichtungen (insbesondere Ministerium für Kultur und dessen nachgeordnete Organe in den Bezirken und Kreisen der DDR, Akademie der Künste, Konzert- und Gastspielsdirektion und Künstleragentur, DEFA, Theater, Kinos, Bibliotheken, Museen, belletristische Verlage) sowie die Verbände der Kulturschaffenden der DDR. Er wurde ebenfalls objektmäßig gesichert.

Die Kulturpolitik der DDR wurde im ZK der SED konzipiert und vorrangig von den zuständigen staatlichen Organen der DDR umgesetzt. Über die Veröffentlichung von Büchern und die Auflagenhöhen entschied die HV Verlage des Ministeriums für Kultur im Rahmen der Vorgaben des ZK der SED. Ökonomische Grenzen, vor allem der Mangel an Papier, gaben offenkundig weitaus stärker Anlaß zu Einschränkungen für Veröffentlichungen, als politischen Gründen geschuldet war.

Unter den jährlich ca. 10.000 Publikationen der Verlage der DDR wurden – soweit dem MfS bekannt, da nicht Gegenstand der Tätigkeit und von Entscheidungen des MfS – jeweils nur etwa 30 politisch beanstandet, deshalb erst nach Überarbeitung veröffentlicht, zurückgestellt oder völlig abgelehnt. Wenn auch mit Verzögerungen und Schwierigkeiten wurden zu DDR-Zeiten demnach fast alle Werke der bedeutendsten DDR-kritischen Schriftsteller veröffentlicht, darunter alle Bücher von Christa Wolf und – mit Ausnahme des Buches »Collin« – die von Stefan Heym. Über sein Roman »5 Tage im Juni«, der sich mit den Ereignissen des 17. Juni in der DDR beschäftigte und deshalb als besonders problematisch galt, war noch vor der »Wende« hinsichtlich einer Veröffentlichung positiv entschieden worden.

629

Der Kalte Krieg hatte auch im kulturellen Bereich seine Blüten getrieben. Vielfältige Erkenntnisse des MfS und der Sicherheitsorgane der befreundeten sozialistischen Staaten bestätigten, daß dieser Bereich in den strategischen Planungen der USA und der NATO einen herausragenden Platz einnahm. Die als konterrevolutionär eingeschätzten Ereignisse in Ungarn 1956 und in der CSSR 1968 hatten verdeutlicht, welche Rolle insbesondere Schriftstellern in ideologischen Aufweichungs- und Zersetzungsszenarien zugeordnet war.

Bereits 1950 war im Auftrag und finanziert von der CIA eine antikommunistische Propagandaorganisation mit dem bezeichnenden Namen *Congress of Cultural Freedom* (»Kongreß für kulturelle Freiheit«) gegründet und wirksam geworden, die weltweit etwa 20 regionale Publikationen herausgab und darüber hinaus ganze Verlage und Organisationen in ihre Abhängigkeit gebracht hatte.

Dazu war in Neues Deutschland im Januar 2000 nachzulesen: »Der amerikanische Geheimdienst ... war auch eine der tragenden strategischen Säulen des kulturellen Kampfes gegen die sozialistischen Länder. Universitäten, Kunstaussstellungen, Konzertsäle, Zeitungen und Zeitschriften auch Buch und Filmproduktionen hat er zu ideologischen Schlachtfeldern gemacht. Wissentlich oder unwissentlich wurden auf diese Weise namhafte Schriftsteller, bildende Künstler, Kulturwissenschaftler als aktive oder informelle Mitarbeiter eingespant. Bereits 1977 hatte die »New York Times« geschrieben, daß die CIA insgeheim die Veröffentlichung von mehr als 1.000 Büchern unterstützt hat ... Die Verfilmungen von Orwells »Animal Farm« und »1984« wurde mit Geldern der CIA unterstützt.«⁶⁵ (Eine ausführliche und beeindruckende Dokumentation, wie die CIA während des Kalten Krieges praktisch den gesamten europäischen Kulturbetrieb unterwanderte, enthält das Buch von Francis Stoner Saunders »Wer die Zeche zahlt« aus dem Siedler Verlag.) Kulturschaffende, und unter ihnen wiederum vorrangig Schriftsteller, standen im besonderen Maße im Blickpunkt des MfS. Darin widerspiegelte sich jedoch auch der hohe Stellenwert, der Kunst und Kultur seitens der Partei und Staatsführung bei der Bildung und Erziehung der sozialistischen Staatsbürger eingeräumt wurde.

Einen *Sicherungsbereich Literatur*, wie von Joachim Walther im Ergebnis einer dreijährigen Forschungsarbeit in der Gauck-Behörde⁶⁶ behauptet, hat es aber niemals gegeben. Die zuständigen Mitarbeiter für die Hauptverwaltung Verlage der DDR, die belletristischen Verlage oder den Schriftstellerverband der DDR hatten objektbezogene Aufgaben. Sie waren für die Überprüfung der Reisekader der DDR-Verlage zur Frankfurter Buchmesse ebenso

630

zuständig wie für die Zustimmung zur Reise einer Sekretärin in dringenden Familienangelegenheiten in die BRD oder die Verhinderung von Vorkommnissen bei der Unterbringung, dem Transport oder der technischen Übertragung im Zusammenhang mit den Schriftstellerkongressen der DDR.

Auch die von Walther kreierte »Literaturoffiziere« gab es weder in der HA XX noch sonst wo im MfS. »Literaturoffiziere«, die Bücher und andere

Druckerzeugnisse auf ihre Einfuhrfähigkeit in die DDR prüften, beschäftigte die Zollverwaltung der DDR. Diese Literaturoffiziere arbeiteten mit Gutachterausschüssen zusammen, die unter Leitung des Ministeriums für Kultur standen und orientierten sich bei ihren Entscheidungen an den dort getroffenen Wertungen. Das MfS stützte sich bei literarischen Einschätzungen und Gutachten, die in Prozessen der operativen Bearbeitung und Kontrolle von Personen oder bei der Prüfung konkreter Sachverhalte notwendig waren, auf Experten sowohl aus dem Ministerium für Kultur der DDR wie auch unter Literaturwissenschaftlern und Verlagslektoren. Niemand im MfS war beauftragt, zwecks Erteilen oder Versagen von Druckgenehmigungen vorab Buchmanuskripte zu lesen bzw. zu beurteilen.

DDR-kritische Literatur wurde regelmäßig politisch gegen die DDR instrumentalisiert, indem sie als Ausdruck eines gestörten Verhältnisses zwischen Geist und Macht dargestellt und als Beleg für die angebliche Objektivität der gegnerischen Propaganda gegen die DDR eingesetzt wurde. Sie wurde durch die bedeutendsten westdeutschen Verlage großzügig publiziert. Ihre Autoren wurden besonders durch die westdeutsche Literatur- und Kunstkritik systematisch aufgewertet, wobei sich der »Literaturpapst« Reich-Ranicki und die Journalisten Corino vom Hessischen Rundfunk sowie Soldat vom RIAS besonders engagierten. Nicht nur durch die entsprechenden Tantiemen der jeweiligen Verlage, sondern auch mittels Literatur- und Kunstpreisen diverser Stiftungen oder generöser Einladungen zu Lesereisen und Aufenthalten in das westliche Ausland wurden DDR-kritische Schriftsteller systematisch beeinflusst und korrumpiert. Durch westliche Diplomaten und Journalisten wurden sie zudem ständig hofiert.

Nicht zu übersehen war, daß auch Personen, deren künstlerisch-literarisches Talent in Fachkreisen umstritten war oder auch gänzlich in Abrede gestellt wurde, allein wegen ihrer Ausfälle gegen die DDR hochgelobt und popularisiert wurden. Nachdem sogar ein Analphabet zum Schriftsteller-Talent erklärt worden war, wurde in der DDR ernsthaft darüber nachgedacht, die Berufsbezeichnung *Schriftsteller* schützen zu lassen. Der asozial lebende Dieter Schulze hatte Obszönitäten auf ein Tonband gesprochen und seine tiefe Abneigung gegen die Verhältnisse in der DDR ausgedrückt. Damit avancierte er zu

631

einem »literarischen Talent«, dem ein zweijähriger kostenloser Aufenthalt in der »Villa Massimo« in Italien spendiert wurde. (Wer kennt noch seinen Namen?) Intensiv und erfolgreich bekämpfte das MfS vom Westen massiv geförderte Versuche, in der DDR Literatur im Selbstverlag (»Samisdat«, abgeleitet von analogen Praktiken in der UdSSR) herauszugeben und sich damit staatlicher Kontrolle und Einflußnahme zu entziehen. Es wirkte dabei eng mit der Abt. Kultur des ZK der SED, dem Ministerium für Kultur und dem Schriftstellerverband der DDR zusammen.

Der Geheimdienst-Experte Schmidt-Eenboom verglich in einer Podiumsdiskussion der Gauck-Behörde am 15. Januar 2000 die öffentliche Darstellung der Arbeit des MfS mit einer Fernsehübertragung von einem Box-Kampf, bei dem einer der Boxer ausgeblendet sei. So entstünde der Eindruck des Schattenboxens.

Als habe es den Kalten Krieg gegen die DDR überhaupt nicht gegeben, werde die Tätigkeit des MfS ausschließlich aus sich selbst heraus erklärt.

Nach diesem Muster verfuhr auch Joachim Walther mit seinem Buch »Sicherungsbereich Literatur«.⁶⁷ Auf diese Weise wird Systemauseinandersetzung in willkürliche politische Verfolgung umfunktioniert.

Vor allem aber soll mit diesem Buch auf dem Umweg der Denunziation von Schriftstellern und Literaturwissenschaftlern der DDR als IM des MfS die dem Sozialismus verpflichtete DDR-Literatur entsorgt werden. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß in diesem Buch die bedeutenden Initiativen von Schriftstellern der DDR zur Beförderung der Prozesse der Entspannung und Abrüstung (etwa die gesamtdeutschen Schriftstellertreffen zu diesen Themen) weitgehend ausgeblendet bleiben. Sie waren durch Maßnahmen des MfS, darunter dem engagierten Einsatz von IM, aktiv unterstützt worden.

Auf dem Weg gegenseitiger Informationen und Empfehlungen wurde von der HA und den Abt. XX gemeinsam mit den zuständigen Kulturfunktionären der SED, des Staatsapparates und der Verbände der Kulturschaffenden versucht, die politische Linie der SED im kulturellen Bereich optimal durchzusetzen. Auch wenn diese nicht frei war von erheblichen

Korrekturen, zum Beispiel durch das von Dogmatismus geprägte 11. Plenum des ZK der SED 1965 und durch subjektive Entscheidungen führender SED-Funktionäre.

Bedauerlicherweise wurde das MfS dabei auch eingesetzt, um dem Wesen nach politische Probleme mit seinen, als »Politik-Ersatz« aber ungeeigneten Mitteln zu lösen.

Von Maßnahmen des MfS in Form langjähriger intensiver Überwachung waren eine Reihe namhafter Kulturschaffender, insbesondere Schriftsteller

632

wie Christa Wolf, Stefan Heym, Stephan Hermlin, Franz Fühmann, Günther de Bruyn und Volker Braun betroffen. Damit sollten vor allem eine mögliche Abkehr von der DDR oder der Mißbrauch solcher Personen für die westliche Propaganda verhindert sowie die Bemühungen verantwortlicher SED- und Staatsfunktionäre um ein konstruktives, vertrauensvolles Miteinander unterstützt werden. Diese Maßnahmen eskalierten nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns⁶⁸ im November 1976. Die daraufhin einsetzenden Proteste betonten nicht nur, daß die DDR Biermann hätte ertragen müssen, sondern völlig zutreffend auch, daß die Methode der Ausbürgerung suspekt war. Der auf Betreiben der SED-Führung erfolgte Ausschluß kritischer Schriftsteller aus dem Schriftstellerverband der DDR, unter ihnen Stefan Heym, erwies sich als kurzsichtig und kontraproduktiv. Es war offenkundig ein gravierender politischer Fehler.

Durch die HA/Abt. XX erfolgten in engem Zusammenwirken mit der SED, staatlichen und gesellschaftlichen Kräften und anderen Dienstseinheiten des MfS, darunter auch der HVA, umfangreiche Aktivitäten, um die Proteste gegen die Biermann-Ausbürgerung und die damit verbundene Gefahr der Einbeziehung der beteiligten Personen in weitere Aktivitäten zur innenpolitischen Destabilisierung der DDR einzudämmen und zu beenden. In der HA XX wurden mit diesem Ziel etwa 30 Personen in Operativ-Vorgängen bearbeitet bzw. unter Operative Personenkontrolle gestellt. Anlässlich des Schriftsteller-Kongresses 1978 wurde eingeschätzt, daß sich die Lage wieder »normalisiert« habe, wozu vorrangig die SED beigetragen hatte – herausragend das persönliche Engagement des im März 1978 verunglückten Politbüro-Mitgliedes Werner Lamberz sowie von Mitarbeitern des Staatsapparates, der Medien und auch des MfS mit abgestimmten Maßnahmen.

Strafprozessuale Maßnahmen wurden in diesem Zusammenhang nicht eingeleitet.

Mit der Ausbürgerung Biermanns begann ein Exodus von Kulturschaffenden der DDR, der sich bis 1989 fortsetzte. Etwa 100 namhafte Persönlichkeiten verließen das Land, darunter Jurek Becker, Manfred Krug, Bettina Wegner, die Schriftsteller Schlesinger, Schädlich und Kunert, die Schauspieler Glatzeder und Thate und ihre Kolleginnen Domröse und Krössner. Um viele wurde von den politisch Verantwortlichen und auch vom MfS intensiv gerungen. Bei anderen wurde die Ausreise befördert oder gar nahegelegt. Nicht unerwähnt bleiben sollte, daß der X. Schriftstellerkongreß der DDR 1987 offenkundig deutliche Fortschritte in Richtung demokratischer Umgangsformen – etwa im Umgang mit Schriftstellern, die kontroverse Standpunkte vertraten – gebracht hatte.

633

Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit

Der HA XX war mit der Dienstanweisung Nr. 2/85 des Ministers für Staatssicherheit

»zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit« vom 20. Februar 1985 die Federführung innerhalb des MfS zu diesem Aufgabenkomplex übertragen

worden. Damit wurde den neuen Lagebedingungen der 80er Jahre und den Erfordernissen Rechnung getragen, durch bessere Koordinierung der Maßnahmen des MfS auf diesem Gebiet Störungen der Politik der SED, speziell ihrer Außenpolitik, zu verhindern. Allen operativen Dienstseinheiten einschließlich der Hauptverwaltung Aufklärung wurden in Übereinstimmung mit ihrer strukturell festgelegten Verantwortung spezifische Aufgaben zur Aufklärung und vorbeugenden Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit übertragen.

Zum Verständnis dieses Aufgabenkomplexes ist es zunächst notwendig, begriffliche Klarheit zu schaffen. In den Aufgabenstellungen für die HA/Abt. XX finden sich weder die »Verfolgung politisch Andersdenkender« noch die Aufklärung und Bekämpfung »politischer Opposition«. Der Begriff

»Bürgerrechtsbewegung« wurde zu DDR-Zeiten noch nicht einmal von jenen benutzt, die diese heute repräsentieren wollen bzw. sollen. Da die Terminologie des MfS wenig geeignet ist, einen Konsens über die Gegenstände der öffentlichen Diskussion zu erreichen, ist es andererseits geboten, im allgemeinen Sprachgebrauch verständliche Synonyme zu benutzen. Dabei entsteht jedoch immer die Gefahr, daß bereits mit der Wahl der Begriffe dem Zeitgeist entlehnte Klischees bedient und Assoziationen angeregt werden, die sachliche Erörterungen behindern oder ganz verhindern.

Ein solcher Begriff ist der *der Andersdenkenden*. Es war zu keinem Zeitpunkt Aufgabe des MfS, Maßnahmen gegen Personen einzuleiten, nur weil diese *anders* gedacht haben. Gegenstand des Interesses des MfS war das konkrete Handeln von Personen, soweit sich Anhaltspunkte (Indizien) für oder der konkrete Verdacht von Straftaten gemäß StGB der DDR ergaben. Die DDR hatte kein Gesinnungsstrafrecht. Niemand wurde wegen seiner politischen Überzeugungen verurteilt, sondern stets für konkretes Tun oder Unterlassen, letzteres in Negierung konkreter Rechtspflichten für ein bestimmtes Handeln.

Jede Straftat hatte natürlich eine subjektive Seite, die auch die Einstellungen und Motive von Personen erfaßte. Ohne eine objektive Seite, ohne nachprüfbare Verletzung von Straftatbeständen handelte es sich aber um keine Straftat.

634

Auch aus der Gauck-Behörde wurde bestätigt, daß »Andersdenkende« für das MfS erst relevant geworden seien, »wenn sie Spuren gezogen« hätten, also aus der Privatsphäre herausgetreten wären.⁶⁹

Im MfS wurde *politische Untergrundtätigkeit* als Handeln von Personen definiert, das auf die Destabilisierung der politischen Machtverhältnisse in der DDR mit dem Ziel ihrer Beseitigung gerichtet war. Es ging um die Sammlung, Zusammenführung und Organisation von Personen und Personengruppen, d. h. um die Schaffung einer personellen Basis und deren Ausrichtung auf politische Forderungen, die auf den Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung der DDR zielten.

Mit der Dienstanweisung 2/85 wurde – gestützt auf die Analyse der vorhandenen, auf die Eroberung legaler Spielräume gerichteten Erscheinungsformen und unter Beachtung der Prämisse, daß politische Untergrundtätigkeit hauptsächlich mit politischen Mitteln zu bekämpfen sei – eine handlungsorientierte Definition vorgenommen. In den Mittelpunkt gerückt wurden insbesondere die diesen Zielen dienende Erarbeitung politischer Konzeptionen, der organisatorische Zusammenschluß von Personen, die Schaffung von Organisations- und Kommunikationsstrukturen sowohl im Innern der DDR als auch nach außen, sowie öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zum Zwecke der Destabilisierung der politischen Machtverhältnisse in der DDR einschließlich der dabei angewandten konspirativen Mittel und Methoden. Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Aufdeckung der inspirierenden, steuernden und unterstützenden Rolle feindlicher Stellen und Kräfte aus der BRD, Westberlin und anderen westlichen Staaten in diesen Prozessen.

Der Begriff des *Widerstandes* wird heute besonders gern benutzt, suggeriert er doch eine Identität mit dem ehrenhaften Widerstand gegen das Nazi-Regime. Mit diesem Begriff werden de facto zunächst alle politisch motivierten Straftaten in der DDR nachträglich geadelt: Sprengstoffanschläge und Morddrohungen gegen Funktionäre, faschistische Bekundungen, Wehrdienstverweigerung, Spionage, selbst vorrangig aus kriminellen Motiven resultierende Wirtschaftsstraftaten oder eine egoistische »Flucht« ins vermeintliche Paradies ... Als Alibi wird auf angeblich 200.000 politisch Verurteilte in 40 Jahren DDR verwiesen. Diese Zahl wird aber gleichzeitig relativiert, indem man erklärt, es seien weitere Untersuchungen erforderlich. Über die tatsächliche Zahl und die konkreten Straftaten wird hartnäckig geschwiegen, obwohl ausreichende Erkenntnisse aufgrund der Rehabilitierungen und Entschädigungen eigentlich längst vorliegen müßten.

635

Es deutet sich eine extensive Auslegung und Verfälschung des Begriffes »politischer Häftling« an, weil ja alle Urteile des »Unrechtsstaates DDR« in Frage gestellt werden.

Der Begriff der *Opposition*, verstanden als politische Gegnerschaft und entsprechendes Handeln im Rahmen oder am Rande der Legalität, ist noch am besten geeignet, ein reales Bild davon zu vermitteln, womit sich das MfS bei der Bekämpfung »politischer Untergrundtätigkeit« beschäftigt hat. In diesem Kontext laufen zahlreiche Legenden um, denen entgegengetreten werden muß. Zunächst ist festzustellen, daß das Potential der politischen Opposition in der DDR auch im Verhältnis zu anderen sozialistischen Staaten relativ klein war. Hubertus Knabe⁷⁰ ist in diesem Zusammenhang ausnahmsweise zuzustimmen, wenn er ausführt, politische Opposition »blieb, vor allem wegen des starken Verfolgungsdrucks sowie der ständigen Abwanderung des kritischen Potentials, eine Ausnahmeerscheinung ... Politischer Protest artikuliert sich vor allem in den Anfangsjahren und in der Schlußphase der SED-Herrschaft.«⁷¹

Von einer organisierten politischen Opposition in der DDR kann erst in den 80er Jahren die Rede sein. Analysen der HA XX gingen 1988/89 von insgesamt 2.000 (kirchliche Angaben: 3.000) Personen in etwa 150 relevanten Zusammenschlüssen aus, die sich politisch äußerst differenziert zusammensetzten und seinerzeit in den evangelischen Kirchen als Gruppen bezeichnet, nicht selten auch als »unabhängige Friedensbewegung der DDR« dargestellt wurden. In einer Parteinformation des MfS vom 1. Juni 1989 wird über etwa 160 derartige Zusammenschlüsse mit einem Gesamtpotential von ca. 2.500 Personen berichtet, darunter ein harter Kern von etwa 60 von Sendungsbewußtsein, persönlichem Geltungsdrang und politischer Profilierungssucht getriebenen, vielfach unbelehrbaren Feinden des Sozialismus.⁷² Diese Zusammenschlüsse bezeichneten sich – wie in dieser Information weiter ausgeführt wird – als »Friedenskreise« (35), gemischte »Friedens- und Umweltgruppen« (23), »Ökologiegruppen« (39), »Frauengruppen« (7), »Ärztekreise« (3), »Menschenrechtsgruppen« (10) oder »3. Welt-Gruppen« (39). Zehn Zusammenschlüsse hatten sich überregional koordinierender Funktionen und Aufgaben angenommen und gliederten sich in Regionalgruppen wie der Fortsetzungsausschuß »Frieden konkret«, der Arbeitskreis »Solidarische Kirche«, die »Kirche von unten«, das »Grün-ökologische Netzwerk Arche«, die »Initiative Frieden und Menschenrechte« und der »Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer«. Bei allen genannten Personenkreisen handelte es sich fast ausschließlich um unter dem Dach der Evangelischen Kirchen in der DDR agierende Gruppen und Gruppierungen.

636

Hans-Jochen Tschiche, nachmals Minister in Sachsen-Anhalt, äußerte zur Opposition in der DDR: »Die Gruppe der Oppositionellen war bei Lichte gesehen nur eine kleine Minderheit von vielleicht 300 Leuten. Die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung war so oder so mit dem System verflochten.

«⁷³ Dem kann noch ein Zitat von Gerd Poppe hinzugefügt werden:

»Ich habe zu DDR-Zeiten immer gedacht, es würde überall im Lande solche oppositionelle Gruppen geben wie unsere. Aber nach der Wende habe ich festgestellt, daß es nur ganz wenige sogenannte Bürgerrechtler gab. Ehrlich gesagt, ich kannte sie alle.«⁷⁴

Oft wird behauptet, daß diese Opposition ausschließlich für einen besseren Sozialismus, für mehr Demokratie und den Erhalt der DDR angetreten sei. Bei den relativ wenigen vorliegenden Dokumenten mit theoretischem oder programmatischem Anspruch handelt es sich im wesentlichen um Studien, Ausarbeitungen und Konzeptionen einzelner Persönlichkeiten aus den Reihen kirchlicher Amtsträger (Hans-Jochen Tschiche, Heino Falcke, Friedrich Schorlemmer u. a.), die teilweise von einem »verbesserlichen Sozialismus« ausgingen, deren Vorstellungen aber von den Gruppen kaum wahrgenommen und auch nicht als Anleitung zum Handeln verstanden wurden.

Inzwischen wird auch von sogenannten Bürgerrechtlern eine vorgebliche Identifikation mit sozialistischen Ideen und Zielen zurückgewiesen. Rainer Eckert untersuchte die als illegale Publikation in der DDR gefertigten und verbreiteten »radix-Blätter«⁷⁵ und verwies dabei auf die »Theorieferne« der Mehrzahl der »Oppositionsgruppen«. Zu den »radix-Blättern« schrieb Eckert 1999 im »Deutschlandarchiv«: »Der immer wieder gegen die Gruppen erhobene Vorwurf einer übergroßen Sozialismus-Affinität geht ins Leere. In den Papieren tauchte der Begriff ›Sozialismus‹ kaum auf ... Wenn auch als Zukunftsvision gelegentlich ein ›demokratischer Sozialismus‹ genannt wurde, so waren die erhobenen Forderungen doch nicht systemimmanent, sondern

systemsprengend.«⁷⁶

Hubertus Knabe legt bei der Besprechung einer von Tina Krone herausgegebenen Dokumentation von Briefen an das »Neue Forum« Wert auf die Feststellung: »Tatsächlich gibt es keinen Anlaß, die grundsätzliche Differenz zwischen der SED und den Bürgerbewegungen im Nachhinein einzuebnen. Gerade die führenden Akteure der friedlichen Revolution, zu denen auch Tina Krone gehörte, haben aus ihrer Ablehnung der SED-Herrschaft nie einen Hehl gemacht – »systemimmanente« Argumentationen waren bei ihnen vor allem taktisch bedingt.«⁷⁹

Das MfS konnte bei seinen Einschätzungen davon ausgehen, daß die tatsächlichen Ziele der Gruppen aus taktischem Kalkül zunächst verdeckt wurden

637

und subjektive Vorstellungen keineswegs mit den objektiven Wirkungen bestimmten Handelns übereinstimmten. Das Auftreten der radikalsten Gruppen stellte sich als ein vorwiegend an den Bedürfnissen der westlichen Propaganda orientierter politischer Aktionismus dar.

Die Etablierung solcher Gruppen außerhalb und gegen die gesellschaftlichen Strukturen der DDR bedeutete eine politische Machtverschiebung, die auf den Einstieg in eine Phase des Umsturzes der politischen Verhältnisse mit konterrevolutionärem Charakter gerichtet sein konnte und erwiesenermaßen auch war.

Bekennende Antikommunisten wie Rainer Eppelmann und Erhart Neubert haben als Vertreter des von ihnen mitbegründeten »Demokratischen Aufbruch« zunächst auch öffentlich einer sozialistischen DDR das Wort geredet, obwohl unter Insidern – gestützt auf umfangreiche Erkenntnisse – kein Zweifel daran bestand, daß es sich dabei nicht um ihre eigentliche politische Zielsetzung gehandelt hat. Vielmehr ging es ihnen um die Vernichtung der DDR.

Lediglich eine Minderheit unter den Angehörigen dieser Gruppen war ehrlich darum bemüht, die DDR als sozialistischen Staat zu erhalten und daran mitzuwirken, die anstehenden gesellschaftlichen Probleme konstruktiv zu lösen und die Deformationen des Sozialismus-Versuches in der DDR zu beseitigen.

Die Mehrheit der Mitglieder der »oppositionellen« Gruppen hatte – soweit überhaupt erkennbar – nur nebulöse politische Zielvorstellungen. Sie sympathisierte mit den damaligen politischen Positionen der »Grünen« in der BRD und suchte einen illusionären »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Sie wollte eine andere DDR – wobei weitgehend offenblieb, wie diese aussehen und funktionieren sollte.

Ob sie es wollten oder nicht: Objektiv haben sie die Restauration der alten kapitalistischen Verhältnisse in der DDR maßgeblich mit ermöglicht. Und sie verloren in der Regel ihre kurzzeitige politische Bedeutung, nachdem die eigentlichen Macher im Hintergrund das Heft des politischen Handelns fest in der Hand hatten.

Dem MfS im allgemeinen und der HA XX im besonderen wird vorgeworfen, diese Menschen erst zu Feinden der DDR gemacht zu haben. Diese Unterstellung folgt dem allgemeinen Schema, das gegen das MfS heutzutage jeder Recht hat, alles behauptet werden kann, auch wenn es dafür keine stichhaltigen Anhaltspunkte und Beweise gibt.

Es wäre zutiefst zu bedauern, wenn Personen tatsächlich aufgrund ungerechter Behandlung und Ausgrenzung – die es zweifellos gegeben hat – politisch die Seiten gewechselt haben sollten.

638

Anerkennung und Respekt verdienen solche Menschen, die trotz Verfolgung oder Benachteiligung in der DDR auch heute noch an linken politischen Positionen festhalten oder festhielten. Für sie stehen Namen wie Wolfgang Harich, Rudolf Bahro, Gerhard Zwerenz, Thomas Klein und andere.

Das MfS war in seinen Einschätzungen vor Fehlern und Irrtümern nicht gefeit. Auch die Mitarbeiter des MfS waren von den ideologischen Prämissen der SED geprägt. Das führte mit dazu, daß – bezogen auf einzelne Personen – berechnete Forderungen und von der »Parteilinie« abweichende Auffassungen als *feindlich-negativ* gewertet wurden. Politische Wachsamkeit – bei vielen Vorgesetzten gepaart mit schmerzlichen Erfahrungen aus der Zeit ihres Kampfes gegen den Faschismus und in den harten Konfrontationen des Kalten Krieges – führte mitunter zu ungerechtfertigtem Mißtrauen und subjektiven Vorurteilen. Geheimhaltung, Konspiration und militärische Disziplin

in der Arbeit des MfS bedingten, daß vorgegebene Wertungen und Einschätzungen oftmals nicht ausreichend hinterfragt und damit kritiklos akzeptiert und übernommen wurden. Zur Wahrheit gehört aber auch: Das Auftreten vieler sogenannter Bürgerrechtler, besonders der vom MfS als Exponenten politischer Untergrundtätigkeit eingeschätzten Personen, scheint das damalige Urteil zu bestätigen. Manche haben um des eigenen Fortkommens willen inzwischen mehrfach die Parteien gewechselt.

Zweifellos fielen manche Einschätzungen über »politische Repression« in der DDR heute anders aus, wenn die SED-Führung von einer realistischen politischen Konzeption ausgegangen wäre und in erster Linie tatsächlich geeignete, politische Mittel in der Auseinandersetzung eingesetzt hätte. Unumgängliche repressive Maßnahmen hätten überzeugend begründet und angewandt werden müssen. Die Defizite der DDR bei der sozialistischen Demokratie und der Informationspolitik sowie die politische Erstarrung der SED boten dafür aber nur wenig Spielraum. Dem Wesen nach politische Fragen wurden nicht mit politischen Mitteln geklärt, sondern auf das MfS abgeschoben, so daß letztlich immer wieder repressive und administrative Lösungen angestrebt wurden.

Auch wenn es dabei nur in Ausnahmefällen und meist nur zu kurzzeitigen Inhaftierungen und so gut wie überhaupt nicht zu Verurteilungen kam (in den 80er Jahren fand kein einziger politischer Prozeß gegen im Sinne politischer Untergrundtätigkeit agierende Personen statt), konnten positive Veränderungen der politischen Lage auf diese Weise nicht erreicht werden. Auch bei optimalen Bedingungen hätten die unter dem Dach der Evangelischen Kirchen in der DDR agierenden Gruppen nur eine marginale Rolle bei einer sozialistischen Reformbewegung in der DDR spielen können. Dazu

639

reichte ihr intellektuelles und theoretisches Potential nicht aus, ganz zu schweigen von ihrem kaum vorhandenen Einfluß auf weitere Bevölkerungskreise.

Sie verfügten über kein klares theoretisches Konzept, keine politischen Integrationsfiguren und waren in sich zerstritten. Die entscheidenden Reformkräfte befanden sich innerhalb der SED selbst, waren jedoch durch die Parteidisziplin weitgehend an einer Entfaltung gehindert. Der Disziplinierungsdruck wurde in der SED in den letzten Jahren ihrer Existenz noch verschärft. Davon zeugen Zahl und Inhalt von Parteiverfahren in diesem Zeitraum.

Zu den umlaufenden Legenden zählt auch, daß »oppositionelle Gruppen« in der DDR ausschließlich aus der inneren Situation in der DDR heraus entstanden seien. Natürlich hat die SED Probleme und Schwierigkeiten mit Vorliebe auf äußere Einflüsse zurückgeführt. Das MfS war angetreten, die gegnerische Beeinflussung von außen durch seine Maßnahmen nachzuweisen. Aber eine historisch unbestreitbare, durch vielfältige beweiskräftige Erkenntnisse des MfS unterlegte Tatsache bleibt, daß sich die Gruppen in der DDR der massiven Hilfe von Kräften aus der BRD sicher sein konnten, von dort aus nicht nur aktiv unterstützt und politisch aufgewertet, sondern weitgehend instruiert, angeleitet und materiell ausgestattet wurden.

Von der westlichen Seite wurde die sogenannte unabhängige Friedensbewegung der DDR oft auf eine Stufe mit der »Charta 77« in der CSSR und der »Solidarnosc« in der VR Polen gestellt. Es gab zahlreiche – durch abgestimmte Maßnahmen der sozialistischen Sicherheitsorgane verhinderte – Versuche, diese Bewegungen zusammenzuführen und ihr Handeln untereinander zu koordinieren. Mittlerweile wird offen ausgesprochen, in welchen Größenordnungen Millionenbeträge aus dem Westen zur Unterstützung der »Charta 77« – speziell ihres Projektes der Betätigung »unabhängiger Universitäten« – und unter Einschaltung westlicher Gewerkschaftsverbände zur »Solidarnosc« flossen.

Es gibt Angaben darüber, was allein der BND an Mitteln bereit stellte, um »kommunistisch« apostrophierte Regierungen in Spanien und Portugal zu verhindern.

Höchst aufschlußreich dürfte sein, was alles zum Vorschein käme, wenn die staatlichen und Geheimdienstarchive der BRD und ihrer Verbündeten ohne vorherige »Sterilisierung« geöffnet werden würden.

In diesem Zusammenhang ist auch auf das im Dezember 1983 vom USKongreß verabschiedete »Projekt Demokratie« hinzuweisen, mit dem Milliardensummen für die politische Subversion gegen die sozialistischen Länder bereitgestellt wurden. Eines seiner Unterprojekte war ausdrücklich der Schaffung und verdeckten Beeinflussung sowie der materiellen, finanziellen und propagandistischen Unterstützung »unabhängiger Organisationen« in den

sozialistischen Ländern gewidmet.

640

Vor und unmittelbar nach Gründung der DDR waren durch die Entwicklung der SED zur »Partei neuen Typus« und die politische Integration der *Blockparteien* unter dem Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht die wesentlichsten oppositionellen Potentiale aus den früheren bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie wie auch aus der SED selbst erheblich reduziert worden. Nicht wenige aus diesem Personenkreis sind in die Westzonen und später in die BRD übersiedelt.

Im Rahmen der politischen Abwehrarbeit in den Blockparteien war die Arbeit der HA/Abt. XX selbstverständlich auf die Erhaltung und den Ausbau des Bündnisses der SED mit diesen Parteien bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft gerichtet. Der Umfang des entsprechenden Einsatzes des MfS konnte kontinuierlich verringert werden, da es in den Blockparteien kaum divergierende Auffassungen zur Politik der SED und der Regierung der DDR gab. Erst 1989 wurden durch Prof. Manfred Gerlach in der LDPD und in der Thüringer CDU eigenständige Reformkonzepte entwickelt, die der HA XX zwar zur Kenntnis gelangten, aber nicht Gegenstand einer operativen Bearbeitung waren.

Unter den Intellektuellen der DDR – neben Kunst- und Kulturschaffenden auch *Angehörigen der wissenschaftlichen Intelligenz* an den Hochschulen und Universitäten – fanden sich immer wieder einzelne Personen, die sich in Widerspruch zu inhaltlichen Problemen der Politik des SED setzten, spätestens mit Beginn der 70er Jahre jedoch mehrheitlich eine Verbesserung und Weiterentwicklung des real existierenden Sozialismus in der DDR anstrebten.

Auch westliche Quellen gehen davon aus, daß »die Hochschulen in den siebziger und achtziger Jahren keine Zentren der Opposition waren.«⁷⁸ Mechanismen der politischen Disziplinierung durch die Parteiorganisationen und die jeweiligen staatlichen Leiter verfehlten nur selten ihre Wirkung, verhinderten offenkundig aber in bestimmten Umfange zugleich die notwendige geistige Auseinandersetzung über Weg und Ziel des Sozialismus.

Die HA/Abt. XX wurden nur in einer überschaubaren und begrenzten Zahl von Fällen »politischer Abweichler« an Universitäten und Hochschulen aktiv. Unter mehreren oppositionellen Gruppen und Einzelpersonen der 50er Jahre, gegen die auch strafrechtliche Maßnahmen angewandt und die Untersuchungen durch das MfS geführt wurden, ist die Gruppierung um den damaligen Cheflektor des Aufbau-Verlages Wolfgang Harich die mit Abstand bedeutendste. Ihr gehörten weitere Personen vorwiegend aus dem Aufbau-Verlag, darunter auch dessen Leiter Walter Janka, sowie aus der Redaktion der kulturpolitischen Zeitschrift »Sonntag« an.

641

Harich hatte als der theoretische Kopf dieser Gruppierung eine politische Plattform entworfen, deren Kernstück es war, die SED für die westdeutsche Sozialdemokratie bündnisfähig zu machen und gemeinsam die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen.⁷⁹

Die Konzeption Harichs enthielt laut dem Urteil des Obersten Gerichts 1957 folgende Forderungen: »Anerkennung, daß die KPD durch ihre vor 1933 betriebene Politik schuld an der Machtergreifung des Faschismus sei, Anerkennung der verleumderischen Behauptung Schumachers, daß der Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien im Jahre 1946 nicht auf demokratischer Grundlage erfolgt sei, Beseitigung der führenden Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Deutschen Demokratischen Republik, weitgehende Zulassung und Verbreitung bürgerlicher Ideologien, Auflösung der Nationalen Volksarmee, Auflösung aller Organe des Ministeriums für Staatssicherheit, Beschränkung der Wirtschaftsplanung auf ökonomische Schwerpunkte, Lizenzvergabe an westdeutsche Unternehmer zur Errichtung von kapitalistischen Betrieben in der Deutschen Demokratischen Republik, weitgehende Beseitigung der sozialistischen Errungenschaften auf dem Lande durch Auflösung der Staatsgüter, Auflösung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und Verkauf der MTS an die verbleibenden LPG.«⁸⁰

Harich hatte zur Durchsetzung seiner Forderungen Verbindungen zum Berliner Landesvorstand und zum Ostbüro der SPD hergestellt, diese mit dem wesentlichen Inhalt seiner Ziele und Konzeption vertraut gemacht und über Möglichkeiten der Unterstützung von ihrer Seite beraten. Er hatte sich darüber hinaus die Unterstützung westdeutscher Journalisten

und Medien gesichert, die Bildung weiterer konspirativer Gruppen geplant und beabsichtigt, für den Fall der Nichterfüllung seiner ultimativen Forderungen über Westberliner Sender oder von Polen aus zum Streik aufzurufen.

⁸¹

Dies führte zu der Einschätzung, daß es sich um eine staatsfeindliche Tätigkeit handelt. Nicht unerheblich für diese Auffassung waren die zeitgleichen Ereignisse in Ungarn im Oktober 1956 und deren zentrale Rolle in den damaligen, alle sozialistischen Staaten betreffenden gegnerischen Umsturzplänen. Im November 1956 wurden die Mitglieder der Gruppierung um Harich inhaftiert und 1957 zu langjährigen Freiheitsstrafen nach Art. 6 der Verfassung der DDR (Boykotttätze) verurteilt, »weil sie sich zu einer Gruppe zusammenschlossen, deren Ziel es war, unter Anwendung konspirativer Methoden, die durch die Verfassung und Gesetze geschützten gesellschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik durch Drohung oder Gewalt zu verändern, die Errungenschaften unseres sozialistischen Aufbaus

642

preiszugeben und den Sturz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu erzwingen«.⁸²

Aus heutiger Sicht ist hinzuzufügen: Wolfgang Harich hatte zutreffend eingeschätzt, daß die Abrechnung mit den durch den XX. Parteitag der KPdSU aufgedeckten Verbrechen Stalins tiefgreifendere theoretische und organisatorische Konsequenzen erfordert hätte. Die weitere Entwicklung hat bestätigt, daß mit der unzureichenden Überwindung der von Stalin begründeten Deformationen des Sozialismus offenkundig wichtige Ursachen für den späteren Untergang des realsozialistischen Systems in Europa mit gesetzt wurden. Für politische Opposition der 60er und 70er Jahre im Wissenschaftsbereich (vorrangig Akademie der Wissenschaften, Hochschulen und Universitäten) stehen Namen wie Fritz Behrens, Arne Benary, Robert Havemann und Rudolf Bahro. (Die HA V [später XX] war bis Anfang der 60er Jahre strukturell für die Leitung und die gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche der Akademie der Wissenschaften zuständig, die HA XVIII für die naturwissenschaftlichen Bereiche. Danach wurde die Akademie der Wissenschaften vollständig in den Verantwortungsbereich der HA XVIII eingegliedert.) Der Operative Vorgang »Leitz« gegen Prof. Robert Havemann war durch die HA XX Anfang der 70er Jahre nach dessen Entlassung aus der Akademie der Wissenschaften, was für ihn Berufsverbot bedeutete, von der HA XVIII übernommen worden. Zu diesem Zeitpunkt war er durch die westliche Propaganda bereits zum bedeutendsten »Dissidenten« der DDR aufgebaut und für vielfältige politische Angriffe gegen die DDR mißbraucht worden. Um die entsprechende propagandistische Vermarktung und »Betreuung« Havemanns bemühten sich neben einer Reihe von westlichen Journalisten vorrangig Prof. Jäckel, Dr. (heute: Prof.) Wilke und Andreas Mytze aus Westberlin. Diese wurden wegen des Verdachts einer Tätigkeit für westliche Geheimdienste operativ bearbeitet.

Intensiv überprüft wurden auch Hinweise auf eine mögliche Kollaboration Havemanns mit faschistischen Geheimdiensten. Havemann war 1941 am Pharmakologischen Institut Berlin als »Militärischer Abwehrbeauftragter« und ein Jahr später zusätzlich als »politisch-polizeilicher Abwehrbeauftragter« eingesetzt worden und in diesen Funktionen zu einer engen Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsdienst (SD) und der Gestapo verpflichtet.

⁸³ Als Mitglied einer antifaschistischen Widerstandsgruppe war er 1943 zum Tode verurteilt, im Unterschied zu seinen Mitstreitern aber nicht hingerichtet worden. Gemeinsam mit Erich Honecker saß er im Zuchthaus Brandenburg.

643

Auf Entscheidung Honeckers wurden gegen Havemann gesetzlich begründete Verfahren wegen Zoll- und Devisenvergehen im Zusammenhang mit ungesetzlichen Einkünften aus den Veröffentlichungen seiner Publikationen in der BRD bzw. Westberlin und eine Aufenthaltsbeschränkung zur Unterbindung seiner Kontakte in den Westen eingeleitet.

Diese Maßnahmen schaden dem internationalen Ansehen der DDR.

Durch die sogenannte Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) wurden im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen gegen Havemann nach 1990 annähernd 50 Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Richter, Staatsanwälte und Mitarbeiter des MfS eingeleitet.

Nach einem zweieinhalbjährigen Prozeß, in dem die staatsanwaltliche Version eines vom MfS inszenierten sogenannten Drehbuch-Prozesses fallengelassen werden mußte, wurden die der Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung angeklagten Richter und Staatsanwälte freigesprochen. Der BGH hob dieses Urteil auf und traf eigene veränderte Rechtsbewertungen, auf deren Grundlage vor den Landgerichten Berlin und Neuruppin ein MfS-Mitarbeiter und zwei Staatsanwälte zu Freiheitsstrafen mit Bewährung verurteilt wurden, und zwar nach bundesdeutschem Recht.

Nach dem laut Einigungsvertrag anzuwendenden DDR-Recht wäre aus objektiven und subjektiven Gründen eine Strafverfolgung ausgeschlossen gewesen.

Einige Bemerkungen zum Fall Rudolph Bahro. Seitens der HA XX war durch inoffizielle Einflußnahme intensiv versucht worden, Bahro von der Veröffentlichung seines systemkritischen Buches »Die Alternative« abzuhalten.

Das Manuskript wurde dennoch illegal in die BRD verbracht und dort sofort im Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« veröffentlicht. In einer damit verbundenen, gegen die DDR gerichteten Propagandakampagne wurde Bahro als Dissident gefeiert. Auf Weisung der SED-Führung wurde Bahro daraufhin 1977 inhaftiert, 1978 wegen Geheimnisverrats zu 8 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und nach etwa einem Jahr Haft in die BRD entlassen. Grundlage der Inhaftierung und anschließenden Verurteilung bildete insbesondere die illegale Verbringung einer als »Geheime Verschlusssache« eingestuften Dissertationsschrift Bahros in die BRD.

Festzustellen bleibt dennoch, daß auf Veranlassung der SED einer politischen Auseinandersetzung mit den Auffassungen Bahros und speziell auch mit dem Inhalt seines Buches ausgewichen wurde.

Bei der Beurteilung der Maßnahmen des MfS gegen Havemann und Bahro darf nicht übersehen werden, daß deren politisches Auftreten und ihre Auffassungen im Kalten Krieg gegen die DDR instrumentalisiert worden waren.

644

Es ist Rudolph Bahro und Wolfgang Harich hoch anzurechnen, wenn sie nach 1989 Verständnis dafür aufbrachten, daß das MfS unter den gegebenen Bedingungen nicht anders handeln konnte. Bahro erklärte, daß er seine Haft »nicht unter Unrechtsstaat verbuchen« könne.⁸⁴

Harich riskierte sogar Beugehaft, weil er sich weigerte, gegen seine der Rechtsbeugung angeklagten Richter auszusagen.

Im engeren Verbindungskreis Havemanns befanden sich auch innerhalb der DDR mehrere Personen mit dubiosen politischen Absichten. Sowohl Jürgen Fuchs als auch Siegmund Faust hatten sich Havemanns Vertrauen erschlichen und an seine Seite gestellt. Fuchs, der 1977 als Untersuchungshäftling – d. h. noch vor Abschluß des gegen ihn eingeleiteten Ermittlungsverfahrens wegen staatsfeindlicher Hetze – auf eigenen Antrag aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen worden und nach Westberlin übersiedelt war, schätzte das MfS als einen der »Organisatoren und Inspiratoren politischer Untergrundtätigkeit in der DDR« ein. Er unterhielt von Westberlin aus intensive und enge Rückverbindungen zu maßgeblichen im Sinne politischer Untergrundtätigkeit agierenden Kräften, übermittelte ihnen Instruktionen und koordinierte ihr Auftreten mit westlichen Stellen. Im Schriftstellerverband der BRD spielte er die Rolle eines reaktionären Scharfmachers gegen jedes gemeinsame Handeln mit dem Schriftstellerverband der DDR – selbst in der Friedensfrage.

Faust war in der DDR von 1974 bis 1976 wegen staatsfeindlicher Hetze inhaftiert und wurde vom Westen »freigekauft«. Seine politischen Auffassungen und Handlungen waren von finsterstem Antikommunismus geprägt.⁸⁵

Auch als Rainer Eppelmann, der später das langsame Sterben der DDR als die schönste und herausforderndste Phase in seinem bisherigen Leben bezeichnen sollte,⁸⁶ 1982 am Grab von Robert Havemann seine Faust als letzten Gruß erhob, ging es ihm sicher nicht darum, so das Vermächtnis eines deutschen Kommunisten zu ehren.

Hubert Rottleuthner, Rechtssoziologe und Professor für Zivilrecht an der Freien Universität Berlin, hatte gewiß recht, als er im Zusammenhang mit dem Havemann-Verfahren 1999 schrieb: »Theoretisch ist Havemann heute ein ›toter Hund‹. Nicht einmal von den theoretischen West-Kolonisatoren wird er beachtet.«⁸⁷ Niemand wird z. B. auch ernsthaft annehmen, daß das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« seinerzeit Bahro druckte, um kommunistische

Ideen zu befördern.

Die mit der Bildung von »Solidarnosc« in der VR Polen und der »Charta77« in der CSSR aufgeworfenen Probleme wurden in der HA XX aufmerksam studiert. Es schien nur noch eine Frage der Zeit, bis auch in der DDR ver-

645

sucht werden würde, eine politische Opposition im Rahmen oder am Rande der Legalität zu etablieren. 1978 wurde deshalb – auch in Auswertung der bei der Zurückdrängung der Proteste gegen die Ausbürgerung Biermanns gesammelten Erfahrungen – eine »Konzeption zur Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit« erarbeitet und im Januar 1979 zur Bestätigung vorgelegt. Aus dieser Konzeption der HA XX sind vor allem drei Überlegungen von Bedeutung.

Es wurde erstens vorgeschlagen, nach dem Vorbild der Operation »Trust« der Tschecha eine oppositionelle Bewegung selbst zu gründen und zu steuern. (Die Tschecha hatte nach der Oktoberrevolution 1917 eine monarchistische Organisation unter ihre Führung gebracht, mit der entsprechende politische Kräfte neutralisiert und westliche Geheimdienste, vor allem der britische Geheimdienst, mehrere Jahre genarrt wurden.) Mit einem solchen operativen Spiel sollten die Anstrengungen der westlichen Geheimdienste zum Aufbau einer oppositionellen Bewegung in der DDR paralyisiert und zugleich ihre potentiellen Helfer in der DDR erkannt und unter Kontrolle gebracht werden. Dieser Vorschlag wurde seitens der Leitung des MfS nicht genehmigt. Die weitere Entwicklung aber sollte die ihm zugrundeliegende Einschätzung bestätigen, daß der Westen bereit sei, jede Person oder Gruppierung anzunehmen und zu unterstützen, die sich ihm in dieser Richtung anböte. Zweitens wurde als Anlage zu dieser Konzeption vorgeschlagen, ein auch vom MfS mit Informationen ausgestattetes »unabhängiges« Nachrichtenmagazin, vergleichbar mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«, zu gründen, in dem auf anspruchsvollem intellektuellen Niveau und kontrovers geführte politische Diskussionen, die Behandlung offener oder ungelöster Probleme oder Meinungstests im Vorfeld politischer Entscheidungen ermöglicht werden sollten. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Drittens wurde in der Konzeption begründet, daß die Bekämpfung »politischer Untergrundtätigkeit« nicht eine Vielzahl von IM, sondern die Entwicklung und den Einsatz von »Spitzen-IM« erfordere, die auch langfristig perspektivisch zu werben und zu qualifizieren seien, wobei gleich hohe Anforderungen zu stellen wären wie bei der Schaffung und Steuerung von Quellen der Aufklärung.

Dieser Teil der Konzeption ging in die weiteren Planungen der HA/Abt. XX ein.

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß die Mehrzahl der für eine weitere politische Auswertung, insbesondere für die Information der Partei- und Staatsführung der DDR geeigneten Informationen der HA XX in

646

den letzten Jahren auf maximal 30 derartige »Spitzen-IM« entfiel. (In der HA XX wurden in den letzten Jahren durchschnittlich 1.400 IM geführt – außer IMK. Die Mehrzahl der IM war an der Bearbeitung von OV oder OPK nicht beteiligt, sie erfüllte Sicherungsaufgaben in den Objekten der HA XX.) Politische Überzeugungen bildeten fast immer die Basis der inoffiziellen Zusammenarbeit mit der HA bzw. den Abt. XX. Besonders erfolgreich war der Einsatz solcher IM, die intellektuelle Fähigkeiten, Kontaktfreudigkeit und anderen Eigenschaften besaßen und nachweisbar Benachteiligungen in der DDR ausgesetzt waren (Inhaftierungen, Exmatrikulationen, berufliche Einschränkungen usw.) und dadurch in operativ bearbeiteten oder kontrollierten Gruppierungen als besonders vertrauenswürdig erschienen.

Dagegen gelang es nur selten, Personen mit einer verfestigten feindlichen Einstellung für eine ehrliche und erfolgreiche inoffizielle Zusammenarbeit zu gewinnen.

Nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR 1961 entstanden erste pazifistische Gruppierungen, die sich – gefördert von den Evangelischen Kirchen in der DDR – vorrangig mit der Verweigerung des aktiven Wehrdienstes und der Ableistung des 1963 eingeführten Bausoldatendienstes beschäftigten. Ihr Tätigkeitsfeld und ihre politischen Zielvorstellungen waren insofern begrenzt. Sie unterschieden sich qualitativ von den mit Beginn der 80er Jahre unter dem Dach der evangelischen Kirchen entstandenen oder

angesiedelten »Friedensgruppen«, die mit Forderungen nach einem zivilen Wehersatzdienst (»Sozialer Friedensdienst«), nach Entmilitarisierung und einseitiger Abrüstung der DDR die Verteidigungsbereitschaft der DDR untergraben und die Bündnisverpflichtungen der DDR im Warschauer Vertrag infrage stellen wollten. Unverkennbar sollte durch Existenz und Wirken solcher Gruppen auch die wachsende Friedensbewegung in Westeuropa gespalten und damit geschwächt werden.

Die demagogische Vereinnahmung des biblischen Symbols »Schwerter zu Pflugscharen« und die Bezeichnung »unabhängige Friedensbewegung der DDR« waren von Beginn an Etikettenschwindel. Bärbel Bohley, die 1982 die Gruppierung »Frauen für den Frieden« gegen die im Wehrdienstgesetz enthaltene Festlegung der Wehrpflicht für Frauen im Verteidigungsfall maßgeblich mit begründet hatte, äußerte sich damals intern gegenüber der Emissärin der britischen Organisation END (»European Nuclear Disarmament«) Barbara Einhorn, daß sie im Grunde ihres Herzens keine Pazifistin sei, Pazifismus aber die einzige derzeit mögliche Form wäre, das Regime in der DDR »legal« zu bekämpfen. So wird auch verständlich, warum keine Äußerungen von Bärbel Bohley, Ulrike Poppe und anderen aus dieser Gruppierung gegen

647

den NATO-Krieg in Jugoslawien 1999 oder gegen die neuen Möglichkeiten des Wehrdienstes für Frauen in der Bundeswehr bekannt wurden. Andere »Pazifisten« wie Gerd Poppe gehören heute zu jenen, die die »Bündnissolidarität« zur USA und zur NATO einfordern.

Die Kontakte zur britischen END, einer mit dem Ziel der Spaltung und Desorientierung der westeuropäischen Friedensbewegung gegründeten Organisation, deren Nähe zum britischen Geheimdienst 1999 vom BBC-Fernsehen bestätigt wurde,⁸⁸ waren Anlaß für eine etwa sechswöchige Untersuchungshaft von Bärbel Bohley und Ulrike Poppe 1983.

Die Untersuchungen, welche auf Entscheidung Erich Honeckers abgebrochen wurden, konnten damals den Verdacht einer geheimdienstlichen Steuerung oder die staatsfeindliche Zielsetzung der Gruppe »Frauen für den Frieden« weder bestätigen noch eindeutig entkräften.

Auch die Zugehörigkeit ehrlicher Pazifisten zu den kirchlichen Friedensgruppen steht der Aussage nicht entgegen, daß deren Etablierung von dem Ziel bestimmt war, ein legales Wirkungsfeld für den Kampf gegen die verfassungsmäßigen politischen Grundlagen der DDR zu erschließen. Die besondere Hinterhältigkeit bestand darin, daß zurecht darauf spekuliert wurde, daß die auf Erhaltung des Friedens, Entspannung und Abrüstung gerichteten außenpolitischen Ziele der DDR eine Verfolgung von unter Friedensparolen auftretenden politischen Kräften nicht zuließen.

Nachdem diese Gruppen damit einen legalen oder halblegalen Spielraum gewonnen hatten, dehnten sie ihre politischen Felder systematisch aus, griffen zunächst das Umweltthema auf und nahmen sich, in allerdings begrenzter Zahl, schließlich auch des Themas Menschenrechte nach westlicher Lesart an. Forderungen nach »Freiheitsrechten gegen die Herrschenden«, Reisefreiheit oder Demokratisierung waren, da sie keinen klaren Bezug zu einer sozialistischen Gesellschaftskonzeption enthielten, blanke Demagogie und eindeutig auf die Zerstörung der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung gerichtet.

Damit einher gingen Bestrebungen zur DDR-weiten Vernetzung der fast ausschließlich unter dem Dach der Evangelischen Kirchen in der DDR agierenden Gruppen, der Bildung überregionaler Koordinierungsgremien sowie Versuche, über »Friedens- und Umweltseminare«, anlässlich der »Friedensdekaden« der Evangelischen Kirchen, bei Kirchentagen und anderen kirchlichen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit zu treten.

Eine chaotische »Basisdemokratie«, übersteigerte Geltungssucht und Intoleranz der führenden Mitglieder, das Fehlen programmatischer Grundlagen und anerkannter politischer Integrationsfiguren verhinderten neben den Maß-

648

nahmen des MfS jedoch effektive Organisationsformen und ein zielgerichtetes politisches Agieren dieses Kräftepotentials.

Kirchliche Amtsträger sahen sich nicht nur im Interesse konstruktiver Staat-Kirche-Beziehungen, sondern auch zur Erhaltung eigener Autorität und Glaubwürdigkeit sowie zur Abwendung schädlicher, mit dem kirchlichen Auftrag nicht vereinbarer Wirkungen des öfteren gezwungen, disziplinierend

in die Tätigkeit dieser Gruppen einzugreifen.

Seitens des MfS wurden alle Versuche dieser Gruppen, außerhalb des kirchlichen Rahmens an die Öffentlichkeit zu treten, konsequent unterbunden. Lange Zeit gelang es, geplante Demonstrationen in der Öffentlichkeit – schon wegen der geringen Zahl der potentiellen Teilnehmer – bereits im Ansatz zu unterbinden. Aus dem gleichen Grund wurde durch die Führung der SED das öffentliche Tragen des Symbols »Schwerter zu Pflugscharen«, einer Abbildung des sowjetischen Denkmals vor dem UNO-Gebäude in New York, untersagt. Dieses wurde gemeinsam mit der Volkspolizei und den Organen des Ministeriums für Volksbildung ordnungsrechtlich bzw. durch disziplinierende Auflagen durchgesetzt.

Durch die HA/Abt. XX wurde neben operativen Maßnahmen – mitunter auch erfolgreich – versucht, durch Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte politisch einzuwirken. Im »Pankower Friedenskreis« erlangten progressive Studenten von Berliner Hochschulen und Universitäten eine dominierende Stellung in den Diskussionen. Auf Kirchentagen diskutierten Angehörige der CDU und der »Christlichen Friedenskonferenz« (CFK) engagiert im Sinne der Politik der DDR. Sogenannten Umweltgruppen wurde die Teilnahme an Aktivitäten des Kulturbundes und der Nationalen Front angeboten und ermöglicht; auf Initiative des MfS wurden schließlich einige ihrer Vertreter zu Gesprächen in das Umweltministerium der DDR eingeladen. Kirchliche Gruppen wurden in die Bewegung »Ärzte gegen den Atomkrieg« einbezogen. Immer wieder wurden auch staatsloyale kirchliche Amtsträger, unter ihnen IM, mobilisiert, um Gruppen und Einzelpersonen zu disziplinieren oder in akzeptable kirchliche Projekte einzubeziehen.

Auch die erwähnte Parteiinformation des MfS »über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen« vom 1. Juni 1989⁸⁹ enthielt erneut eine Reihe von Vorschlägen an die Partei- und Staatsführung der DDR zum verstärkten Einsatz politischer Mittel, insbesondere den Einsatz kompetenter gesellschaftlicher Kräfte bei Veranstaltungen, speziell in den Kirchen, die individuelle Einwirkung progressiver Personen auf Mitglieder der Zusammenschlüsse im Arbeits- und Freizeitbereich, die Schaffung gesell-

649

schaftlicher Betätigungsmöglichkeiten für Mitglieder und Sympathisanten, die Eingliederung asozial lebender Personen in den Arbeitsprozeß, die Organisierung einer offensiven Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, die Mobilisierung progressiver kirchlicher Kräfte und Organisationen etc.

Seitens des MfS wurden immer wieder neue Vorschläge unterbreitet, obwohl die Appelle an politisches Handeln seitens der SED nicht die erhoffte Resonanz erzielten. Grundlegende Änderungen der Politik der SED wurden in erster Linie von einem personellen Wechsel in der Parteiführung erwartet. Zudem war die Sensibilität im Umgang mit politischen Gegnern unzureichend entwickelt. So war beispielsweise das vom MfS angeregte Führen solcher »ideologischen Auseinandersetzungen«, die bei kritischer Betrachtung aber doch eher den Charakter von politischen Zurechtweisungen annahmen, wenig geeignet, wirksamen Einfluß auf Mitglieder und Sympathisanten oppositioneller Gruppen zu erlangen und sie von bestimmten weiteren Aktivitäten abzuhalten.

Wege und Möglichkeiten zu positiver Einflußnahme zeigte hingegen der Umgang mit *Gruppen Homosexueller*. Diese wurden zwar wegen ihrer Verbindungen mit anderen kirchlichen Gruppen als mögliches Potential oppositioneller Bewegungen beobachtet, aber zu keinem Zeitpunkt der politischen Untergrundtätigkeit zugerechnet. Sie sind seitens des MfS auch niemals ihrer homosexuellen Orientierung wegen operativ kontrolliert oder bearbeitet worden.

Auf Vorschlag der HA XX, der von Erich Honecker nach anfänglichen Zögern bestätigt wurde, aus dem sich Aufgaben unterschiedlicher staatlicher Organe ergaben, wurde 1984 die Lage Homosexueller in der DDR deutlich verbessert (Möglichkeit von Kontaktanzeigen in Zeitungen der DDR, Ehrung homosexueller Opfer des NS-Regimes, Zulassung von Veranstaltungen, Unterstützung bei der Lösung von Wohnungsproblemen etc.).

Das erfolgte in erster Linie aus allgemein humanistischen Erwägungen heraus, sollte zugleich aber auch dazu beitragen, diesen Personenkreis nicht in die Arme der »Opposition« zu treiben.

Bereits 1984 war auch beschlossen worden, den Homosexuelle diskriminierenden § 151 StGB bei der nächsten Strafrechtsänderung abzuschaffen, was 1988 auch realisiert wurde, übrigens fünf Jahre früher, bevor der vergleichbare § 175a auch aus dem StGB der BRD getilgt wurde.⁹⁰

Die Maßnahmen des MfS richteten sich bei der »Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit« vorrangig gegen den *politischen Aktionismus* einer relativ kleinen Zahl der Gruppen und Gruppierungen, die sich vornehmlich an

650

den Bedürfnissen der westlichen Propaganda gegen die DDR, insbesondere deren Menschenrechtsdemagogie, orientierten. Dieser politische Aktionismus manifestierte sich in einer Vielzahl politischer Erklärungen, die den Westmedien zugespielt und von diesen verbreitet wurden sowie in von den westlichen Medien begleiteten Aktionen und Demonstrationen, die den Eklat in der Öffentlichkeit suchten und zugleich darauf abzielten, den entsprechenden Spielraum für gegen die Politik der SED gerichtete Auftritte auszutesten und entsprechende Präzedenzfälle zu schaffen. Die HA/Abt. XX waren über die Aktivitäten der hieran beteiligten Gruppen durch ihre IM zumeist rechtzeitig informiert, Überraschungen gingen von ihnen nicht aus. In der radikalsten und militantesten Gruppe, der Berliner »Initiative für Frieden und Menschenrechte«, befanden sich unter den etwa 15 Mitgliedern ständig mehrere IM, die dazu in der Lage waren und denen es auch gelang, zahlreiche geplante politische Aktivitäten bereits im Stadium ihrer Planung zu verhindern und andere in ihrer Wirksamkeit einzuschränken.

Bedingt durch die differenzierte Zusammensetzung der Gruppen waren natürlich nicht alle gleichermaßen und nicht jedes ihrer Vorhaben für das MfS relevant. So die aus religiöser Motivation heraus gestarteten Aktionen gegen den Hunger in der Dritten Welt oder die thematische Begleitung kirchlicher Veranstaltungen mit religiösem Charakter. Relevant für das MfS waren nur solche Vorhaben und Aktivitäten, die sich gegen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR richteten, die sich als Angriffe gegen die Partei- und Staatspolitik darstellten und der DDR politisch schaden.

Anfang der 80er Jahre hatte sich in Westeuropa und auch in der BRD eine machtvolle Friedensbewegung gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen im Rahmen der Nachrüstung der NATO formiert. Mehr als 100.000

Personen hatten mit einer Menschenkette ihren Protest ausgedrückt.

Daraufhin versuchten 1983 etwa 35 Personen aus den »oppositionellen« Gruppen eine Menschenkette zwischen den Botschaften der USA und der UdSSR in der Hauptstadt der DDR zu bilden. Zu dieser Aktion, die durch Zuführung der Beteiligten aufgelöst wurde, waren westliche Journalisten angeeizt, denen damit die willkommene und absichtlich geschaffene Möglichkeit geboten werden sollte, die Menschenketten in beiden deutschen Staaten auf eine Stufe zu stellen, vor allem aber die »unabhängige Friedensbewegung der DDR« aufzuwerten und im öffentlichen Bewußtsein zu etablieren. Gleichzeitig sollte Munition geliefert werden, die westeuropäische Friedensbewegung in Debatten über ihre Haltung zu den »staatsoffiziellen« Friedensbewegungen der sozialistischen Länder und zur »unabhängigen« Frie-

651

densbewegung zu zerstreuen und von ihrem Ziel des Kampfes gegen die NATO-Hochrüstung abzulenken.

Verschiedentlich inszenierten sich westliche Journalisten mit willfähriger Unterstützung aus diesen Gruppen Stories zur Diskreditierung der DDR. So dokumentierte »Spiegel-Spezial« Nr. 1/93 nachstehenden IM-Bericht über geplante Aktivitäten von Wolfgang Templin anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins: »Im Pkw äußerte sich Templin euphorisch über eine geplante Aktion am 04.07.87, die sich gegen den Festumzug richtet. Wenn dieser nach 14.00 Uhr das Gelände der Marienkirche erreicht, so führte Templin aus, dann soll vom Kirchturm ein »riesiges« Transparent entrollt werden mit der Aufschrift »Jubelzirkus – nein danke«. Die Westmedien würden an günstigen Positionen vor Ort stehen und darauf warten.«⁹¹

Auf dieses »Schauspiel« wie auf eine Reihe anderer warteten die westlichen Journalisten allerdings vergeblich.

Akkreditierte Korrespondenten westlicher Medien und Presseorgane unterhielten intensive Kontakte zu Vertretern der von ihnen als »innere Opposition« angesehenen Gruppen und schufen durch ihre ständige Berichterstattung

Bedingungen für deren permanente Aufwertung und zugleich eine Art Schutz gegenüber möglichen Maßnahmen durch die Organe der DDR. In gleicher Richtung wirkten westliche Diplomaten und mit diplomatischem Status operierende Mitarbeiter westlicher Geheimdienste. Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, schätzte einmal ein, daß Rainer Eppelmann in den USA bekannter sei als die Bischöfe der DDR. Was Wunder: Rainer Eppelmann und dessen Adlatus Ralph Hirsch waren ständige Gesprächspartner der CIA-Residentur in der USA-Botschaft in der Hauptstadt der DDR. Als »sprechende Quelle« bediente Eppelmann auch den ebenfalls unter diplomatischer Tarnung geheimdienstliche Gesprächsaufklärung betreibenden Mitarbeiter des französischen Geheimdienstes Jean Louis Depetre.⁹²

Zu den Exponenten politischer Untergrundtätigkeit in der DDR entwickelte sich aus westlicher Richtung ein umfangreicher Polit-Tourismus. Damit wurden diese permanent nachrichtendienstlich abgeschöpft, politisch beeinflusst und aufgewertet, vor allem aber auch materiell und moralisch unterstützt. So erfolgte eine Reihe von Einreisen von Vertretern der BRD-Partei »Die Grünen« mit dem Ziel der Kontaktaufnahme und politischer Beeinflussung. Im Rahmen des Wissenschaftler- und Studentenaustausches westlicher Staaten mit der DDR pilgerten regelmäßig sich zeitweilig in der DDR aufhaltende Personen zu solchen Gruppen. Vertreter verschiedener westlicher Organisationen oder einfach nur »interessierte« Bürger aus dem westlichen Ausland, freiberuflich tätige Schriftsteller und Journalisten gaben sich bei Bärbel Bohley

652

oder dem Ehepaar Poppe die Klinke in die Hand. Sie empfingen mitunter mehrere solcher Besucher in einer Woche und manchmal auch an einem Abend. Fast immer wurden dabei unter Mißachtung der Zollgesetze der DDR auch westliche Literatur und Publikationen aller Art zur inhaltlichen Ausrichtung und Unterstützung der Tätigkeit der Gruppen, aber auch Geld und technische Geräte übergeben, die illegal eingeschleust worden waren. Wegen Computern, die von Petra Kelly und Gert Bastian, seinerzeit führende »Grüne«, an die »Umweltbibliothek« in der Zionsgemeinde übergeben worden waren, kam es zwischen Mitgliedern der dort etablierten Gruppen zu Streitereien. Pfarrer Eppelmann erhielt regelmäßig Besuche von Bundestagsabgeordneten der CDU und nutzte auch eine genehmigte private Reise im Jahre 1987 in die BRD, um mit der CDU-Spitze zusammenzutreffen. Jürgen Fuchs und ab 1983 vor allem Roland Jahn, bekannt durch seine Tätigkeit für das ARD-Magazin »Kontraste«, hielten intensive Verbindungen zu Vertretern der aktivsten Gruppen in der Hauptstadt und den Bezirken der DDR. Die vom MfS im Ergebnis von Telefonüberwachung und Funkaufklärung dokumentierten fast täglichen, mitunter mehrstündigen Telefongespräche umfassen Tausende von Seiten und belegen, daß alle wichtigen politischen Aktionen derartiger Gruppen auf diese Weise angeregt, arrangiert und abgestimmt wurden. So auch die vom MfS in Kooperation mit den Sicherheitsorganen der anderen sozialistischen Länder weitgehend verhinderten Versuche des Zusammenschlusses oppositioneller Kräfte über die Ländergrenzen hinweg und eine Solidaritätserklärung anlässlich des 30. Jahrestages der ungarischen Konterrevolution.

Gleichermaßen inszeniert wurden auch andere von den Westmedien verbreitete politische Statements, diverse, durch das MfS oft bereits im Ansatz verhinderte öffentliche Demonstrationen, etwa zum Internationalen Tag der Menschenrechte oder eine Demonstration für Reisefreiheit, Versuche und Aktivitäten des Zusammenschlusses mit Antragstellern auf Übersiedlung in die BRD etc. Der seinerzeit in Berlin lebende Siegbert Schefke gab eigenen Aussagen zufolge 1988 seine Tätigkeit als diplomierter Bauleiter auf, um mit Videokamera und Fotoapparat durch die DDR zu reisen und die westlichen Medien gegen üppige Honorare in Westmark mit Amateurfilmen und Fotos nach ihrem Geschmack zu beliefern. Wurde seine Technik einmal beschlagnahmt, sorgte Roland Jahn aus Westberlin umgehend für Nachschub.⁹³

In diesem Zusammenhang bleibt anzumerken, daß die neben Erich Honecker vor allem durch das Politbüromitglied Joachim Herrmann zu verantwortende Medien- und Informationspolitik der DDR mit ihrer Tabuisierung von Problemen und Schwierigkeiten die westlichen Propagandaaktio-

653

nen direkt begünstigt, teilweise sogar erst ermöglicht hat. Ein für das Westfernsehen gefertigter Film über die Umweltschäden im Raum Bitterfeld wäre

– um ein Beispiel herauszugreifen – durchaus für eine offene und ehrliche Behandlung in den Medien der DDR geeignet gewesen. Über das Westfernsehen verbreitet und entsprechend politisch akzentuiert diente er dazu, politische Kräfte zu unterstützen, die damit ganz andere Ziele verfolgten als die Förderung des Umweltschutzes.

Die Errichtung von Tabus in der Propaganda der DDR verhinderte, daß solchen Kräften offensiv entgegengetreten werden konnte. Sie verhinderte aber auch, daß Probleme als solche benannt und energisch angepackt wurden. Vorwiegend von den unter dem Dach der evangelischen Kirche agierenden Gruppen wurden besonders ab Mitte der 80er Jahre illegal Publikationen hergestellt und verbreitet, die politische, ökologische und kulturelle Themen behandelten, die sich bewußt von offiziell in der DDR verbreiteten Auffassungen absetzten und punktuell antisozialistisch geprägt waren. Dabei wurden Auflagehöhen zwischen 20 und 2.000 Exemplaren je Ausgabe erreicht. Die Ausgabehäufigkeit schwankte zwischen monatlich und mehrmals jährlich. Voraussetzungen für die Herstellung waren größtenteils mit westlicher Hilfe (»Die Grünen«) und oft durch kirchliche Unterstützung geschaffen worden, insbesondere durch die Bereitstellung von Vervielfältigungstechnik. Dazu gehörte auch die regelmäßige illegale Einschleusung westlicher Literatur und Publikationen sowie von Veröffentlichungen oppositioneller Kräfte in anderen sozialistischen Ländern, die unkommentiert wiedergegeben oder auf die eigene Gruppe bezogen wurden.

Das Erscheinen einer Reihe derartiger Publikationen wurde durch Maßnahmen des MfS, darunter die Anwendung ordnungsrechtlicher Maßnahmen, unterbunden. Andere wurden inhaltlich beeinflußt und damit politisch neutralisiert. Die Maßnahmen vom November 1987 gegen die von der »Initiative für Frieden und Menschenrechte« herausgegebene staatsfeindliche Publikation »Grenzfall« erwiesen sich jedoch als Fehlschlag. Diese Publikation brachte regelmäßig Übersetzungen von Pamphleten der »Solidarnosc«, »Charta 77« und vergleichbarer Gruppierungen aus anderen sozialistischen Ländern. Sie war ihrer Diktion nach von der westlichen Menschenrechtsdemagogie geprägt. Die HA XX hatte zuvor wiederholt vorgeschlagen, die Herstellung und Verbreitung des »Grenzfall« durch ordnungsrechtliche Maßnahmen zu unterbinden. Das war über mehrere Monate hinweg durch Erich Honecker untersagt worden, um seinen bevorstehenden Staatsbesuch in der BRD politisch nicht zu belasten.

654

In dieser Situation hatte das MfS Vorschläge zur weiteren Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit unterbreitet, in denen nachdrücklich politisch offensives Handeln der SED etwa im Bereich der Informationspolitik angemahnt und ein klarer rechtlicher Handlungsrahmen für die Maßnahmen des MfS als Bedingung einheitlicher Rechtsanwendung gefordert wurde. Diese Vorschläge führten zu keiner Korrektur der für das MfS bei der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit maßgebenden »zentralen Entscheidungen« Erich Honeckers.

Erst nach Absolvierung des BRD-Besuches wurden Maßnahmen gegen den »Grenzfall« gestattet. Ein erster Versuch einer Besichtigung durch staatliche Vertreter der in Räumen der Zionsgemeinde angesiedelten »Umweltbibliothek«, in der der »Grenzfall« gedruckt wurde, ging ins Leere. Pfarrer Simon hatte die Hersteller des »Grenzfall« gewarnt und den Zutritt zur »Umweltbibliothek« solange verzögert, bis diese geräumt war.

Ein zweiter Zugriff erfolgte am 24. November 1987 unter Beteiligung eines Staatsanwaltes, allerdings eine halbe Stunde zu früh. Die angetroffenen fünf Personen waren noch mit der Vervielfältigung der »Umweltblätter« beschäftigt, der »Grenzfall« sollte erst anschließend hergestellt werden.

Noch verhängnisvoller erwies sich aber die – auch für die beteiligten MfS-Mitarbeiter überraschende – Entscheidung, strafrechtliche Maßnahmen einzuleiten. Das Ermittlungsverfahren war mit der Inhaftierung der beteiligten Personen verbunden. Diese Inhaftierung führte zu einer von Roland Jahn von Westberlin aus noch in der gleichen Nacht organisierten mehrtägigen Besetzung der Zionskirche durch Mahnwachen, was Anlaß für ein Propaganda-Spektakel bot.

Mit der schließlich auf »zentrale Entscheidung« hin erfolgten Einstellung der Ermittlungsverfahren war zudem ein folgenschwerer Präzedenzfall für den weiteren Umgang mit illegalen Publikationen und Bibliotheken geschaffen

worden, der die Möglichkeiten des MfS zur Unterbindung derartiger Vorhaben erheblich einschränkte.

Für Aufsehen sorgten die Maßnahmen des MfS im Zusammenhang mit der *Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg* im Januar 1988. Roland Jahn war von Westberlin aus intensiv bemüht, das Potential der »oppositionellen« Gruppen mit Antragstellern zusammenzuführen. Dieser Kreis war gemessen an Zahl und Aggressionsbereitschaft um ein Vielfaches größer als die Oppositionsgruppen. Gemeinsame Aktionen hätten, so die Überlegung, erhebliches Gewicht. Während die Leipziger Gruppen (Arbeitskreis »Solidarische Kirche«, »Initiativgruppe Leben«, »Arbeitsgruppe Menschenrechte«), vor allem wirk-

655

sam über die Gestaltung der »Friedensgebete« in der Nikolaikirche, die ab 1988 von Ausreiseantragstellern dominiert wurden, Jahns Empfehlungen folgten, erwies sich diese Konzeption in den Berliner Gruppen als nicht mehrheitsfähig. »Ausreißer«, die ihren »Widerstand Ost« nur als Sprungbrett für ihre »Karriere West« sahen, unterschieden sich in ihren politischen Vorstellungen grundlegend von Personen, die – wie auch immer geartete – politische Veränderungen in der DDR anstrebten. Diese Widersprüche haben sich offenbar bis heute erhalten, wie etwa die rüden Ausfälle von Freya Klier gegen Friedrich Schorlemmer, den sie der Lebenslüge bezichtigte, zeigen.⁹⁴

Deshalb stellten auch nur einzelne Vertreter der Berliner Gruppen, darunter das Ehepaar Lotte und Wolfgang Templin und Stephan Krawczyk, vermittelt durch Roland Jahn, Verbindungen zu einer Gruppe »Staatsbürgerschaftsrecht« her, einem Zusammenschluß von Berliner Antragstellern. Nach eigenen Bekundungen war es dann auch Stephan Krawczyk, der den Antragstellern, denen wahrlich keine politische Nähe zu Rosa Luxemburg nachgesagt werden konnte, deren Zitat von der »Freiheit der Andersdenkenden« nahebrachte.

⁹⁵ Das Zeigen dieser Losung bei der »LL-Demonstration« sollte die Staatsmacht der DDR so provozieren, daß die Ausreisen – und sei es über den Umweg einer Inhaftierung – ermöglicht würden. Krawczyk und seine Lebensgefährtin Freya Klier hatten zuvor in kirchlichen Veranstaltungen ihre Auftritte politisch immer weiter eskaliert. Der HA XX lagen inoffizielle Einschätzungen vor, wonach diese den Eklat suchten, um wie Biermann aus der DDR ausgewiesen zu werden. Dieser Rauswurf sollte der Beginn einer Karriere im Westen sein.

Seitens des MfS wurden umfangreiche Maßnahmen zur Verhinderung der Provokation eingeleitet. Kurzfristig wurden zahlreiche Anträge auf Übersiedlung seitens solcher Personen, die die Absicht hatten, sich an der geplanten Provokation zu beteiligen, genehmigt bzw. ihre Genehmigung in Aussicht gestellt. Mögliche Teilnehmer wurden in ihren Wohnungen blockiert. Im Vorfeld und bei der LL-Demonstration wurden noch insgesamt 66 Personen vorläufig festgenommen, darunter 60 Antragsteller und sechs Angehörige der »Opposition«, darunter Stephan Krawczyk und Vera Wollenberger. Die extra zu diesem Zweck zahlreich angereisten Vertreter westlicher Medien kamen nicht auf ihre Kosten und konnten keine einzige Festnahme filmen. Die Ereignisse im Zusammenhang mit der LL-Demonstration von 1988 führten trotz gegenteiliger Auffassungen im MfS zu der »zentralen Entscheidung«, strafprozessuale Maßnahmen gegen Exponenten politischer Untergrundtätigkeit einzuleiten. So wurden etwa 14 Tage später eine Reihe von

656

führenden Vertretern dieser Gruppen, unter ihnen Wolfgang Templin und Bärbel Bohley, festgenommen.

Es stellte sich aber bald heraus, daß angesichts der ökonomischen und außenpolitischen Erpreßbarkeit der DDR die Linie einer konsequenten Bestrafung nicht realisierbar war. So kam es zu der wundersamen Umwandlung von Strafandrohungen gemäß den zutreffenden Tatbeständen des StGB der DDR z. B. nach § 100 StGB (Landesverräterische Agententätigkeit) in Studienreisen in das westliche Ausland (Bohley, Templin, Wollenberger u. a.) oder in die Genehmigung ständiger Ausreisen aus der DDR, verbunden mit der Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft auf eigenen Antrag (Krawczyk, Klier, Hirsch u.a.). Für landesverräterische Agententätigkeit lagen dem MfS umfangreiche, überwiegend aber nur durch »spezifische Mittel« (Funkaufklärung und Telefonkontrolle) dokumentierte Erkenntnisse vor. Diese wurden auf

Weisung des Ministers nach erfolgter Legalisierung im offiziellen Abschlußbericht der HA IX an den Generalstaatsanwalt der DDR aufgeführt.

Diese Vorgänge offenbarten einmal mehr die Konzeptionslosigkeit der politischen Führung und den Subjektivismus der Entscheidungen Erich Honeckers. Sie zeigten das wachsende Unvermögen, auf die sich abzeichnende Verschärfung der Lage mit politisch notwendigen und wirksamen Mitteln und Maßnahmen zu reagieren.

Aus heutiger Sicht wurde damit auch deutlich, daß ohne grundlegende neue Politik-Ansätze eine Stabilisierung der DDR nicht mehr zu erreichen war.

Geboren aus der Einsicht, daß die Probleme mit den »oppositionellen« Gruppen ohne ein deutlich stärkeres Engagement der SED allein durch Mittel und Methoden des MfS nicht zu lösen waren, erarbeitete die HA XX im April 1988 eine Zusammenstellung aller bekannten Gruppen, der wichtigsten in ihnen agierenden Personen und ihrer Publikationen mit dem Ziel, die Partei- und Staatsführung und die Bezirks- und Kreisleitungen der SED zu offensiven politischen Maßnahmen zu veranlassen.

Diese Ausarbeitung wurde zunächst zurückgestellt, im April 1989 erneut vorgelegt und nach entsprechender Ergänzung und Aktualisierung am 1. Juni 1989 an Erich Honecker sowie ausgewählte Mitglieder des Politbüros und Abteilungsleiter des ZK der SED weitergeleitet.⁹⁶

Sie führte jedoch zu keinen erkennbaren Reaktionen im Apparat der SED. Insbesondere unterblieb die angestrebte verbindliche Beauftragung der Parteiorgane auf Bezirks- und Kreisebene.

Erneut wurden nur auf der Grundlage einer Weisung des Ministers für Staatssicherheit – unter Berufung auf eine Entscheidung Erich Honeckers –

657

von den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS die zuständigen Partei- und Staatsfunktionäre in ihrem Territorium über die dem MfS vorliegenden Erkenntnisse informiert und ersucht, die unterbreiteten Vorschläge in ihrem Verantwortungsbereich umzusetzen.

Von der dogmatischen Position von Mitgliedern des Politbüros des ZK der SED in dieser Frage mußten sich auch Wolfgang Schwanitz und Siegfried Hähnel, damals Stellvertreter des Ministers bzw. Leiter der BV Berlin des MfS, überzeugen. Stundenlang diskutierten sie 1988 im Auftrage Erich Mielkes mit Günter Schabowski in der SED-Bezirksleitung Berlin, um dessen Einverständnis und die Veranlassung entsprechender Maßnahmen für politische Gespräche der SED mit Mitgliedern dieser Gruppen zu erlangen. Der von Schwanitz und Hähnel vertretene Standpunkt, die »oppositionellen« Gruppen seien ein politisches Problem, dem vor allem mit politischen Mitteln begegnet werden müsse, und einseitige administrative Maßnahmen, vor allem der Sicherheitsorgane, erzielten nur kontraproduktive Wirkungen, wurde von Schabowski strikt abgelehnt. Er war von seinem dogmatischen Standpunkt nicht wegzubringen, daß solche Gespräche einzig der politische Anerkennung dieser Gruppen nützten, wogegen er entschieden war. Deshalb käme für ihn das auf gar keinen Fall in Frage.

Selbstherrlichkeit, Realitätsverlust und Arroganz bestimmten ebenfalls die Reaktion der SED-Führung auf die rechtzeitig vom MfS, maßgeblich von der HA XX erarbeiteten Hinweise auf Absichten »oppositioneller« Gruppen und ihnen nahestehender kirchlicher Kreise, die Stimmauszählung der *Kommunalwahlen am 6. Mai 1989* zu »überwachen« und im Zusammenhang damit öffentliche Präsenz zu demonstrieren.

Das offiziell proklamierte Ziel, daß die Wahlen erneut Zeugnis vom gestiegenen Vertrauen der Werktätigen in die Politik der SED ablegen sollten, was angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mehr denn je gefährdet erschien, führte bekanntlich bei einer Reihe von Partei- und Staatsfunktionären dazu, mit Wahlfälschungen »nachzuhelfen«. Diese Vorgänge bewirkten eine weitere Vertiefung der Vertrauenskrise zwischen großen Kreisen der Bevölkerung und der Führung der SED.

Festzustellen bleibt: Das MfS hatte mit diesen Wahlfälschungen nichts zu tun, hat sie weder organisiert noch abgesichert. Die Maßnahmen des MfS waren ausschließlich auf die vorbeugende Verhinderung von Provokationen, Zwischenfällen und Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Ablauf der Wahlen gerichtet. Das war auch der Sinn von Informationen über

geplante Maßnahmen von »oppositionellen Gruppen« im Vorfeld.

658

Die latente innenpolitische Krise der DDR wurde durch die Aufdeckung der Wahlfälschungen erheblich zugespitzt. Immer mehr Menschen, darunter auch viele Mitglieder der SED, äußerten offen ihre Unzufriedenheit mit der Politik der SED. Die Hilflosigkeit der politischen Führung der DDR offenbarte sich dann im besonderen Maße bei der (im übrigen eindeutig vertragsbrüchigen) Öffnung der ungarischen Grenze, der anschwellenden Fluchtbewegung und der Ausreise von Besetzern der Prager BRD-Botschaft. In dieser Zeit bildeten sich nach offizieller Zulassung strebende *Sammlungsbewegungen und Vereinigungen*, mit denen die bis dahin weitgehend isoliert von der Bevölkerung der DDR agierenden Exponenten politischer Untergrundtätigkeit starken Zulauf von DDR-Bürgern erhielten. Diese waren von der SED-Politik enttäuscht und orientierten sich neu. Das Anfang September 1989 von etwa 30 Personen gegründete »Neue Forum« wuchs explosionsartig nach eigenen Angaben auf zeitweilig bis zu 200.000 Mitglieder und Sympathisanten an.

Öffentliche Demonstrationen in allen größeren Städten der DDR nach dem Vorbild der Leipziger Montagsdemonstrationen erreichten ab Oktober 1989 mehrere Monate lang Zehntausende, manchmal auch über Hunderttausend Teilnehmer. Damit wurde faktisch sichtbar, daß »die Macht auf der Straße lag«.

Die HA/Abt. XX waren über die Vorbereitungen zur Bildung und die Gründungsversammlungen all dieser neuen Vereinigungen rechtzeitig informiert.

Neben dem »Neuen Forum« entstanden der »Demokratische Aufbruch«, »Demokratie jetzt!« und die »Sozialdemokratischen Partei« (SDP). Die Teilnehmer und ihre programmatischen Vorstellungen – soweit sie überhaupt vorlagen – waren fast vollständig bereits im Vorfeld der Gründungen bekannt.

Die Partei- und Staatsführung der DDR war hierüber seitens des MfS ständig informiert worden.⁹⁷ Auf repressive Maßnahmen gegen sie wurde verzichtet, weil diese in der gegebenen Situation die Gefahr unkalkulierbarer Risiken, etwa die Eskalation unerwünschter Sympathiebekundungen und Solidarisierungseffekte in sich bargen, und realistisch betrachtet auch nicht durchsetzbar waren, wie der erfolglose Versuch eines Verbotes des »Neuen Forum« nachdrücklich bestätigt hatte.

Weder in der SED-Führung noch im MfS oder in den anderen bewaffneten Organen wurden jemals Lösungen nach dem chinesischen Muster vom Platz des Himmlischen Friedens im Juli 1989 ernsthaft erwogen. Im Gegenteil: Alle entsprechenden Befehle und Weisungen waren darauf gerichtet, eine derartige Zuspitzung der Auseinandersetzungen nicht zuzulassen.⁹⁸

659

Im Dezember 1989 wurde eine letzte Information der HA XX zu den aktuellen Vorgängen erarbeitet und über den damaligen Leiter des AfNS auf direktem Wege an Ministerpräsident Modrow übergeben. In dieser wurde ihm mitgeteilt, daß die CDU in der DDR unter Führung von Lothar de Maizière begonnen habe, alles, was an Sozialismus erinnere, aus ihrem Programm zu streichen, und daß sie davon ausgehe, bei den bevorstehenden Volkskammerwahlen mit Unterstützung der CDU der BRD eine Mehrheit zu erreichen, was es ihr ermögliche, den Ministerpräsidenten zu stellen. Die Kirchen beider Konfessionen in der DDR seien von der CDU aufgefordert worden, ihren Wahlkampf zu unterstützen, hielten sich aber noch bedeckt. Die noch als SDP firmierende sozialdemokratische Partei habe bis zu diesem Zeitpunkt seitens der SPD aus der BRD bereits finanzielle und materielle Unterstützung in Höhe von zwei Millionen DM zum Aufbau ihrer Parteistrukturen und zur Ausstattung ihrer Büros erhalten.

Kein anderes Thema ist gegen das MfS und speziell gegen die HA XX/Abt. XX so instrumentalisiert worden wie das Thema *Zersetzung*. Dem uninformierten Bürger wird der Eindruck vermittelt, »Oppositionelle« seien in schlimmster Weise physisch und psychisch beschädigt worden, als habe man sie mit Salzsäure übergossen.

Klaus Kittlaus, seinerzeit verantwortlich für die Verfolgung von »Regierungskriminalität«, hielt am 22. September 1992 bei einem »Streitgespräch« den beteiligten Mitarbeitern des MfS vor, daß er selbst beim Studium der Akten des Reichssicherheitshauptamtes so etwas Schreckliches wie *Zersetzung*

nicht habe entdecken können.

Zersetzung gehört – nicht dem Wort, sondern dem Wesen nach – zum Repertoire aller Geheimdienste und zum Geschäft von Berufspolitikern und Journalisten.

Auch im MfS wurde dieser Begriff nicht einheitlich verwendet. Die Hauptverwaltung Aufklärung subsumierte Zersetzungsmaßnahmen unter dem Begriff »aktive Maßnahmen«, worunter neben Zersetzung auch Desinformation verstanden wurde. Die CIA verwendet die Bezeichnung »dirty tricks«, was zutreffend als schmutzige oder gemeine Tricks übersetzt werden könnte. Der britische Geheimdienst unterhielt eine eigene Abteilung für Desinformations- und Zersetzungsmaßnahmen. Von Admiral Canaris stammt das geflügelte Wort: »Aufklären, eindringen, zersetzen!« Zersetzung gehört sowohl zu den Arbeitsmethoden und Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes⁹⁹ als auch des Verfassungsschutzes der BRD.

660

Zersetzungsmaßnahmen kommen insbesondere zur Anwendung, wenn Personen oder Gruppen politisch unwirksam gemacht oder in ihrem politischen Wirken eingeschränkt werden sollen, und gegen sie repressive Maßnahmen wie Inhaftierungen unzweckmäßig erscheinen.

Wer, um auf Kittlaus zurückzukommen, mit Hilfe von Richtern und Staatsanwälten Zehntausende dem Schafott ausliefern konnte, wer Menschen millionenfach willkürlich in Konzentrationslagern isolieren, quälen und in Gaskammern physisch vernichten konnte, mußte wahrlich nicht vorrangig über *Zersetzung* nachdenken. (Die von Kittlaus in dieser Weise betriebene Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus bedarf keines weiteren Kommentars.)

Zersetzung war weder die einzige noch die wichtigste Maßnahme des MfS, um außerhalb der Anwendung strafrechtlicher und anderer administrativer sowie repressiver Maßnahmen politische Wirkungen bei Personen und Gruppen zu erzielen. Weit wichtiger waren für das MfS Methoden der »Rückgewinnung«, einer im politischen Verständnis der DDR positiven politischen Beeinflussung, in die vor allem IM, häufig aber auch progressive gesellschaftliche Kräfte (Funktionäre und Mitglieder der SED und der Blockparteien, der gesellschaftlichen Organisationen von der Gewerkschaft über den Jugendverband bis zum Kulturbund, Betriebsleiter, Meister, Lehrer, Berufsausbilder), staatsloyale Personen und kirchliche Amtsträger einbezogen wurden.

Solche Rückgewinnungsmaßnahmen, aber auch die Disziplinierung von Personen ohne das direkte Eingreifen des MfS, etwa durch ordnungsrechtliche Maßnahmen der Organe des MdI oder anderer staatlicher Stellen zur Einschränkung politischer Aktivitäten, werden in vordergründiger politischer Absicht heute pauschal als »Zersetzungsmaßnahmen« deklariert.

Eine Veranstaltung der BStU-Behörde mit dem Thema »MfS-Maßnahmepläne gegen Oppositionelle« am 24. Februar 1994 förderte zu »Zersetzungsmaßnahmen« nur Mageres zutage. Einem Gedächtnisprotokoll über diese Veranstaltung zufolge äußerte Ulrike Poppe, daß in den Maßnahmeplänen des sie betreffenden OV »Zirkel II« Zersetzung »mit drin« gewesen, aber nur »versteckt formuliert« worden sei. Eine Hortnerin habe ihr berichtet, daß die Schulleiterin ihres Sohnes die Lehrer der Schule auf dessen Einschulung vorbereitet habe. Ihr Sohn sei jedoch nicht benachteiligt worden. Man habe sogar durch besondere Förderung versucht, den Eltern die Wirkungslosigkeit ihrer politischen Haltungen vor Augen zu führen.

Wahrlich eine überzeugende Begründung für Zersetzungsmaßnahmen!

Rainer Eppelmann äußerte auf der gleichen Veranstaltung, daß gegen ihn seitens des MfS alles durchgespielt worden sei – bis zum Mord. Man habe davon

661

nur Abstand genommen, weil bei einem inszenierten Verkehrsunfall unter Umständen auch Unbeteiligte mit zu Schaden gekommen wären. Er vergaß dabei zu erwähnen, daß diese »Idee« der Phantasie eines einzelnen Mitarbeiters entsprungen und vom zuständigen Stellvertreter des Leiters der BV Berlin entschieden zurückgewiesen worden war. Im Ergebnis eines unmittelbar danach durchgeführten Kontrolleinsatzes unter Beteiligung der HA XX wurde dieser Mitarbeiter aus dem MfS entlassen, andere wurden wegen Vernachlässigung ihrer Kontroll- und Aufsichtspflichten von Funktionen abgelöst und versetzt. Eppelmann erwähnte dann noch »säuische Briefe an Gemeindemitglieder«, was immer das gewesen sein soll. Näheres teilte er an jenem Abend nicht mit. Damit war das Angebot der Gauck-Behörde zum Thema Zersetzung am

22. Februar 1994 erschöpft. (Zum Thema Zersetzung wurde bereits ausführlich im Beitrag zu den Hauptaufgaben und Methoden der Abwehr in diesem Band berichtet.)

Eine Methode der Zersetzung war die Verbreitung anonymer Schriften. So erschien über längere Zeit in der Berlin-Brandenburgischen Kirche eine Schrift mit dem Titel »Der wachsame St. Michael«. Vorgebliche Moralwächter aus den Reihen der Kirche prangerten darin vermeintliche moralische Verfehlungen kirchlicher Amtsträger und Gemeindemitglieder an. Für die Wirkung war entscheidend, daß diese Schrift nicht dem MfS zugeordnet wurde. Kirchenoberen meinten: »Diesen schleimigen Pfaffenstil macht uns keiner nach!«

Die dabei verwandte Methode ist nicht patentiert. Sie konnte beispielsweise auch an dem am 22. März 2000 ausgestrahlten verleumderischen Fernsehfilm zum angeblichen »Stasi-Mord« an dem Fußballer Eigendorf (»Tod dem Verräter«) studiert werden: Jeweils zwei richtige und nachprüfbare Tatsachen werden mit einer frei erfundenen Behauptung kombiniert, so daß der Anschein der Authentizität entsteht. Auf diese Weise lassen sich rufschädigende Unterstellungen politisch unliebsamen Personen andichten, und es entstehen Gerüchte, gegen die die Betroffenen kaum eine Chance haben sich zu wehren.

Im Fall Eigendorf wurde aus der nachprüfbaren Tatsache von dessen intensiver Beobachtung durch das MfS in der Bundesrepublik und der verständlichen Verärgung des Ministers für Staatssicherheit und anderer leitender Mitarbeiter des MfS über Eigendorfs Verrat (er war Fußballer beim BFC Dynamo und VP-Angehöriger) eine abenteuerliche Behauptung gedreht: Eigendorf wäre vom MfS in den Tod getrieben worden. Bekanntlich erlitt der Fußballer einen Autounfall mit 2,2 Promille.

Innerhalb des Bundesnachrichtendienstes (BND) kursierte jahrelang die Schrift »Die neue Nachhut«, in der vorgebliche CSU-Seilschaften im BND

662

sich artikulierten, Unmut und Widersprüche innerhalb des BND anstachelten, die Entscheidungen von Vorgesetzten glossierten usw.

Allein die Tatsache, daß die Urheber dieser Schrift und ihre Informationsquellen nach eigenem Bekunden nicht ermittelt werden konnten, war ein Armutszeugnis für den BND.

Die Aktivitäten von im Verdacht der politischen Untergrundtätigkeit stehenden Gruppen wurden durch das MfS vor allem dadurch eingeschränkt, daß diese mit sich selbst beschäftigt bzw. Streit und Widersprüche zwischen den Gruppen ausgelöst oder verstärkt wurden. So lange sie nur darüber stritten, auf welche Weise der DDR am besten Schaden zugefügt werden konnte und zu keiner Einigung kamen, bestand für das MfS keine Veranlassung, mit repressiven Maßnahmen einzugreifen. Viel Zeit verbrachten diese Gruppen – genährt von gezielten Indiskretionen und ausgestreuten Gerüchten seitens des MfS – damit, die Informanten des MfS in ihren Reihen aufzuspüren, denen sie mangels Fähigkeiten zur kritischen Selbstreflexion alle Schuld an ihren Mißerfolgen zuschrieben.

Vom Verfassungsschutz der BRD ist bekannt, daß einige der Gründungen der sogenannten K-Gruppen – pseudokommunistische Gruppierungen, die sich in den 60er Jahren vorwiegend auf die Politik der VR China beriefen – auf seine Initiative zurückgingen. Vertreter solcher Gruppen tauchten später in der Partei »Die Grünen« auf. Heute sind sie aktiv, um die ungeliebte jährliche Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu diskreditieren. Auch das Wirken mancher Chaoten am Rand des linken politischen Lagers scheint mit den Intentionen des Verfassungsschutzes durchaus zu korrespondieren.

Aufschlußreich ist unter diesem Aspekt wohl auch, was über die Tätigkeit des V-Mannes »Förster«, eines charakterlosen, kriminell gewordenen ehemaligen Mitarbeiters der Abteilung XX der BV Berlin, für den Verfassungsschutz berichtet wird. Über ihn schrieb »Der Spiegel« im Frühjahr 2000:

»Gerade als Antifa-Aktivist hat dieser Schachtschneider der Partei das Leben schwer gemacht. Die geheimbündlerische Gruppe bekämpfte vor allem PDSstadtrat Burkhard Kleinert, der angeblich Rechtsradikalen einen Jugendclub überlassen hatte. Die BDA-Kampfpöster »Zündschnüre« hetzte gegen den »Herrn Jugendstadtrat (PDS)«, der nichts unternehme, um die »tiefbraunen Umtriebe« zu unterbinden. Wochenlang legte der Krach mit der Antifa Teile der PDS lahm. Schachtschneider heizte die Konflikte an. Er schleppte die

Pamphlete zur ›Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS‹ – um auch diese Genossen gegen die PDS-Realos aufzubringen. ›Druckt doch den Text nach‹ drängte er.¹⁰⁰

663

Im MfS strikt verboten war der in westlichen Geheimdienst- und Polizeiorganen übliche Einsatz von »agents provocateur«, d. h. von Personen, die Straftaten provozieren, um ein strafrechtliches Eingreifen zu ermöglichen. Auch Beteiligung von IM an Straftaten war nicht gestattet. In dieser Frage wurde bis zum Ende des MfS keinerlei Kompromiß eingegangen, obwohl gerade die Beteiligung an antisozialistischen Aktionen in den militantesten Gruppen als Vertrauensbeweis hoch bewertet wurde. Der strikte Verzicht des MfS auf diese Methode blieb stets unantastbar – auch ungeachtet der Tatsache, daß damit das Vordringen von IM in die Planungs- und Entscheidungsebene derartiger feindlicher Gruppierungen erschwert wurde.

Wer die Methode der Zersetzung kennt und einkalkuliert, kann sich vor ihr durch Offenheit, demokratische Streitkultur, Toleranz und Vermeidung vorschneller, emotionsgeladener Urteile sowie durch die nüchterne Analyse der Ergebnisse und Wirkungen von politischen Auffassungen in der Praxis wirksam schützen. Das ist heute auch notwendig.

Das politische Geschäft in der BRD bietet fast täglich Beispiele für Zersetzung mit zum Teil schwersten Folgeerscheinungen für die Betroffenen – weit mehr, als das gesamte MfS in 40 Jahren seiner Existenz jemals hätte leisten können.

Und wurden nicht Dutzende Menschen im Osten Deutschlands in den Freitod getrieben, weil man sie an den öffentlichen Medien-Pranger stellte? Und daran waren von BILD bis »Spiegel« alle gleichermaßen beteiligt. Die Lüge tötet, egal, ob sie in großen Lettern oder in kleinen Druckzeilen daherkommt.

Resümee

Die HA/Abt. XX hat vielfältige und anspruchsvolle Aufgaben beim Schutz der verfassungsmäßigen politischen Ordnung der DDR wahrgenommen und erfüllt. Sie wirkte zusammen mit anderen Diensteinheiten des MfS und den Schutz- und Sicherheitsorganen, staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen.

Das Handeln der HA/Abt. XX war durch die Verfassung und die Gesetze der DDR legitimiert. Es war der Politik der SED verpflichtet und wurde von dieser bestimmt. Trotz zahlreicher zutreffender Einschätzungen und bemerkenswerter Lösungsansätze waren die HA/Abt. XX – wie auch das MfS insgesamt – nicht in der Lage, das Scheitern der DDR zu verhindern, das mit der sowjetischen Zustimmung zur Einheit Deutschlands endgültig besiegelt war.

664

Fußnoten

1 Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/7820, S. 223.

2 Verfassung der DDR vom 6. April 1968 i. d. F. des Gesetzes zur Änderung der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974 (GBl./DDR I 1974 Nr. 47, S. 432 ff.), Artikel 1.

3 Ebenda, Präambel.

4 Befehl Nr. 11/66 und Dienstanweisung Nr. 4/66 vom 15. Mai 1966 (BStU, MfS-BdL/Dok. 001080 und 001083).

5 Dienstanweisung Nr. 2/71 vom 26. Juni 1971 (BStU, MfS-BdL/Dok. 002339).

6 Dienstanweisung Nr. 2/85 vom 20. Februar 1985 (BStU, MfS -BdL/Dok. 005083).

7 HA XX/6, gebildet durch Befehl Nr. 36/67 und Dienstanweisung Nr. 2/67 vom 7. Dezember 1967 (BStU, MfS-BdL/Dok. 001247 und 001248).

8 HA XX/7, gebildet durch Befehl Nr. 20/69 und Dienstanweisung Nr. 3/69 vom 18. Juni 1969 (BStU, ZA DSt 100590 und 101073).

9 HA XX/3, gebildet mit der Dienstanweisung Nr. 4/71 vom Dezember 1971 (BStU, ZA Dst 100660).

10 Von 1958 bis 1964 wurde die HA XX durch Generalleutnant Fritz Schröder geleitet, der von 1964 an bis zu seinem gesundheitsbedingten Ausscheiden aus dem MfS 1975 auch als Stellvertreter des Ministers für deren Anleitung zuständig war.

11 Dienstanweisung Nr. 10/85 vom 23. Oktober 1985 (BStU, MfS-BdL/Dok. 005207).

12 Urteil des Obersten Gerichtes der DDR, Aktenzeichen 1 ZSt (I) 7/55.

13 Ebenda.

14 Die HA XX war bis Mitte der 70er Jahre auch für das Außenministerium der DDR und für die in der DDR tätigen Westjournalisten zuständig. Nach der internationalen Anerkennung der DDR gingen diese Aufgaben an die HA II über.

15 Organisatoren solcher Kinderferienlager waren in den 50er Jahren in der BRD strafrechtlich verfolgt und mit z.T. mehrjährigen Zuchthausstrafen belegt worden.

16 Anordnung über den Geheimnisschutz vom 22. Oktober 1987 (GBl./DDR, Sonderdruck 1306).

17 Befehl Nr. 6/69 vom 17. Februar 1969 (BStU, MfS-BdL/Dok. 001517).

18 Klaus Eichner/Andreas Dobbert: Headquarters Germany. edition ost, Berlin 1997, S. 152/153.

19 Vgl.: George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Propyläen, Berlin 1997, S. 148-151. – David E. Murphy war in den 50er Jahren Chef der CIA-Operationsbasis in Westberlin, Sergej A. Kondraschow zur gleichen Zeit Chef der Deutschlandabteilung des KGB, der Buchautor George Bailey seinerzeit US-Verbindungsoffizier in Westberlin.

20 Nachfolger Hildebrandts wurde im November 1951 Ernst Tillich, ein fanatischer Antikommunist, der maßgeblich für die aggressive Ausrichtung der KgU verantwortlich war.

21 Vgl.: George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. a.a.O., S. 159 ff.

22 Klaus Eichner/Andreas Dobbert: Headquarters Germany. a. a. O., S. 153 ff.

23 Victor Klemperer: So sitze ich zwischen allen Stühlen, Tagebücher 1950-1959. Aufbau-Verlag, Berlin 1999, S. 334, 819 f.

24 Vgl.: George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. a.a.O., S. 167 ff.

25 Zitiert nach Lohrenz, Wilhelm: Hinter den Kulissen der SPD-Führung. Dietz-Verlag, Berlin 1949, Seite 18.

665

26 Ebenda, S. 20.

27 Helmut Bärwald: Das Ostbüro der SPD 1946-1971, Kampf und Niedergang. Sinus-Verlag, Krefeld 1991, In: Gegenwart und Zeitgeschichte; Band 14, S. 53.

28 Klaus Huhn: Zwangsvereinigung – Posträuber – Ostbüro. Spotless, Berlin 1996, S. 85. Aus: Der Spiegel, 11. Juli 1966, Seite 21.

29 George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. a.a.O., S. 158.

30 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III (1945-1963). Dietz Verlag, Berlin 1967, S. 508.

31 Leserbrief von Rudolf Maerker, Ostbüro der SPD, Bonn: Kanonen auf Wehner. In: Christ und Welt, 4. März 1966.

32 Wiedergutmachung, SPD-Ostbüro, Pistole im Halfter – ein Bericht über die Klage des ehem. Ostbüroagenten Hiller gegen die SPD. In: Der Spiegel, 7. April 1969, S. 34.

33 Bleibt stark, wir helfen. In: Der Spiegel, 18. Juni 1990, S. 73-77. Dieser Artikel stützt sich auf eine Dissertationsschrift von Wolfgang Buschfort, Ruhr-Universität Bochum: Das Ostbüro der SPD 1946-1958. Ein Nachrichtendienst im geteilten Deutschland.

34 Ebenda.

35 Ebenda.

36 Verfassung der DDR vom 6. April 1968 i. d. F. des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974 (GBL/DDR I 1974 Nr. 47, S. 432 ff.), Art. 39.

37 Vgl.: Das politische Wirken der Kirchen in der DDR und die Reaktionen des MfS. In: Deutschland Archiv, Nr. 4/94, S. 374-391.

38 DDR-Pfarrer. In: Neues Deutschland, 5./6. Juni 1999.

39 Zitiert nach Ute Haese: Katholische Kirche in der DDR und MfS. In: Deutschland Archiv Nr. 2/94, S.130. Originalquelle: Interview mit Kardinal Sterzinsky: »Aus heutiger Sicht war damals der Kontakt zur Staatssicherheit nötig«. In: Katholische Kirchenzeitung für das Bistum Berlin, Nr. 39, 3. Oktober 1993, S. 3 u. 17.

40 Juden leben in der DDR in Sicherheit und Freiheit. Grußschreiben des Verbandes Jüdischer Gemeinden. In: Berliner Zeitung, 10. Oktober 1979.

41 Befehl Nr. 11/66 (BStU, MfS-BdL/Dok. 001080).

42 Dienstanweisung Nr.4/66, (BStU, MfS-BdL/Dok. 100483).

43 Walter Süß: Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. Reihe Analysen und Berichte der Abt. Bildung und Forschung des BStU, Nr. 2/96, S. 10.

44 Vgl. Andreas Förster: Blutige Erdbeeren unter dem Fernsehturm. In: Berliner Zeitung, 7./8. Oktober 2000. Der Artikel enthält unter Bezugnahme auf die Untersuchungsergebnisse der HA IX eine dem Zeitgeist verpflichtete Darstellung dieser Ereignisse.

45 Walter Süß: Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. a.a.O., S. 18.

46 Vgl. Wolfgang Schmidt: Neofaschismus vom MfS geduldet? Infam! sowie: Die Untätigen waren sehr aktiv. In: Neues Deutschland, 6. und 20. März 1998.

47 Nach einer Analyse der HA XX/2 wurden z. B. 1978 und 1979 insgesamt 188 Fälle von »schriftlicher staatsfeindlicher Hetze mit faschistischem Charakter«, darunter auch mehrfach die Beschmutzung sowjetischer Ehrenmale festgestellt. (Vgl.: Walter Süß: Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, a.a.O., S. 17 f.).

48 Ebenda, S. 18.

49 Ebenda, S. 26.

50 Ebenda, S. 44.

666

51 Ebenda, S. 71.

52 Ebenda, S. 87-96.

53 Ebenda, S. 43 f.

54 Zeitfragen. In: DeutschlandRadio, 5. Juli 1998, 15 Uhr.

55 Walter Süß: Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, a.a.O. S. 44 f.

56 Vgl. Berliner Verfassungsschutzberichte für 1998 und 1999, veröffentlicht im INTERNET.

57 Vgl. Gisela Spitzer: Ausführungen auf einer Veranstaltung der BStU-Behörde am 13. Dezember 2000 in der Berliner Stadtbibliothek. Zitiert nach den Aufzeichnungen eines Teilnehmers.

58 Willi Ph. Knecht: Das DDR-Erbe als sportpolitischer Langzeitkonflikt. DeutschlandArchiv Nr. 6/2000, S. 954.

59 Vgl. § 106 des Strafgesetzbuches (StGB) der DDR vom 12. Januar 1968 i. d. F. des 3. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 28. Juni 1979 (GBL/DDR I 1979, Nr. 17, Seite 139).

60 Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November

1950 i. d. F. des Protokolls Nr. 11 vom 11. Mai 1994. Zitiert nach: Menschenrechte. Ihr internationaler

Schutz, Verlag C. H. Beck, München 1998, S. 261 f.

61 Vgl. Arnold Eisensee: Funkstudio Stalinallee. In: Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953. GNN-Verlag, Schkeuditz 1999, S. 203 ff., oder Stefan Heym : 5 Tage im Juni. Buchverlag Der Morgen, Berlin 1989.

62 Vorlage der HA XX vom 10. Juni 1965 zur Bildung eines Referates für die politisch-operative Bearbeitung von Nazi- und Kriegsverbrechen. (BStU, ZA, HA XX/2/III, Bdl.52).

63 Vgl. Mitter/Wolle: Ich liebe Euch doch alle! – Befehle und Lageberichte des MfS, Basis-Druck, Berlin 1990, S. 146.

64 Vgl. Erich Schmidt-Eenboom: Undercover. Wie der BND die deutschen Medien steuert. Droemer/Knaur, München 1999.

65 Horst Knietzsch: Kalter Krieg und Kultur. In: Neues Deutschland, 27. Januar 2000.

66 Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Berlin 1996

67 Ebenda.

68 Biermann offenbart seine politische Überzeugung im Essay »á la laterne! á la laterne!«, in dem er bedauert, daß 1989 kein DDR-Funktionär am Laternenmast hing. In: Der Spiegel Nr. 39/92, Seite 81 ff.

69 Bernd Eisenfeld (BStU-Mitarbeiter): Ausführungen auf einer Podiumsdiskussion der BStUBehörde am 24. Februar 1994 zum Thema: »MfS – Maßnahmepläne gegen Oppositionelle« . Zitiert nach einem Gedächtnisprotokoll.

70 Hubertus Knabe ist zweifellos ein unverdächtig Zeuge. Als ehemals leitender Mitarbeiter der BStU-Behörde und derzeit Leiter der sogenannten Zentralen Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen gehört er zur Speerspitze der Siegesgeschichtsschreibung.

71 Hubertus Knabe: Was war die DDR-Opposition? In: Deutschland Archiv Nr. 2/96, S. 198.

72 Information über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen. In: Befehle und Lageeinschätzungen des MfS. a.a.O., S. 47 f. Diese Information erhielten nach dem angegebenen Verteiler Erich Honecker, sechs Politbüromitglieder sowie drei Abteilungsleiter des ZK der SED und der Staatssekretär für Kirchenfragen.

73 Zit. nach: Grüne Unschuld verloren. Spiegel-Streitgespräch. In: Der Spiegel, Nr. 2/97, S. 45.

74 Zitiert nach Alexander Osang: Die verlorenen Revolutionäre. In: Berliner Zeitung, 30. November 1996.

75 Rainer Eckert: Das Programm der demokratischen Revolution. In: Deutschland Archiv Nr. 5/99, S. 773-779.

667

76 Ebenda, S. 779.

77 Hubertus Knabe: Die Opposition, die keine sein wollte. In: Deutschland Archiv Nr. 3/00, S. 470 f.

78 Angelika Seifert: Widerstand und Selbstbehauptung an den Hochschulen der SBZ/DDR. Tagungsbericht. In: Deutschland Archiv Nr. 2/96, S. 282 .

79 Vgl. Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, In: Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Dietz-Verlag, Berlin 1993, S. 112-160.

80 Urteil des Obersten Gerichts der DDR, Aktenzeichen 1 ZSt (I) 1/57.

81 Ebenda.

82 Ebenda.

83 Andreas Förster: Eine deutsche Biografie. In: Berliner Zeitung, 11./12. März 2000.

84 Sigrid Averesh: Bahro nimmt seine Richter in Schutz. In: Berliner Zeitung, 8./9. Juni 1996.

85 Vgl. die dokumentierten Äußerungen Fausts im Gesprächskreis »Zwiegespräch« in der Berliner Erlöserkirche, der unter Leitung von Oberkonsistorialrat Dr. Schröter stand und an dem sich auch ehemalige Mitarbeiter des MfS beteiligten. Faust war langjährig Leiter der Außenstelle der BStU-Behörde in Dresden und mußte aus dieser Funktion wegen Mißbrauch seines Dienst-Computers entlassen werden.

86 Eppelmann und Keller im zwiespältigen Dialog. In: Neues Deutschland, 14. April 2000.

87 Hubert Rotleuthner (Hrsg.): Das Havemann-Verfahren. In: Schriftenreihe Recht und Justiz der DDR, Band 1. Nomos, Baden-Baden 1999, S. 18.

88 The Spying Game. Sendung des BBC-Fernsehens am 7. Oktober 1999.

89 Vgl.: Befehle und Lageberichte des MfS, a. a. O., S. 54-56.

90 Ausführlichere Darstellungen zu diesem Thema in Interviews mit Wolfgang Schmidt: Mit deutscher Gründlichkeit erfaßt, ausgewertet und registriert. In: Magnus, Juli 1994, S. 52 bis 59, und: Zur weiteren Veranlassung. In: konkret, Nr. 7/94, S. 52-54.

Mit diesen Veröffentlichungen wurden auch Versuche zurückgewiesen, das MfS über angeblich geführte »Rosa Listen« bei der Behandlung des Problems der Homosexualität mit dem Nazi-Regime auf eine Stufe zu stellen.

91 Bericht zum Treff mit IMB Martin. In: Spiegel-Spezial 1/93, Stasi-Akte »Verräter«, Dokumente Teil 3, S. 75.

92 Vgl.: Klaus Eichner/Andreas Dobbert: Headquarters Germany. a.a.O., S. 139-142 sowie Helmut Wagner: Schöne Grüße aus Pullach; a. a. O., S. 199-204.

93 Vgl.: Alexander Osang: Die verlorenen Revolutionäre. In: Berliner Zeitung, 30. November 1996.

94 Andreas Platthaus: Der Lebenslügner und seine Ausreißer. In: FAZ , 1. Dezember 1999.

95 Vgl. Das war ich den Heuchlern schuldig. Interview mit Stephan Krawczyk. In: Neues Deutschland, 17./18. Januar 1998.

96 Diese Information ist veröffentlicht in: Befehle und Lageberichte des MfS. a.a.O., S. 46-71.

97 Vgl. Information über Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen vom 19. September 1989. In: Ebenda, S. 153 bis 171.

98 Vgl. Egon Krenz: Herbst '89. Verlag Neues Leben, Berlin 1999, S. 87-94.

99 Vgl. Erich Schmidt-Eenboom: Der BND – die unheimliche Macht im Staate, Econ-Verlag, Düsseldorf-Wien-New York-Moskau 1993, S. 370.

100 Stefan Berg/Georg Mascolo: Mit fünf Mark dabei. In: Der Spiegel, Nr. 14/00.

668

